Morgenausgabe

Nr. 75 / A 38 — 47. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Freitag 14. Februar 1930

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklame 1 Zeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenkasse Lindenstr. 3.

Das Sowjetgeld.

Vergebliche Ableugnungsversuche der Kommunisten.

Zu unserer Feststellung, daß die „Rote Fahne" mit Sowjetgeld subventioniert wird, verbreitet die Berliner Sowjetbotschaft durch ihre Presseabteilung das folgende Dementi:

„Die Meldung des „Vorwärts" vom 13. Februar d. J. über angebliche Subventionierung in irgendwelcher Form der Zeitung „Rote Fahne" durch Botschaft oder Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin ist glatt erfunden."

Dementieren kann jeder, aber Glauben für sein Dementi findet nicht jeder! Das Dementi der Sowjetbotschaft ist reichlich vorsichtig gehalten — der kommunistische Reichstagsabgeordnete Stöcker war im Reichstag weniger vorsichtig. Er sprach davon, daß Sowjetbotschaft und Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin nur 14 Exemplare der „Roten Fahne" bezögen. Bliebe immerhin die Frage, wieviel durch sie bezahlt werden. Aber nur 14 Exemplare? Das ist bescheiden, sehr bescheiden, zu bescheiden, als daß man es glauben könnte! Wenn Herr Stöcker wenigstens noch 140 Exemplare gesagt hätte! Aber ganze vierzehn!

Sie müssen sich schon jemanden suchen, der ihnen das glaubt! Gegenüber der kommunistischen Presse und den Behauptungen führender Kommunisten gilt seit langem der Grundsatz: Je dümmer und dreister sie lügen, um so mehr recht haben die anderen!

Wir verstehen vollkommen, daß es der Sowjetbotschaft sehr peinlich ist, wenn an einem besonders kitzlichen Punkte die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei Deutschlands beleuchtet werden. Sie muß deshalb dementieren. Die Kunst des Dementis besteht bekanntlich darin, stillschweigend zuzugeben, was wirklich ist und nur sich an irgendeine formelle Einzelheit festzuklammern. Wie Bezug und Bezahlung erfolgen, unter welcher Maske und welcher angeblichen Zweckbestimmung, das ist völlig gleichgültig. Die Methoden solcher Subventionierungen sind in der Diplomatie hinreichend bekannt. Aber die Tatsache selbst und den Umfang kann kein Dementi der Sowjetbotschaft aus der Welt schaffen, noch viel weniger die dummen Lügen der kommunistischen Zentrale.

Allen Dementierversuchen gegenüber stellen wir nochmals fest:

Mit sowjetrussischem Gelde werden 5000 Exemplare der „Roten Fahne", das sind mindestens zwanzig Prozent der Gesamtauflage, bezahlt. Das Auslandsabonnement der „Roten Fahne" beträgt monatlich 4,80 Mark. Sie erhält also aus Sowjetrußland 24 000 Mark im Monat, das sind 288 000 Mark — mehr als eine Viertel Million — im Jahre.

Eine Viertel Million für Gemeinheiten gegen die deutsche Arbeiterbewegung, gegen die deutsche Regierung, gegen die Deutsche Republik!

Da hätten wir nun glücklich ein sowjetrussisch-kapedistisches Dementi — und das ist falsch!

Wo bleiben die anderen? Wo bleiben die Verlautbarungen gegen unsere Mitteilungen über die Verramschungsabsichten der kommunistischen Betriebe? Wo bleibt das Dementi gegen unsere Behauptung, daß der Unterhändler der KPD. den Interessenten nahegelegt hat, die Löhne und Gehälter in den kommunistischen Betrieben um eine Million im Jahre zu drücken, wo das Dementi gegen unsere Behauptung über den schmachvollen Menschenhandel, den die Zentrale der Kommunistischen Partei mit den Arbeitern und Angestellten der kommunistischen Betriebe beabsichtigt?

Wir sind begierig, diese Dementis zu hören. Wir erwarten, daß die Herrschaften, wenn sie nun einmal zu reden angefangen haben, auch weiter reden werden. Also heraus mit den Dementis! Nur — wir werden uns gestatten, jedes Dementi von dieser Seite sofort auf seine Verlogenheit festzunageln!

Südtirol in Banden.

Entdeutschung und Knechtung.

Man schreibt uns:

In den Tagen, als der österreichische Bundeskanzler Schober seinen Staatsbesuch in Rom erledigte, war ich in Südtirol. Schon auf der elektrischen Brennerbahn hat man ein eigenartiges Erlebnis. Einen Kilometer vor der Station „Brennero" hält der österrichische Zug plötzlich an unbewohnter Stelle. Aus dem Schnee ragt eine große Tafel, in den Tiroler Farben weiß-rot umrahmt, die das unbefugte Aussteigen verbietet. Eine Dampflokomotive spannt sich vor den elektrischen Zug und befördert ihn den ganzen Kilometer zur Grenzstation, von wo er dann wieder elektrisch weitergeht. Die Oesterreicher fahren mit Gleichstrom, die Italiener mit Drehstrom. Sie wollten mit ihren Lokomotiven bis Innsbruck fahren. Oesterreich aber, das ohnehin schon 35 italienische Eisenbahner in Innsbruck dulden muß, hatte keine Lust, täglich solchen Besuch zu empfangen. Daher verbot Italien den österreichischen Gleichstromlokomotiven das Befahren italienischen Bodens. Die Zwischenschaltung der Dampflokomotiven auf der völlig elektrifizierten Strecke ist ein äußeres Zeichen dafür, daß dies eine besondere Grenze ist. Wir sind im zwölften Jahr nach der Neuaufteilung Europas; da und dort mag man sich daran gewöhnt haben — aber in ganz Nordtirol ist die schmerzvolle Trauer lebendig um die Abtrennung des deutschen Gebietes südlich vom Brenner.

Vor dem Krieg hatte das österreichische Kronland Tirol, eine „gefürstete Grafschaft" genannt, etwa 900 000 Einwohner. Ein Drittel davon bekannte sich zum italienischen Volkstum. Die Etschklause bei Salurn war die Sprachgrenze. Für den italienischen Süden bestand ein eigenes Kreisgericht, die Italiener hatten ihre nationale Schule und konnten in ihrer Sprache mit den Behörden und Gerichten verkehren. Es bestand Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht, und es mußten schon deutliche Aeußerungen irredentistischen Willens sein, die Konfiskationen, Auflösungen oder Prozesse nach sich zogen. Die Wein- und Obstbauern des Südens standen im Gegensatz zu den reichen Grundherren, den „Signori", und sie hatten alles Interesse an der Zugehörigkeit zu dem großen Wirtschaftsgebiet Altösterreich, denn Italien produzierte selbst soviel mehr Wein und Obst, daß Südtirol froh war, seine Produkte nach dem Norden und Osten absetzen zu können. Die Stadt Trient wählte 1907 den Sozialdemokraten Avancini, 1911 den Sozialdemokraten Dr. Cesare Battisti in den Reichsrat zu Wien. Der Bischof Endrici konnte nach Herzenslust seine Diözese mit italienischen Priestern besetzen. Battisti, der im Krieg zur italienischen Armee ging, wurde gefangen und gehenkt.

Die Abtretung des italienischen Südens war Italien angeboten, um es vom Eintritt in den Weltkrieg an der Seite der Entente abzuhalten. Kein Mensch in Deutschösterreich hätte es 1918/19 als Unrecht empfunden, wenn dieses Südland zu Italien geschlagen worden wäre. Aber Italien verlangte die Brennergrenze und bekam sie. Die italienische Wissenschaft bemüht sich seitdem unausgesetzt, den Nachweis zu erbringen, daß alles Land südlich der Etsch und der Wasserscheide des Brenners aus geographischen, aber auch aus nationalen Gründen zu Italien gehöre. Tatsache ist, daß Tirol in seiner Gesamtheit von Kufstein bis zum Gardasee tausend Jahre lang eine staatliche Gemeinschaft gebildet hat, die lange Zeit von Meran aus verwaltet wurde, und zwar sind die Urkunden bis ins XIII. Jahrhundert lateinisch, seither aber deutsch. Selbst die Rhätoromanen, in Südtirol auch Ladiner genannt, fühlten sich nicht als Italiener, tun es auch heute noch nicht, und sprechen deutsch ebenso gut wie ihre uralte Sprache, die nicht italienisch ist.

Zur Trennung wurde noch die gehässigste Ungerechtigkeit gefügt, daß man Südtirol nicht unter den internationalen Minderheitenschutzvertrag stellte. Die Deutschen Südtirols, rund eine Viertelmillion Menschen, ebenso viel wie die Deutschen Nordtirols, haben nicht einmal das Recht, Beschwerden an den Völkerbund zu schicken.

Heute gibt es südlich des Brenners öffentlich keine deutsche Aufschrift mehr. Von den Bahnhofschildern bis zur Hotelrechnung ist alles nur einsprachig italienisch. Die Gasthäuser dürfen allerdings ihre Speisekarten auch deutsch auflegen, aber nur, wenn sie es zugleich italienisch französisch und englisch tun! Die Verteuerung der Druckkosten, das Unvermögen in drei Sprachen zu schreiben, macht diese „Erlaubnis" illusorisch. Jedes Lokal darf nur ebenso viele deutsche Zeitungen auflegen, als italienische. Die italienische Presse ist heute ausschließlich faschistisch, eine Menge deutscher Zeitungen des Auslandes sind verboten, vor allem natürlich sozialistische Blätter.

Eine Ausnahme gibt es: an einem Haus in Bozen liest man erstaunt eine große deutsche Aufschrift. Aber es ist nur die „Alpenzeitung, politisches Tagblatt für die Provinz Bozano." Dafür müssen in jedem öffentlichen Lokal die Bilder des Königspaares und natürlich Mussolinis hängen. Unter den Eisenbahnern und anderen Beamten sind wohl noch eine Anzahl Deutsche, die die italienische Sprachprüfung

Diktatorendämmerung.

Pommersche Rebellion gegen Hugenberg.

Warum ist Hugenberg auf die Reichstagstribüne gegangen? Das Geheimnis wird gelüftet: er fühlt sich als Parteiführer unsicher. Die Rebellion gegen ihn ist im Gang. In der „Pommerschen Tagespost" schreibt Herr von Knebel-Doeberitz:

„Die hohe Achtung, die ich vor dem reinen Wollen und dem organisatorischen Können des Herrn Geheimrat Hugenberg habe, erleichterte es mir, ihm meine Auffassung darzulegen, daß er als Parteiführer den Zusammenhalt nicht gewährleisten könne.

Meine pommerschen Freunde v. Flemming, v. Rohr und v. Zitzewitz haben selbstverständlich vorher Kenntnis von diesem Schritt gehabt; daß die beiden letzteren meinen Standpunkt nicht teilten, ist durch ihre Haltung in der Oeffentlichkeit in der letzten Zeit bewiesen.

Einig im Ziel werden wir den Zusammenhalt untereinander deshalb nicht aufgeben, denn die Parteiführerfrage ist zu klein im Vergleich zu den Gefahren, die Staat und Volk bedrohen.

Wer seit Jahren sieht, wie die Lebensmöglichkeiten des ostdeutschen Grenzlandes durch Hader und Zwist der Parteien blinden Unverstand, Nichtkönnen oder Wollen von Woche zu Woche immer mehr vernichtet werden, ist vielleicht eher imstande, die Sache über die Person zu stellen, wenn das Zusammengehen gefährdet ist."

Da hilft kein Dementi mehr! Hugenberg scheint in der Lage Primos vor dem Rücktritt zu sein.

Ein deutscher Protestschritt in Moskau

In Sachen „Drusag".

Das Sowjetarbeitsgericht hat kürzlich den deutschen Leiter der Konzession „Drusag" Dr. Dittlow und seinen Gehilfen Dr. Weimert zur Höchststrafe von je 10 000 Rubel verurteilt, da sie sich angeblich kleine Verstöße gegen die sowjetrussische Arbeitsordnung hatten zuschulden kommen lassen. Es handelte sich in einigen Fällen um Ueberstundenarbeit, die als Nichteinhaltung des achtstündigen Arbeitstages angesehen wurde und andere kleinere Vergehen. Außerdem soll sich das Verfahren durch besondere Rücksichtslosigkeiten mit propagandistischer Tendenz ausgezeichnet haben.

Nun wird bekanntgegeben, daß wegen dieses Vorgehens der Sowjetbehörden von der deutschen Botschaft in Moskau energische Vorstellungen erhoben worden sind

Russische Protestnote an Frankreich.

Nach einer Meldung aus Moskau hat Litwinow dem französischen Botschafter Herbette in Moskau eine Note überreicht, in der die Sowjetregierung schärfsten Protest gegen die Verhaftung des zweiten Sekretärs der Pariser russischen Botschaft durch die französische Polizei erhebt. In der Note wird zum Ausdruck gebracht, daß die Verhaftung erfolgt sei, obgleich der Verhaftete den Polizeibeamten seinen diplomatischen Paß gezeigt habe.

Auch die zahlreichen Haussuchungen bei sowjetrussischen Staatsangehörigen sowie die Verhaftung eines Beamten der Pariser russischen Handelsgesellschaft sind Gegenstand des russischen Protestes. Die Sowjetregierung verlangt in der Note die sofortige Freilassung des Letztgenannten. Der Botschaftssekretär war schon kurz nach seiner Verhaftung auf freien Fuß gesetzt worden.

Die französisch-offiziöse Havas-Agentur bestreitet übrigens die Verhaftung des betreffenden Mitgliedes der Sowjet-Botschaft.

Das Schicksal des Saargebiets.

Eine sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Es ist der einmütige Wunsch des gesamten deutschen Volkes, daß nach der Annahme des Young-Plans das noch vom Reich getrennte Saargebiet schnellstens mit dem Deutschen Reiche wieder vereinigt wird. Bei den Verhandlungen über diese Frage muß es die Aufgabe der Reichsregierung sein, dafür zu sorgen, daß die Saargruben in die deutsche Verfügungsgewalt zurückkehren und die früheren Staatsgruben den Vorbesitzern zurückgegeben werden. Wir fragen die Reichsregierung, ob sie bereit ist, darüber Auskunft zu geben, ob die Verhandlungen von der deutschen Delegation in Paris in diesem Sinne geführt werden?

bestanden haben. Auch verschiedene Italiener haben deutsch erlernt. Die Karabinieri und die Polizisten sind ausnahmslos Italiener, die oft genug nur sehr kümmerlich deutsch verstehen. Eine gewaltige italienische Zuwanderung wird vom Staat gefördert; sie hat ihren Anfang in der militärischen Räumung des Südens von der Zivilbevölkerung durch die k. und k. Militärbehörden genommen, als die Gebiete um den Gardasee und die Hochebenen von Lavarone und Rovereto Kriegsgebiet wurden.

Keine deutsche Straßenbezeichnung gibt es mehr, die Schulen sind ausschließlich italienisch und seit dem letzten Herbst ist den Lehrern auch verboten worden, durch deutsche Erläuterungen den italienischen Unterricht für die Kinder verständlich zu machen. Heute schon sprechen viele Schulkinder auch außerhalb der Schule bereits italienisch miteinander. In den größeren Städten wenigstens ist deutscher Hausunterricht noch erlaubt, aber nur bis zur Höchstzahl von drei Schülern! Neben der offiziell faschistischen „Alpenzeitung" erscheinen noch die „Dolomiten" und ein „Volksbote", die aber notgedrungen alles in faschistischem Sinne darstellen müssen. So fand man in all diesen Blättern eine prahlende Aufzählung, wonach die Faschistenpartei und die verschiedenen anderen Organisationen, zum Beispiel der jungen Faschistinnen und der kleinen Faschistinnen, sowie die Syndikate für Arbeiter, Angestellte und Unternehmer, die Konföderationen für beide zusammen und die Milizen für Allgemeines, Post, Eisenbahn, Telegraph, Luft und Grenzschutz alles zusammen 10 Millionen Mitglieder in ganz Italien hätten. Auf den ersten Blick sieht man dieser „Statistik" an, daß sie Hunderttausende doppelt und mehrfach zählt!

Eine sozialistische Bewegung oder Organisation ist vollkommen ausgeschlossen. Jede Tischgesellschaft in einem Gasthaus muß gewärtig sein, was sogar jeder Gruppe auf der Straße passieren kann, von einer Streife der Faschistenmiliz unter Begleitung von Beamten der Quästur (Polizeidirektion) mit dem Ruf „Hände hoch" zur Ausweisleistung angehalten und körperlich durchsucht zu werden. Wehe dem, der ein sozialistisches Blatt oder auch nur ein Taschenmesser bei sich hat!

Zur Beruhigung ausländischer Touristen, besonders reichsdeutscher, sei hinzugefügt, daß sie von den Organen an der Grenze und im Lande einwandfrei, sogar höflich und entgegenkommend behandelt werden. Weiß man von jemandem, daß er sich früher sozialistisch betätigt hat, so steht er unter strenger Ueberwachung. Auch das Postgeheimnis ist keineswegs sicher. Die Genossen dort unten müssen sich ängstlich hüten, etwa Parteiblätter aus dem Ausland auch in geschlossener Sendung zu beziehen, und man täte ihnen einen schlechten Dienst, wollte man ihnen die Zeitungen schicken, nach denen sie sich sehnen. Gerade die Unterdrückung jeder oppositionellen Presse, womit die Zerstörung des „Volksrecht" in Bozen 1922, noch vor dem Marsch auf Rom, den Anfang gemacht hat, ist das allerschlimmste, denn das Volk hört nur noch die faschistische Lehre.

Der Großmannsfimmel des Altrömertums äußert sich in aufdringlichster Weise. Staatliche Wohnbauten werden im „römischen Stil" ausgeführt: Gelbe Häuser mit dunkelbraunem Stuck, Rundbogen über Haustoren und Fenstern, Säulenbalkons u. a. m.

So lebt das deutsche Südtirol in schwerer Wirtschaftsnot, weil ihm der natürliche Absatz seiner Produkte erschwert ist und weil man ihm mit offener Gewalt sein altes Volkstum nimmt und seine Kinder zu nicht nur staatsbürgerlichen, sondern auch nationalen Italienern zu machen sucht. Wer seine Stellung nicht verlieren will, muß in irgendeine Faschistenorganisation eintreten. Und am Talferbach prunkt in marmornem Weiß das Siegesdenkmal. Kein Deutscher betritt es, aber zwei Karabinieri bewachen es Tag und Nacht.

Bayerns politische Krise.

Was geschieht nach dem Staatsgerichtsurteil?

Die amtliche bayerische Pressestelle schreibt zum Urteil des Staatsgerichtshofs, nach dem die 15 sogenannten Landesabgeordneten auf Grund einer nicht verfassungsmäßigen Bestimmung gewählt worden sind:

Nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes wird nunmehr der bayerische Landtag zunächst zur Sache Stellung zu nehmen und die ihm nach § 33 der Verfassungsurkunde zustehende Wahlprüfung vorzunehmen haben. Bei dieser Wahlprüfung können sich etwa folgende Möglichkeiten ergeben: Der Landtag könnte die vom Staatsgerichtshof als verfassungswidrig bezeichneten Artikel 42 und 58 außer Wirksamkeit setzen und die Wahl der sogenannten Landesabgeordneten als ungültig behandeln. Daraufhin hätten die Inhaber der sogenannten Landesmandate aus dem Landtag auszuscheiden und der Landtag würde weiterhin nur noch aus 113 statt 128 Abgeordneten sich zusammensetzen, oder der Landtag könnte das ganze Landeswahlgesetz einer Durchprüfung unterziehen, die Staatsregierung um entsprechende Vorschläge zur Abänderung des Landeswahlgesetzes ersuchen, insbesondere nach der Richtung, wie etwa die Einrichtung der Landesmandate der Verfassung entsprechend zu gestalten wäre, wenn diese weiterhin beibehalten werden sollten. Dabei wäre vom Landtag die Frage zu entscheiden, ob dieses neu ausgearbeitete Gesetz nach Annahme durch den Landtag erst bei der Neuwahl im Jahre 1932 oder schon vorher in Kraft treten solle.

Rausschmiß!

Fünf Versöhnler von Thälmann geschlachtet.

Die Bezirksleitung Wasserkante der KPD., an deren Spitze nach der Absägung des preußischen Landtagsabgeordneten Grube der preußische Landtagsabgeordnete Schubert steht, hat neuerdings fünf Versöhnler aus der KPD. ausgeschlossen. Darunter befinden sich das Hamburger Bürgerschaftsmitglied Westermann und der Redakteur Stefan. In der Ausschlußbegründung werden die Versöhnler als parteifeindliche Elemente bezeichnet, die in der KPD. die Rolle Brandler-Thalheimers usw. zu spielen versucht hätten.

Der Ausschluß ist insofern von symptomatischer Bedeutung, als es zum erstenmal der links von der Brandler-Gruppe stehenden, bisher noch in der KPD. geduldeten Versöhnlergruppe an den Kragen geht. Die Führung dieser Gruppe hat nach dem Tode Dr. Ernst Meyers der Reichstagsabgeordnete Ewert übernommen.

Neue Pläne Moldenhauers.

Verkauf von Reichsbahn-Vorzugsaktien an die Sozialversicherung?

Die Verhandlungen der Finanzsachverständigen der Regierungsparteien mit der Regierung werden am Freitag fortgesetzt werden. Am Donnerstag hat lediglich in kleinem Kreise eine informatorische Aussprache über die einzelnen Ausgabenpositionen des Jahres 1930 stattgefunden.

Nachdem der Gedanke der Herstellung einer Gefahrengemeinschaft zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung bei keiner Regierungspartei Gegenliebe gefunden hat, ist ein anderes Projekt in den Vordergrund getreten, und zwar soll das Reichsfinanzministerium durch den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn, die sich im Besitz des Reiches befinden, an die Träger der Sozialversicherung die Mittel beschaffen, die zur Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung erforderlich sind. Die Verhandlungen über diesen Plan stecken noch im ersten Anfangsstadium, da die Art seiner Durchführung noch keineswegs feststeht. Im Reichsfinanzministerium sind selbst Bedenken gegen diesen Plan aufgetaucht, und in der letzten interfraktionellen Besprechung hat Minister Dr. Moldenhauer bereits einen neuen Vorschlag zur Diskussion gestellt. Er läuft darauf hinaus, daß im Jahre 1930 150 Millionen, im Jahre 1931 100 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn an die Sozialversicherung verkauft werden. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung soll das Recht erhalten, den Restteil des Fehlbetrages selbst zu beschaffen. Das bedeutet, daß die Reichsanstalt im Gegensatz zur jetzigen Regelung befugt wäre, entweder durch Verwaltungsreformen die Ausgaben zu vermindern oder durch Erhöhung der Beiträge die Einnahmen zu vergrößern. Eine Stellungnahme der Parteien zu diesem Vorschlag ist bisher nicht erfolgt.

Das Reichskabinett hat sich am Donnerstag mit dem Etat für 1930 beschäftigt. Zu einem Abschluß der Beratungen ist es nicht gekommen. Sie werden in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer ist ermächtigt, über seinen neuen Plan zur Beschaffung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung mit den Parteien zu verhandeln.

Abschied von Paul Levi.

Gedenkreden im Krematorium.

Als die vielen Trauergäste zur Einäscherung Paul Levis den Vorhof des Wilmersdorfer Krematoriums betraten, sahen sie den Weg von einem dichten Spalier unter vielen roten Fahnen eingesäumt. Abordnungen der Partei, der Arbeiterschaft mehrerer Großbetriebe und der Arbeiterjugend erwiesen dem so tragisch Verstorbenen die letzte Ehre. Die Freitreppe trug eine große Zahl Kränze, von denen auch der Sarg vollständig bedeckt war. Mit dem preußischen Ministerpräsidenten Genossen Dr. Otto Braun war der Parteivorstand vollzählig erschienen, von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und anderen zentralen Parteikörperschaften hatten sich so viele Mitglieder eingefunden, daß sie zusammen mit den Angehörigen und persönlichen Freunden Paul Levis den Fassungsraum der Halle gewaltig überschritten. Von Persönlichkeiten anderer Parteien sah man den achtzigjährigen Strafrechtslehrer Prof. Kahl (D. Vp.), Abg. Frau Teusch, Dr. Bell (Z.), Abg. Oscar Meyer (Dem.), Abg. Maria Lüders (Dem.), Abg. Runkel (D. Vp.) und Chefredakteur Theodor Wolff. Der Republikanische Reichsbund war durch Oberverwaltungsgerichtsrat Krohner vertreten, auch Kammergerichtsrat Seetzgast war erschienen, ebenso Landgerichtspräsident Sölling, Senatspräsident Orgler und Professor Albert Einstein sowie viele andere Persönlichkeiten des politischen, wissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Lebens. Unsere Bruderpartei in Deutschösterreich vertrat Redakteur Hugo Schulz-Wien. Nach einem Orgelvorspiel trat

Rudolf Breitscheid

an die Bahre, um im Namen der Partei und ihrer Reichstagsfraktion Abschied zu nehmen:

Wir alle, denen er Mitstreiter gewesen ist, wissen, daß er im Sozialismus gewurzelt hat. Viel hat er in seinem Leben geleistet, mehr noch konnten seine Freunde von ihm erwarten. Er war unser! Vorübergehend hat sein Weg von der großen Sozialdemokratischen Partei hinweggeführt, ihn aber nie dem Sozialismus entfremdet. Sein nicht zu bändigender Wille zur Freiheit, sein unbedingtes rücksichtsloses Festhalten an dem, was er für recht erkannt hatte und für recht erachtete, seine Abneigung gegen alles, was ihm den Ideen der Menschlichkeit entgegenzustehen schien, das trieb ihn während des tobenden Weltkrieges auf eine andere Bahn und brachte ihn zeitweise in Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei. Er, der die Bildung Europas in sich aufgenommen hatte, er fürchtete die Fesseln des Nationalismus. Der Mann, dem das Wort von der Vereinigung der Proletarier aller Länder nicht nur in den Kopf, sondern auch in das Herz gedrungen war — er sah in dem Krieg den Brudermord, dem er zu widerstehen hätte. Freilich, er fand dort, wo er hinging, weit geringere Aussichten für die Verwirklichung seiner Ideale. Einige Jahre darauf kehrte er zu unserer gemeinsamen Arbeit zurück und gab der Ueberzeugung, daß

nur in der Einigkeit des arbeitenden Volkes der Sieg

liegen kann, durch seine Schriften beredten Ausdruck. Vielleicht darf man sagen, daß Paul Levi nicht ein Parteimann im Durchschnittssinn des Wortes gewesen ist. Vielleicht stand für ihn nicht im Vordergrund des politischen Daseins die Idee der Disziplin; seine kritische Art war dafür zu stark, ihm fehlte — erfreulicherweise! — jeder Autoritätsglaube. Aber alle Auseinandersetzungen hinterließen keine Feindschaft, und auch über die Partei hinaus hatte Levi wohl Gegner, aber keine Feinde. Mit seinem frohen Humor fand er immer das versöhnliche Wort.

Der Redner feierte dann den Rechtsanwalt Paul Levi als einen wahren Anwalt des Rechts, als Kämpfer für das Recht und für die Unterdrückten, von leidenschaftlichem Rechtsgefühl beherrscht und überall auftretend, wo ihm die persönliche Freiheit des Menschen bedroht erschien. Auch das Mandat war ihm vor allem ein Kampfmittel für das Recht. Aber von seinem Beruf ließ er sich nicht verzehren; er hatte Zeit für andere Dinge des so reichen Lebens. Er vertiefte sich in Probleme der Geschichte, er versenkte sich in die Schätze der Kultur, und mit Erfolg bemühte er sich auch kritischer Tätigkeit. Er war nicht nur Politiker, auch Literat und Aesthet, aber nicht einer jener Aestheten, die es für unwürdig halten, am Tageskampf teilzunehmen.

Er stieg in die höchsten Täler und in die letzten Dörfer des Erzgebirges hinauf, das Evangelium des Sozialismus zu verkünden.

Vor elf Jahren stand ich neben ihm am Sarg von Karl Liebknecht, und in seiner Rede sprach er von Rosa Luxemburg, deren Leiche noch nicht gefunden war, von der armen kleinen Rosa; vor Wehmut zitterte seine Stimme, als er der Frau gedachte, die ihm Lehrerin und Freundin gewesen war. Und jetzt hat er seinen Tod gefunden, ganz nahe jener Stelle, wo blutige Mörderhände den Leichnam Rosa Luxemburgs versenkt haben... Könnte sein Mund noch sprechen, er würde jetzt mit Goethe sagen:

Wenn die Asche glüht,
Wenn der Funke sprüht,
Eilen wir den ew'gen Göttern zu.

Sein Andenken lebt in unserem Gedächtnis fort, und wir versprechen ihm, jeder von uns will in seiner Weise den Idealen nachstreben, die die seinen gewesen sind.

Max Seydewitz-Zwickau

rief Paul Levi den unauslöschlichen Dank seiner proletarischen Wähler im sächsischen Erzgebirge und im Vogtland nach. Trauer herrscht in den Hütten und Häusern seines Wahlkreises, wo man nicht von Paul Levi spricht, sondern von unserem Paul. Im unerschütterlichen Glauben an unsere Ziele hat er zu den gläubigen Proletariern gesprochen. Sein Werk wird in uns fortleben, wir werden in seinem Sinne fortwirken, in seiner leidenschaftlich glühenden revolutionären Gesinnung.

Kurt Rosenfeld

gedachte des Verstorbenen besonders als des Kämpfers gegen den Militarismus, der in Uebereinstimmung mit Rosa Luxemburg schon jene Prozesse vor dem Krieg zur Aufrüttelung der Arbeitermassen gegen den Militarismus gestaltet hat. Von seinem revolutionären Sozialismus wie von seiner wahrhaften Internationalität hat Levi niemals etwas preisgegeben. In der Nachkriegszeit hat er

bald erkannt, daß nicht die Kommunistische Partei, sondern nur die Sozialdemokratie erfolgreiche Betätigung für diese Ziele ermöglicht und zur Befreiung des Proletariats aus der Knechtschaft des Kapitalismus führt.

Bis zum letzten Atemzuge ist er ein Vorkämpfer des revolutionären Sozialismus, ein treuer Freund und tapferer Kamerad geblieben. Diese Lücke wird sich sobald nicht schließen.

Franz Künstler

sprach die tiefe Trauer auch der Berliner Sozialdemokratie für den Dahingegangenen aus und erwähnt als Zeugnis seiner edlen Gesinnung, daß Levi noch vom Krankenbett dem Bezirksverband einen nennenswerten Betrag zur Hilfe für die Allerärmsten gespendet hat.

Hermann Fleißner-Dresden

rühmte Levi nach, daß er sich ganz in die sächsischen Verhältnisse eingelebt hat und ihre Besonderheit wie ihre Bedeutung wohl erkannte.

Mit einem Schlußwort, das der Schriftsteller Marcu im Namen der persönlichen Freunde Paul Levis sprach, waren die Reden beendet. Wieder erklang die Orgel, die roten Banner senkten sich über den Sarg, der in der Tiefe verschwand, während alles sich in Trauer erhoben hatte.

Heimwehr- und Schutzbundwaffen.

Ein lehrreicher Strafprozeß.

Wien, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Die Haussuchung vom 14. Februar 1929 in dem sozialdemokratischen Parteihaus in Wien bzw. den Räumen der Waffenhandlung des Arbeiter-Jagd- und Schützenvereins, die zur Beschlagnahme zahlreicher Waffen führte, hatte ein gerichtliches Nachspiel. Die Angeklagten wurden freigesprochen, nur der Geschäftsführer der Waffenhandlung, Wodak, erhielt 48 Stunden Arrest.

Der Sekretär des Schutzbundes, Heinz, zugleich Geschäftsführer und Vorsitzender des Arbeiter-Jagd- und Schützenvereins, ferner der Geschäftsführer Wodak und ein Beamter der Waffenhandlung, namens Bauer, waren wegen Uebertretung des Waffengesetzes angeklagt. Sie verwiesen darauf, daß die beschlagnahmten 240 Gewehre

mit Genehmigung der zuständigen Behörden von dem Arbeiter-Jagd- und Schützenverein aus Deutschland eingeführt

wurden und der Schützenverband von der Behörde genehmigt ist. Außerdem erklärten sie, daß die Behörden von dem Vorhandensein der Waffen gewußt haben und die Heimwehr viel mehr Waffen besitze. Man könne der Sozialdemokratie unmöglich zumuten, einen Angriff der Heimwehr unbewaffnet abzuwarten.

Die Verteidiger der Angeklagten beantragten, den Bundeskanzler Schober und andere Persönlichkeiten des politischen Lebens darüber zu vernehmen, daß

seinerzeit die Heimwehr einen gewaltsamen Angriff auf das Gebäude der „Arbeiter-Zeitung" geplant

habe und die Sozialdemokratie sich dagegen habe wehren müssen. Außerdem wurde die Vernehmung des Bezirkshauptmanns von Judenberg in der Steiermark darüber gefordert, daß er ein großes Waffenlager der Heimwehr aufgedeckt, aber der steierische Landeshauptmann Dr. Rintelen (christl.-soz.) verboten habe, die Waffen zu beschlagnahmen. Schließlich sollte noch der sozialistische Abg. Dr. Renner darüber vernommen werden, daß er

zwei Monate vor der Haussuchung an Dr. Seipel den Antrag gestellt habe, die innere Abrüstung durchzuführen, Seipel das aber abgelehnt

habe, weil die Voraussetzungen für eine innere Abrüstung noch nicht gegeben seien. Der Richter lehnte sämtliche Beweisanträge ab und verkündete das Urteil.

Aus dem Hitler-Staate.

Buch- und Pressezensur, Buchverbote und Zeitungsverbote — alles bei Hitler!

Hitler hat in der Nationalsozialistischen Partei die Parteizensur eingeführt. Als nationalsozialistische Schriften gelten künftig nur noch solche, die sein Imprimatur erhalten haben, die übrigen nicht abgestempelten kommen auf den Index. Die Anordnung, die er darüber erläßt, könnte von einem Generalkommando während der Kriegszeit verfaßt worden sein. Sie läßt liebliche Schlüsse darauf zu, wie es mit der Presse-freiheit in Deutschland aussehen würde, wenn diese Leute ihre „nationale Diktatur" aufrichten würden! Die Anordnung lautet:

„1. Jede von einem Parteigenossen oder von einer Untergliederung der Partei herausgegebene Druckschrift, die sich mit grundsätzlichen Fragen der NSDAP. befaßt, muß vor Drucklegung der Reichsleitung zur Einsichtnahme und Genehmigung zugeleitet werden.

2. Diese von der Reichsleitung zugelassenen Druckschriften erhalten den Vermerk: „Mit Genehmigung der Reichsleitung gedruckt." Nur diese haben die Berechtigung, das Hoheitszeichen der Partei auf dem Titelblatt der Broschüre zu führen.

3. Für bisher erschienene Druckschriften ist unter Vorlage die Genehmigung der Reichsleitung nachzuholen und können diese dann bei Neuauflage mit dem in Punkt 2 aufgeführten Vermerk versehen werden.

4. Ein Verkauf sowie eine Verbreitung aller von der Reichsleitung nicht genehmigten Schriften wird hiermit verboten. Nicht zugelassene Broschüren werden in der Parteipresse veröffentlicht.

5. Der Zusatz „mit Genehmigung der Reichsleitung gedruckt" bedeutet nicht, daß die Parteileitung die Verantwortung für jede einzelne Anschauung der betreffenden Schrift übernimmt, sondern nur, daß die Druckschrift im ganzen als den Parteibelangen nicht zuwiderlaufend betrachtet wird. Parteiamtliche Kundgebungen werden als solche ausdrücklich bezeichnet. Diese Anordnung ist von allen nationalsozialistischen Blättern dreimal zu bringen."

Mit der Aufrichtung der Zensur und des Index wird zugleich ein Exempel statuiert. Hitler verkündet, daß die Verbreitung der Broschüre „Das Programm der NSDAP." von Hans Wiemer nicht genehmigt wird und daß der Wochenzeitung „Der Eisenhammer" auf die Dauer von vier Wochen die Erlaubnis zur Führung des Hoheitszeichens der NSDAP. entzogen wird. Da hätten wir zugleich ein Buchverbot und ein Zeitungsverbot auf die Dauer von vier Wochen in Gestalt eines vierwöchigen Boykotts. Es wird sich sehr gut ausnehmen, wenn die Nationalsozialisten bei der kommenden zweiten und dritten Beratung des Republikschutzgesetzes gegen Zeitungsverbote sittliche Entrüstung markieren werden!

Mit dieser Zensur in der Hand wird künftig Hitler zwischen die streitenden Gruppen in seiner Partei treten. Wer ihm nicht bequem und zu Willen ist, wer eine eigene Meinung hat, der wird künftig auf den Index geraten. Im übrigen: Hoheitszeichen der NSDAP.! Wo ist die Hoheit?

England und die Religionsverfolgungen

Erklärungen Hendersons im Unterhaus.

London, 13. Februar (Eigenbericht).

Die Verschärfung des Kampfes gegen die Religionsgesellschaften in Rußland hat in England im Laufe der jüngsten Wochen zu einer starken Pressekampagne gegen Rußland geführt, die in zahlreichen kleinen Anfragen an die Regierung ihren Niederschlag gefunden haben.

Außenminister Henderson teilte am Donnerstag im Unterhaus auf eine derartige Anfrage mit, daß die Berichte über die religiösen Verfolgungen in Rußland in England und anderen Ländern tiefe Besorgnis erregt und die ernste Aufmerksamkeit der Arbeiterregierung gefunden hätten. Auf die Frage, ob die britische Regierung beabsichtige, die Frage der religiösen Freiheit in Rußland im Rahmen des Völkerbundsstatuts zur Sprache zu bringen, erklärte Henderson, er zweifle, ob ein solcher Schritt den gewünschten Erfolg zeitigen würde. Der Außenminister bat das Parlament jedoch, überzeugt zu sein, daß „die Regierung, soweit dies möglich und sofern dies im Interesse der Betroffenen liegt", all ihren Einfluß einsetzen wird, um die Sache der religiösen Freiheit und die Freiheit der Religionsausübung in Rußland zu unterstützen.

•

Die Behandlung der Religionsfrage ist eine innerpolitische Angelegenheit, in die sich fremde Regierungen nicht einzumischen haben. An diesem Grundsatz muß festgehalten werden, ob es sich um Mexiko, um die Sowjetunion oder um irgendeinen anderen Staat handelt. Das Recht zur formellen Intervention steht in solchen Dingen weder einer einzelnen fremden Macht, noch dem Völkerbund zu.

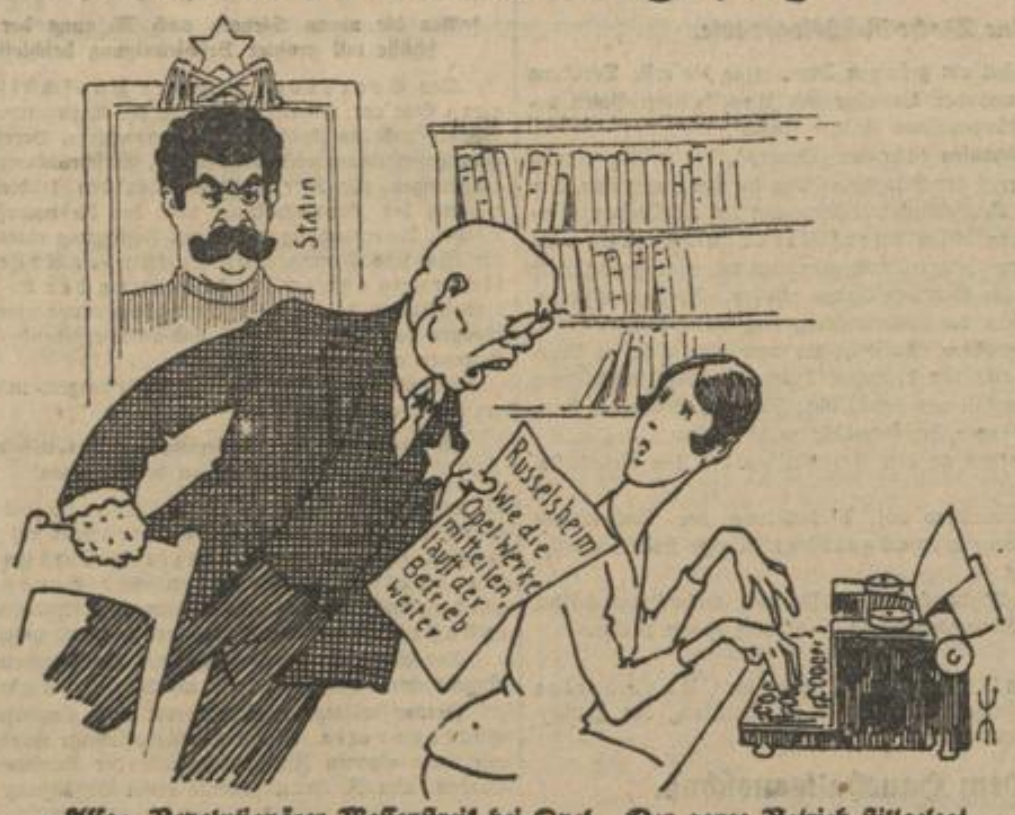
Dennoch ist es im höchsten Grade töricht, daß die Sowjetunion ihren Gegnern auch noch das moralische Argument in die Hände spielt, daß der religiöse Glauben und seine Ausübung auf ihrem Territorium verfolgt werden. Die deutsche Arbeiterschaft wird sich in ihrer großen Mehrheit dadurch nicht besonders beeinflussen lassen, wohl aber die englische, die fast in ihrer Gesamtheit — einschließlich des radikalsten sozialistischen Flügels — tiefreligiös empfindet. Durch ihren jetzigen forcierten und aggressiven antireligiösen Kurs vertieft die Sowjetregierung nicht nur die latente Feindschaft des internationalen Bürgertums gegen den Bolschewismus, sondern sie verscherzt sich obendrein die Sympathien, die sie in wichtigen Schichten des angelsächsischen Proletariats noch besaß.

Die Stadtverordnetenwahl in Münster ist vom Bezirksausschuß auf sozialdemokratischen Antrag für ungültig erklärt worden. Bei den Wahlen hatte das Zentrum zwei Listen aufgestellt, die als 1a und 1b bezeichnet worden waren.

Kommunistischer Redakteur verhaftet. Wie die kommunistische „Hamburger Volkszeitung" mitteilt, ist der verantwortliche Redakteur der „Volkszeitung" Erich Hoffmann am Donnerstag morgen auf Anordnung des Oberreichsanwalts wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet worden.

Stresemann-Büste im Auswärtigen Amt. Das Auswärtige Amt ist durch Spenden von Auslandsdeutschen in den Stand gesetzt worden, eine von Professor Ernst Seger geschaffene Stresemann-Büste in Bronze zu erwerben. Die Büste, die in diesen Tagen fertiggestellt ist, wird in dem zu einer Erinnerungshalle ausgestalteten Vestibül vor dem Arbeitszimmer Stresemanns ihren Platz finden. Die Aufstellung der Büste wird mit einer Erinnerungsfeier des Auswärtigen Amtes für seinen verstorbenen Leiter verbunden werden.

Wieder einmal gesiegt.



„Also: Revolutionärer Massenstreik bei Opel. Der ganze Betrieb stillgelegt. 8000 Arbeiter streiken — —." „Aber es waren doch nur 400 Störenfriede und es wird doch längst wieder gearbeitet!" — „Dumme Gans. Was versteht sie denn von revolutionärer Berichterstattung!"

Japans und Frankreichs Flottenforderungen

Der deutsche Panzerkreuzer als Vorwand

London, 13. Februar. (Eigenbericht.)

Die japanische und französische Delegation zur Flottenkonferenz haben am Donnerstag die erwarteten Memoranden über ihre Flottenansprüche der Oeffentlichkeit übergeben.

Das Memorandum Japans

vermeidet jede Festsetzung nach der Seite der Tonnageziffern. Es ist auch sonst im Gegensatz zu der französischen Darstellung durch eine gewisse diplomatische Vieldeutigkeit gekennzeichnet. Japan erklärt sich grundsätzlich zugunsten der geplanten Verlängerung der Sperrfrist für den Bau von Schlachtschiffen, vermeidet jedoch ängstlich jede Stellungnahme zu einem Vorschlag, der die Außerdienststellung eines japanischen Schlachtschiffes beantragt hatte. Zur Kreuzerfrage macht das japanische Memorandum die völlig unverbindliche Feststellung, daß Japan eine Mindeststärke beanspruche, die für die nationale Verteidigung ausreichend sei und die Stärke der anderen Völker in Rechnung setze. In Konferenzkreisen weist man darauf hin, daß die Bedeutung dieses Memorandums nicht in dem liege, was es sage, sondern in dem, was es verschweige. Man erklärt ferner, daß kein Wort von der japanischen Forderung nach 70 Prozent der amerikanischen Flottenstärke enthalten sei und schließt daraus, vielleicht etwas zu optimistisch, daß Japan sich zu einem Kompromiß in dieser Frage bereit finden wird. Nach dem Washingtoner Abkommen hatte Japan einen Anspruch auf 60 Prozent der amerikanischen Flottenstärke.

Das französische Memorandum

betont, daß Frankreich 1914 eine Flotte von 964 000 englische Tonnen besessen und 174 000 Tonnen im Bau gehabt habe. Die Gesamttonnage der französischen Flotte betrage heute 457 192 Tonnen weniger. Frankreich sei im Jahre 1929 die einzige Seemacht gewesen, deren Marinebudget unter demjenigen der Vorkriegszeit gelegen habe. Frankreich habe, ohne auf das Resultat der Konferenz zu warten, bereits sein Bauprogramm bedeutend herabgesetzt. Der gegenwärtige Stand der französischen Flotte betrage:

Schlachtschiffe (im Sinne des Washingtoner Abkommens)	133 186	Tonnen
Andere Schlachtschiffe	52 791	„
Kreuzer von 10 000 Tonnen	70 000	„
Alte Kreuzer	66 963	„
Kleine Kreuzer, Zerstörer, Torpedoboote	228 897	„
Flugzeugmutterschiffe usw	32 146	„
U-Boote	97 878	„
Gesamttonnage rund	681 000	Tonnen

Frankreich, so fährt das Memorandum fort, sei das einzige Land gewesen, das von 1914 bis 1930 keinerlei Kriegsschiffe gebaut habe. Falls die Konferenz die Flottenstärke für die Jahre 1930 bis 1936 festsetze, wie sie von englisch-amerikanischer Seite gefordert werde, so beanspruche Frankreich für 1930 vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments eine Gesamttonnage von 724 479 Tonnen. Unter den detaillierten Erläuterungen zu dieser Ziffer findet sich noch eine deutliche

Anspielung auf den deutschen Panzerkreuzer.

Frankreich habe bisher, so heißt es in diesen Erläuterungen, von seinen, ihm in Washington zugebilligten 70 000 Tonnen für Schlachtschiffe keinerlei Gebrauch gemacht. **Frankreich sei jedoch nunmehr angesichts des Auftauchens eines neuen Typs von Schlachtschiffen gezwungen, von 1936 von dieser Möglichkeit teilweise Gebrauch zu machen, und es werde sich unter Umständen gezwungen sehen, diese 70 000 Tonnen völlig auszuschöpfen, falls neue Schiffe desselben Typs gebaut werden würden.**

Dies stellt eine deutliche Anspielung auf die Frage des Panzerkreuzers B in Deutschland dar. Das französische Memorandum wiederholt schließlich die alte französische Auffassung von der gegenseitigen Abhängigkeit der verschiedenen Gattungen und vom Zusammenhang der Seeabrüstung mit der Gesamtabrüstung. Es betont schließlich den Defensivcharakter der französischen Flottenrüstung und die Uebereinstimmung der französischen Stärke zur See mit den Bestimmungen des Kellogg-Paktes.

•

Selbstverständlich ist der Hinweis des französischen Memorandums auf den deutschen Panzerkreuzer A nur ein Vorwand, um die eigenen Aufrüstungspläne plausibler erscheinen zu lassen. Gäbe es keinen „Panzerkreuzer A", dann müßte irgendein anderer Vorwand herhalten, um die Forderungen der französischen Tirpitze zu begründen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat seinerzeit ihre Ablehnung dieses Panzerkreuzers unter vielen anderen Gründen damit motiviert, daß dieses Kriegsschiff, dem die deutschen Marinefachleute sagenhafte Eigenschaften andichteten, um es dem deutschen Volke schmackhafter zu machen, noch als Argument von den anderen Seemächten herangezogen werden würde, um ihre eigenen viel weitergehenden Rüstungspläne zu begründen. Diese Warnung ist ungehört verhallt. Es zeigt sich aber jetzt, daß sie nur allzu berechtigt war. Der deutsche Panzerkreuzer hat also noch vor seiner Fertigstellung seine vielfachen Zwecke erreicht: er hat das innerpolitische Leben in Deutschland gründlich vergiftet, er hat das deutsche Budget im Zeichen der „Sparsamkeit" mit vielen Millionen unnötig belastet, und er dient endlich den französischen Rüstungsimperialisten als Vorwand für die Sabotage der Seeabrüstung auf der Londoner Konferenz! Die bürgerlichen Parteien, die im Reichstag die Entscheidung für den Panzerkreuzer A erzwungen haben, können auf dieses Werk stolz sein!

Was nun die Anspielung des französischen Memorandums auf die Möglichkeit des Baues weiterer Kriegsschiffe von der Art des Panzerkreuzers A betrifft, so genügt es, festzustellen, daß die Frage der Inangriffnahme eines Panzerkreuzers B überhaupt nicht mehr zur Diskussion steht.

Spionageskandal in Bukarest.

Der Polizeichef im Dienste der Tscheka?

Bukarest, 13. Februar (Eigenbericht.)

Die von der rumänischen Polizei aufgedeckte bolschewistische Spionageaffäre hat ergeben, daß außer dem Chef der Bukarester politischen Polizei Tibacu auch noch andere hochgestellte Persönlichkeiten der rumänischen Regierung in den Skandal verwickelt sind. Sie haben ähnlich wie der Hauptschuldige Tibacu von der russischen Tscheka jeden Monat hohe Gehälter bezogen. Tibacu erhielt nicht weniger als monatlich 20 000 Lei. Die Gehälter für Dezember und Januar sollten ihm von dem verhafteten bolschewistischen Spion Caraman überbracht werden. Tibacu hat nach weiteren Feststellungen der Polizei die bolschewistische Tscheka über die Maßnahmen des rumänischen Sicherheitsdienstes regelmäßig in allen Einzelheiten informiert.

Pilsudski schimpft schon wieder.

Beleidigung des Sejmmarschalls.

Warschau, 13. Februar.

Im Sejmausschuß zur Untersuchung der Vorfälle vom 31. Oktober, an welchem Tage Offiziere in die Vorhalle des Sejms eindrangen, kam es heute bei Vorlesung des Briefes des Marschalls Pilsudski an den früheren Ministerpräsidenten Switalski zu stürmischen Auseinandersetzungen. Pressemeldungen zufolge soll dieser Brief eine Reihe beleidigender Ausdrücke über Sejmmarschall Daszynski enthalten. Die Pilsudskischen verlangten die Veröffentlichung des Briefes, der sich jedoch die oppositionelle Mehrheit widersetzte. Die Regierungsblockleute zogen hierauf ab. Der Obmann des Ausschusses Czetwertynski (rechts) legte den Vorsitz nieder.

Schaeffers Nachfolger. Der bisherige Ministerialdirigent Dr. Heintze im Reichswirtschaftsministerium ist zum Ministerialdirektor ernannt worden. Er ist in die durch die Ernennung von Ministerialdirektor Dr. Schaeffer zum Staatssekretär im Reichsfinanzministerium frei gewordene Stelle eingerückt.

Das Gaststättengesetz. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags erledigte am Donnerstag das Gaststättengesetz bis zum § 13. Zum § 11 wurde ein Antrag angenommen, der die Gastwirte verpflichtet, alkoholfreie Getränke zu führen. **Die §§ 12 und 13 betreffen den Verlust der Gewerbebefugnis.**

Young-Plan-Debatte beendet.

Eine Woche Reichstagspause.

Der Reichstag hat am gestrigen Donnerstag die erste Beratung des Young-Plans und der Verträge mit Amerika und Polen beendet. Nach dem Kommunisten Stöcker sprach

Abg. Dr. **Wendhausen** (Chr.-nat. Bauerp.), der wieder einmal den amtlichen Widerruf der Kriegsschuldlüge im Haag vermißte. Der Young-Plan belaste Deutschland mit insgesamt 180 Milliarden. Ehrlicherweise dürfte man diesen unerfüllbaren Vertrag nicht unterschreiben. Unsere Souveränität gewinnen wir nicht zurück, auch Polen kann sich auf die Sanktionsklausel berufen. Durch das Polenabkommen kann Polen die Entdeutschung noch weitertreiben.

Abg. Graf **Reventlow** (Natsoz.): Es war eine nicht zu überbietende Frivolität der deutschen Delegation, die Entscheidung über den Zerreißungsfall und damit über Tod und Leben des deutschen Volkes dem Haager Schiedsgericht zu überlassen.

Die Vorlagen gehen an den Auswärtigen und den Haushaltsausschuß.

Der Antrag Reventlow auf Plakatierung der Antwortrede Curtius' auf Hugenberg wird abgelehnt. Einige Staatsverträge werden glatt erledigt.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr: Verlängerung der Mieterschutzgesetze. — Schluß gegen 2 Uhr.

*

Der Haushaltsausschuß und der Auswärtige Ausschuß des Reichstags beginnen die Beratung der Young-Gesetze am Freitag vormittag.

Aus dem Haushaltsausschuß.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt genehmigte in seiner Sitzung am Donnerstag zunächst einen Antrag des Reichspostministers, durch den 250 Helferinnen in das Beamtenverhältnis überführt werden sollen. Eine solche Ueberführung aus dem Lohnverhältnis in das Beamtenverhältnis, die von allen Mitgliedern des Ausschusses befürwortet worden ist, war dem Reichspostminister bisher nicht möglich geworden, weil der Reichsfinanzminister und der Reichssparkommissar gegen solche Maßnahme Bedenken erhoben hatten. Nachdem der Reichsfinanzminister sich nach wiederholten Verhandlungen nunmehr mit der Ueberführung einverstanden erklärt hat, wird die Maßnahme noch im laufenden Rechnungsjahr durchgeführt werden.

Sodann beriet der Ausschuß die noch zurückgestellten Paragraphen des sogenannten Ministerpensionsgesetzes und nahm sie sämtlich in der Fassung der Regierungsvorlage an. Der sozialdemokratische Antrag, die Bestimmung zu streichen, nach der die Ernennungsurkunde eines neuen Reichskanzlers von diesem selbst und nicht von dem alten gegenzuzeichnen sei, wurde nach längerer Debatte abgelehnt.

Der Nachtragsetat vor dem Reichsrat.

Neue Steuern sollen schleunigst beschlossen werden.

Der Reichsrat behandelte in seiner Vollsitzung am Donnerstag abend den Nachtragshaushalt für 1929. Der Berichterstatter der Ausschüsse, Ministerialdirektor **Dr. Brecht**, wies darauf hin, daß etwa ein Viertel der Ausgabenkürzungen, die der Reichstag an dem Voranschlag für 1929 vorgenommen hatte, jetzt im Nachtragshaushalt nachgefordert werden müsse. Auf einstimmige Anregung der Reichsratsausschüsse hat die Reichsregierung zugestimmt, daß die 222,5 Millionen für Arbeitslosenversicherung auf den Ordentlichen Haushalt übertragen werden, weil es sich wirtschaftlich nicht mehr um bloße Darlehen handelt, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, Anleihen als Deckung zu erhalten.

Da die Einnahmen sogar noch um einige Millionen hinter den jetzigen verminderten Schätzungen zurückzubleiben drohen,

sollten die neuen Steuern nach Meinung der Reichsratsausschüsse mit größter Beschleunigung beschlossen werden.

Das Sparprogramm der Ausschüsse des Reichsrats sieht vor: schnelle Auflösung der Verwaltung für die besetzten Gebiete und des Reichsentschädigungsamtes, Vereinfachung der Abgabengesetzgebung und -verwaltung, Einschränkung weiterer Rentenerhöhungen für Kriegsbeschädigte in den leichten Fällen, Uebertragung der Bauverwaltung und des Reichswasserschutzes an die Länder, Vereinfachung der Justiz, Festlegung eines Sparprogramms für Heer und Marine, Sanierung der Arbeitslosenversicherung ohne Einschränkung der Leistungen, Vereinheitlichung des sozialen Verwaltungsapparates nach den Vorschlägen der Länderkonferenz und vorübergehende Beurlaubung von Beamten aufzulösender Behörden.

Die Ausschüsse empfehlen Entschließungen, in denen die Reichsregierung ersucht wird,

die Beschlüsse zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung möglichst zu beschleunigen,

die notwendig werdenden neuen Steuern möglichst schnell in Kraft zu setzen, ein Sparprogramm auf längere Zeit aufzustellen, für falsche finanzielle Schätzungen künftig die schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen und schließlich bei der Subventionierung der Luftfahrtindustrie den freien Wettbewerb nicht zu unterbinden.

Der Etat nach den Anträgen des Berichterstatters mit den dazu eingebrachten Entschließungen wurde angenommen.

Ferner erledigte der Reichsrat eine Ergänzung zur Handwerksnovelle. Bisher beitragspflichtige Handwerker sollen nur mit ihrer eigenen Zustimmung aus der Handwerksrolle gestrichen werden. Der Reichsrat stimmte dieser Ergänzung zu.

Sozialistische Jugendinternationale.

Zu der Tagung des Büros der Sozialistischen Jugendinternationale in Warschau waren alle Mitglieder des Büros erschienen. Der Sekretär der Internationale, Genosse Ollenhauer, Berlin, erstattete den Bericht über die Tätigkeit der Internationale im Jahre 1929. Im Mittelpunkt der Arbeit stand das große Internationale Jugendtreffen in Wien, das der internationalen sozialistischen Jugendbewegung einen großen Erfolg brachte. Nach den vorliegenden Berichten der angeschlossenen Verbände befindet sich die sozialistische Jugendbewegung in fast allen Ländern im Aufstieg. Im Laufe des Jahres 1929 wurden die Jugendgruppen der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und die Sozialistische Jugendorganisation Argentiniens neu in die Jugendinternationale aufgenommen. Mit einer Reihe anderer Länder werden Verhandlungen über den Anschluß an die Jugendinternationale geführt, so vor allem mit den Jugendgruppen der englischen Labour Party, die auf ihrer letzten Reichskonferenz an das Exekutivkomitee der Partei den Antrag auf Beitritt zur Sozialistischen Jugendinternationale gerichtet haben. In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Sekretariats gebilligt und der Kassenbericht für das Jahr 1929 und der Voranschlag für das Jahr 1930 genehmigt.

Der Sekretär des internationalen Jugendtreffens, Genosse Kanitz-Wien, gab einen abschließenden Bericht über das internationale Jugendtreffen. Die von ihm vorgelegten Berichte und Abrechnungen bestätigen wieder den großen Erfolg dieser Tagung. Das Büro beschloß einstimmig, der österreichischen Jugend und der österreichischen Partei sowie der Stadtverwaltung Wien den Dank der Internationale für die bei der Durchführung des Jugendtreffens gewährte großzügige Hilfe und Gastfreundschaft auszusprechen.

Das Büro beschäftigte sich dann mit der Lage der sozialistischen Jugendverbände in Oesterreich und Polen und mit einigen aktuellen politischen Fragen.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der festgestellt wird, daß es dem internationalen Proletariat und seiner Jugend in der letzten Zeit gelungen ist, dem Vormarsch des Faschismus Einhalt zu gebieten. Es wird auf den Kampf der österreichischen Sozialdemokratie mit der Heimwehr und auf die Auseinandersetzungen der polnischen Sozialdemokratie mit Pilsudski verwiesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es in Spanien gelingen möge, mit dem Rücktritt des spanischen Diktators eine demokratische Entwicklung auch in diesem Lande wieder einzuleiten. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß diese Erfolge im Kampf gegen den internationalen Faschismus im hohen Maße der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse zu verdanken sind. Der Schlußabsatz der Resolution lautet:

„Die Wirksamkeit der englischen Arbeiterregierung hat unzweifelhaft viel zu dem Erfolg des internationalen Proletariats im Kampf gegen den Faschismus und die Kriegsgefahr beigetragen. Auch das Wirken der unter der Führung der deutschen und dänischen Sozialdemokratie stehenden Regierungen hat einen großen Einfluß auf den erfreulichen Fortgang des internationalen Kampfes gegen die faschistische Reaktion ausgeübt. Das Büro fordert die sozialistischen Jugendverbände auf, den Abwehrkampf des internationalen Proletariats durch Vermehrung ihrer Aufklärungsarbeit unter der Jugend aller Länder über die Gefahren des Faschismus noch stärker als bisher zu unterstützen."

Zur Beratung stand dann eine Reihe von organisatorischen Fragen. Die Sitzung billigte die Vorschläge des Sekretariats, die vor allem Maßnahmen für die weitere Ausdehnung des Einflußgebietes der Sozialistischen Jugendinternationale enthalten. Beschlossen wurde auch eine stärkere Förderung der Internationalen Sozialistischen Studentenföderation.

Eine längere Aussprache entwickelte sich über die Frage der Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Erziehungsinternationale und der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale. Das Büro beschloß grundsätzlich die Herstellung engerer Verbindungen mit diesen beiden internationalen Organisationen.

Die diesjährige Sitzung des Exekutivkomitees wird am 11. Juli 1930 in Kopenhagen stattfinden. Diese Sitzung wird dadurch räumlich und zeitlich mit dem skandinavischen Jugendtreffen in Kopenhagen verbunden, zu dem der dänische Verband aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens eingeladen hat. Auf dieser Sitzung des Exekutivkomitees wird auch die Frage des nächsten internationalen Jugendtreffens behandelt werden. Das Büro beschloß, der Exekutive vorzuschlagen, das dritte internationale Jugendtreffen im Sommer 1931 stattfinden zu lassen. Die Entscheidung über den Tagungsort wurde dem Exekutivkomitee überlassen. Das Exekutivkomitee wird ferner zu beraten haben über den Vorschlag des Büros, im Spätsommer 1931 die dritte internationale Führerausspracche abzuhalten.

Für den Herbst dieses Jahres ist die Durchführung einer internationalen Sommerschule für leitende Funktionäre der angeschlossenen Jugendverbände vorgesehen. Die Sommerschule soll die Teilnehmer in die wichtigsten Probleme der internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterklasse einführen und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit eines engen persönlichen Kontaktes verschaffen. Aus den gleichen Erwägungen wurde beschlossen, in Zukunft die internationalen Ferienwanderungen der Verbände planmäßig durch das internationale Sekretariat zu fördern. In Aussicht genommen ist weiterhin der Austausch von Funktionären bei der Durchführung von Jugendleiterkursen der einzelnen Verbände. Beim Sekretariat der Sozialistischen Jugendinternationale wird eine internationale Briefwechselstelle eingerichtet werden.

Neu aufgenommen wurde die tschechische Sozialdemokratische Jugend in Oesterreich. Die Sitzung schloß mit der Erledigung einiger Delegationen zu den im Frühjahr stattfindenden Verbandstagungen.

Die polnische Organisation veranstaltete in Warschau eine große Kundgebung. In der überfüllten Versammlung sprachen neben den Vertretern der polnischen Arbeiter- und Jugendbewegung Mitglieder des Büros. Die Kundgebung bewies, daß die polnische sozialistische Jugendorganisation trotz aller politischen Schwierigkeiten in den letzten Jahren gute Fortschritte in der Organisierung der polnischen Arbeiterjugend gemacht hat. Am Montag fanden weitere Internationale Kundgebungen in Lodz und Kattowitz statt, die ebenfalls überfüllt waren und einen erhebenden Verlauf nahmen.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen" und „Stadtbeilage"

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat, Mengenabgabe vorbehalten.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

FRISCHES FLEISCH

Kalbskamm u. -Brust Pfd. 0.86
Kalbsnierenbraten Pfund 0.94
Kalbskeule ganz u. gelöst, bis 9 Pfd. 1.05
Kalbsschnitzel .... Pfund 2.20
Rinderkamm u. -Brust 0.86
Frische Rinderzungen Pfd. 1.20
Querrippe 0.84 Gulasch 0.95
Schmorfleisch mit Kn. 1.10 ohne Knoch. 1.30
Roastbeef mit Knochen, Pfund 1.10
Gehacktes 0.85 Lieren Pfd. 0.85
Schweinerücken u. Blatt, mit Beilage, 1.18
Schweineschinken u. Kamm 1.24
Kaßler mild gesalzen .... Pfund 1.28
Nierentalg ausgelassen .. Pfund 0.50

Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm u. Brust Pfd. 0.84
Hammelvorderfleisch Pfd. 0.86

KONSERVEN

	1/1 Dose		3/1 Dose
Junge Schnittbohnen ..	0.58	Bruch-Spargel extra stark ..	3.00
Junge Brechbohnen ...	0.60	Junge Karotten extra klein .	0.95
Junge Schnittbohnen I ..	0.75	Karotten geschnitten	0.40
Haricots verts extra fein ...	2.10	Spinat 0.54 Kohlrabi ..	0.58
Gemüse-Erbsen	0.58	Sellerie in Scheiben	1.00
Junge Erbsen mittelfein ...	0.78	Senfgurken	0.78
Kaiserschoten	1.65	Pfirsiche rhein., 1/2 Frucht, geschält	1.60
Leipziger Allerlei	0.88	Pflaumen 0.60 ohne Stein	0.76
Gemischt. Gemüse mittelfein	1.10	Mirabellen	0.98
Stangen-Spargel mittelstark	2.85	Reineclauden	0.98
Stangen-Spargel extra stark	3.10	Birnen extra fein, halbe Frucht	1.20
Bruch-Spargel mittelstark ..	2.70	Saure Kirschen ohne Stein	1.40

Geflügel, Wild

Gänse gefroren Pfund von 70 Pf. an
Suppenhühner Pfund von 0.98 an
Brathühner Pfund 1.10 an
Wolgahühner I. Qualität, Pfund von 1.20 an
Fasanenhähne 2.95 an
Hasen gestr. u. ausgewort., Pfd. 1.05 an
Rehblätter Pfund 1.35 an
Eier 10 Stück von 0.65 an

Fische

Schellfisch Pfund 0.16
Seelachs o. Kopf, ganze Fische, Pfund 0.18
Kabeljau o. K. gr. ganze Fische, Pfd. 0.25 0.18
Bratschollen I Pfd. 0.22
Goldbars ohne Kopf Pfund 0.30
Filet v. Kabeljau 0.34
Grüne Heringe 3 Pfund 0.50 0.40
Zander gefror., Pfd. 0.65
feiner, frischer, von 0.70 an

Räucherwaren

Bücklinge Pfd. 0.35 0.25
Bücklinge Kieler Pfd 0.65
Sprotten Kistch. 0.45 Pfund 0.40
Fleckheringe Pfd. 0.46
Seelachs I. Stück Pfd. 0.48
Flundern I. Sorte Pfd. v. 0.58 an

Obst, Gemüse

Eß- u. Kochäpfel 2 Pfund 0.35
Edelrotäpfel Pfd. 0.35
Kalif. Aepfel o. 45 0.42
Mandarinen Pfd. 0.28
Apfelsinen Dtz. o. 60 0.50
Halbblut Dtzd. 0.75 0.65
Bananen 2 Pfund 0.85
Zitronen Dutz. o. 45 0.35
Messina-Apfelsinen Kiste 80 bis 150 Stück 7.75
Weißkohl stückweise Pfund 5 Pf.
Möhren gewaschen
Rote Rüben .. 5 Pfd. 20 Pf.
Zwiebeln ....
Rot-, Wirsingkohl 0.09
Sellerie Pfund 0.10 0.18
Blumenkohl Kopf von 0.20 an
Rosenkohl 2 Pfund 0.45

Wurstwaren

Sülze ..... Pfund 0.72
Dampf- u. Rotw. 1.00
Fleischwurst Pfund 1.15
Würstchen Pfund 1.25
Hausm. Leberw. 1.25
Jagdwurst Pfund 1.45
Mettwurst Bs. Art 1.45
Bierwurst .. Pfund 1.45
Filetwurst Pfund 1.65
Schinkenwurst Pfd. 1.65
Leberwurst feine 1.80
Teewurst Pfd. 1.95 1.80
Zervelat u. Salami 1.80
Speck fett 1.20 mager 1.55
Schinkenspeck Pfd. 1.90
Kläuser, Neuenhauser Str. Kartoffel:
Landleberwurst 0.95
Berl. Mettwurst 1.20
Poln. Wurst Pfund 1.40

Käse u. Fette

Ramadou .. Stück 0.20
Camembert vollf. Stück 0.24
Limburger 0.42 0.92
Steinbusch. 0.60 0.98
Tilsiter vollfett, Pfd. 0.98
Tilsiter Art ohne Rinde 0.75
Edamer Pfd. 0.75 1.10
Schweizer dän., Pfd. 0.90
Münster Art vollf. Pfund 1.05
Schweizer Art ohne Rinde, Pfund 1.15
Holländer vollf., Pfd. 1.10
Schweizer vollf. Pfd. 1.28 an
Margarine Pfund 0.50
Kokosfett 1-Pfd.-Tafel 0.50
Schweineschmalz 0.65
Molkerei-Butter 1.68
Tafelbutter 1.76 1.84

Wein Preise für 1/1 Flasche ohne Glas

Preise für Rhein-, Mosel- u. Bordeauxwein teilweise bedeutend herabgesetzt

Johannisbeerwein gute Qualität, v. Faß, Liter 0.75
1928 Wöllsteiner Rheinhessen ... 0.78
1928 Bergzaberner Letten kernig-feiner 0.85
1927 Traisener Rotenfels saftiger Naturwein 1.00
1928 Maikammerer Schlangengässel Wachstum fürsorgende Erath, beliebter Naturwein 1.50
1928 Edigerer Sonnseit sortiz. Gewächs 1.50
1927 Niersteiner Domtal Rheinhessen 1.70
1927 Ruppertsberger Graben Wachstum Deutsch, feinst Pfälzer 1.80
Roter Malvasier süß 0.95
Chile-Rotwein „Domaine Imperial" bordeauxähnlich 1.10
1922 Chât. Raba Wachst. Elisabeth, Bordeaux 1.40
1920 Beaujolais Superieur vollmiger Burgunder 2.00
Spezial-Cuvée Hausmarke, Flaschengärung, mit Steuer 4.00
Wein vom Faß zu billigen Preisen

Kolonialwaren

Olympia-Mehl 2 Pfd.-Beutel 0.58 0.62 5 Pfd. Beutel 1.30 1.38 1.45
Rauhreif-Mehl 5 Pfund-Beutel 1.45
Sultaninen fund 0.38
Korinthen Pfd. 0.62 0.50
Mandeln Pfd. 1.90 2.40
Kartoffelmehl Pfd. 0.19
Bruchreis Pfund 0.18
Backobst gemischt Pfd. 0.58 0.48
Pflaumen holländ. Pfd. 0.62 0.48
Aprikosen kalif. Pfd 1.15 0.90

Konfitüren

Schokolade Vollmilch, Mokkaut, Herb, 3 Tafeln à 1/2 Gramm 0.90
Krem-Relief Pfund 1.20
Schmelzrelief Pfd. 1.50
Vollmilchborke Pfd 1.40
Tee Ceylon II, 1/4 Pfund 1.25

Gebrannter Kaffee eigene Rösterei Pfd. von 1.80 an

Böß-Debatte im Rathaus.

Keine Pensionierung. — Das Disziplinarverfahren soll durchgeführt werden.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern die langerwartete nochmalige Aussprache über Oberbürgermeister Böß und seine Verabschiedung. Gestritten wurde um die Frage, ob man das Urteil im Disziplinarverfahren abwarten soll oder nicht, ob man Herrn Böß vorher den Abschied geben soll, wie er es wünscht, ob man ihm die Pension lassen soll, die er beansprucht. Anträge der „radikalen Flügelparteien", wie man die Kommunisten und die Nationalsozialisten zu nennen pflegt, verlangten gegen Böß die sofortige Entlassung ohne Pension. Nach einem Antrag der Deutschnationalen sollte der Magistrat bei der staatlichen Aufsichtsbehörde „dafür sorgen", daß schnell und rücksichtslos das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung ohne Pension durchgeführt wird. Die Demokraten beantragten die von Böß gewünschte Versetzung in den Ruhestand mit Pension, ohne hiermit dem Disziplinarverfahren vorgreifen zu wollen. Alle diese Anträge waren mindestens hinsichtlich der Pensionsgewährung ohne praktische Bedeutung, da ja allein im Disziplinarverfahren entschieden wird, ob die gesetzliche Pension versagt werden soll oder nicht. Triumphe im Schimpfen feierten wieder die „ganz Radikalen", der Kommunist Lange und der nationalsozialistische Stadtrat Dr. Löpelmann, den wohl der Ruhm seines kommunistischen Konkurrenten nicht schlafen läßt. Für die sozialdemokratische Fraktion wies Genosse Flatau darauf hin, daß ein vielleicht lange dauerndes Disziplinarverfahren mit einstweiliger Weiterzahlung des Gehalts noch teurer werden kann als ein rascher Abschied mit der gesetzlichen Pension. Die letzte Entscheidung bleibt unter allen Umständen dem Disziplinarrichter vorbehalten. Angenommen wurde der Antrag der Deutschnationalen.

•

Die unflätigen Beschimpfungen, die sich in der Sitzung vor einer Woche der kommunistische Stadtverordnete Kasper gegen den Magistrat und insbesondere gegen Bürgermeister Scholtz leistete, gab dem Magistrat Veranlassung, folgenden Brief an den Vorsteher der Versammlung zu richten:

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hat der Stadtverordnete Kasper von dem Magistrat eine Auskunft gefordert, indem er zugleich die Verwaltung des Magistrats, den Magistrat und den mitunterzeichneten Bürgermeister in unflätigem Tone beschimpfte. Der unterzeichnete Bürgermeister hat namens des Magistrats darauf geantwortet, daß der Magistrat sich seiner Pflicht voll bewußt sei und jederzeit die gewünschten Auskünfte geben würde, wenn sie in einer würdigen Form verlangt würden, daß er aber eine Antwort ablehne, wenn sie in derartig beleidigender Form gefordert werde. Während der Worte des Bürgermeisters hat der Stadtverordnete Kasper sich auf den uns unverständlichen Herrenstandpunkt gestellt und den Sprecher unter anderem angeschrien: „Wir haben Sie nicht zu bitten, Sie werden von unseren Steuergroschen bezahlt. Wir haben zu fordern von Ihnen und nicht nötig, zu bitten. Sie werden von den Steuergeldern bezahlt. Sie Schmierenkomödiant." Es muß leider festgestellt werden, daß die Schmähung des Stadtverordneten Kasper gegenüber dem Magistrat nicht der einzig vorgekommene Fall ist, sondern daß auch seitens Sprecher anderer Fraktionen persönlich kränkende Angriffe, wenn auch nicht in der vom Stadtverordneten Kasper beliebten Art und Weise, vorgekommen sind. Die Anwendung derartiger Formen und Aeußerungen zwingt den Magistrat zu folgender Feststellung:

Magistrat und Stadtverordnete sind zwei gleichgeordnete, gleichberechtigte Körperschaften. So wenig es dem Magistrat einfallen wird, die Stadtverordnetenversammlung oder ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung zu beleidigen, darf dies seitens eines Stadtverordneten gegenüber dem Magistrat oder einem seiner Mitglieder geschehen. Es liegt im dringenden Interesse der Bürgerschaft, daß die Geschäfte der Stadt schnell und ordnungsgemäß in gemeinsamer Arbeit zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung erledigt werden. Der Magistrat ist nach wie vor hierzu bereit, muß aber die Stadtverordnetenversammlung bitten, dafür Vorsorge zu treffen, daß die gemeinsamen Beratungen sich in einer Form abspielen, die dem Magistrat die Mitarbeit auch fernerhin ermöglicht. Werden weiterhin die Formen gewählt, die der Stadtverordnete Kasper in der letzten Sitzung angewandt hat, so erklärt der Magistrat auf einstimmigen Beschluß, daß er mündliche Auskünfte auf an ihn gerichtete Anfragen und Erklärungen jeweils nicht abgeben wird.

Scholtz. Wutzky.

Dieser Brief veranlaßte die Kommunisten, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der dem Magistrat alles Mögliche nur noch zutrauen mehr vorwirft, am Schluß dem Magistrat das Mißtrauen ausspricht und Auskunft verlangt über das Zustandekommen des Vertrages mit dem Direktor der Verkehrsgesellschaft, Lüdtke. Die Dringlichkeit wurde anerkannt, ohne Debatte wurde mit großer Mehrheit dem Verlangen nach Auskunft über Lüdtke zugestimmt, der Mißtrauenspassus gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Eine große Mehrheit fand auch ein Protestantrag gegen die Umbenennung der Königgrätzer Straße in Stresemannstraße durch den Polizeipräsidenten, ohne daß dieser den vor einer Woche gefaßten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung berücksichtigte. Beide Male stimmten auch die Sozialdemokraten mit der Mehrheit. — Ausgerechnet die Nationalsozialisten, die eine außergewöhnliche Produktivität im Stellen von Anträgen und Anfragen entwickeln, stellten den Antrag, die Versammlung solle jedesmal solange tagen, bis die Tagesordnung aufgearbeitet sei! Unter großer Heiterkeit des Hauses verschwand dieser — Antrag in dem großen Haufen schon lagernder nationalistisch-kommunistischer Anträge. Dieser Haufen wurde vermehrt durch drei weitere Anträge der Nazis. — Einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wegen der

Aufhebung des Kostzwanges für das beamtete Pflegepersonal

in den städtischen Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten vertrat Stadtverordnete Frau Dr. Frankenthal. Der Kostzwang sei eingeführt, ohne daß Magistrat und Gesundheitsdeputation Kenntnis hatten. Die Schwestern haben kein Verlangen nach diesen „dienstlichen" Mahlzeiten, sie wollen sich selbst beköstigen. Im übrigen reichten die technischen Einrichtungen nicht aus, den Kostzwang durchzuführen. Rednerin rügte auch scharf, daß der Aufwand für Aerzte, beamtete Schwestern und das Pflegepersonal abgestuft ist.

Stadtmedizinalrat Prof. Dr. Drigalski antwortete, daß zur Zeit bei der Durchführung des Kostzwanges noch Schwierigkeiten bestehen, die nicht vorauszusehen waren. Der Magistrat will daher von einer starren Anwendung des Kostzwanges absehen und die weitere Anwendung prüfen. Der Antrag wurde angenommen.

Gegen die Anordnung des preußischen Wohlfahrtsministers Hirtsiefer, daß die Aufsichtsbehörden berechtigt sein sollen, jederzeit ohne Anhörung der städtischen Verwaltung die Wohnungszwangswirtschaft aufzuheben,

wandte sich ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Stadtverordneter Dr. Weinberg begründete. Den Kommunisten und den Wirtschaftsparteilern blieb es vorbehalten, den Antrag als Agitationsantrag zu bezeichnen! Der Zentrumsvertreter meinte, seine Partei sei für eine Aufhebung der Zwangswirtschaft zu gegebener Zeit, dann müßte allerdings ein soziales Mietrecht an die Stelle der Zwangswirtschaft treten. Abänderungsanträge der Kommunisten und der Wirtschaftspartei wurden abgelehnt, der Protestantrag der Sozialdemokraten angenommen.

Bei den dann folgenden Abstimmungen wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die

Herabsetzung der hohen Gehälter leitender Personen

bei den städtischen Werken und Gesellschaften verlangt, mit großer Mehrheit angenommen. Die Kommunisten stimmten dagegen, offenbar deshalb, weil ihre Gegenanträge vorher abgelehnt worden waren. Angenommen mit großer Mehrheit wurde auch der sozialdemokratische Antrag, der eine Einschränkung der städtischen Empfänge verlangt. Auch hier konnten sich die Kommunisten zu keiner Stellungnahme entschließen; sie enthielten sich der Stimme! Nationalsozialistische Anträge zu diesem Gegenstand wurden abgelehnt.

Die Böß-Debatte.

Vor fast vollkommen geleertem Hause begann dann Stadtverordneter Lange (Komm.) den kommunistischen Antrag auf Amtsenthebung des Oberbürgermeisters Böß zu begründen. Ein Untersuchungsausschuß, dem auch die „Vertreter revolutionärer Arbeiterorganisationen" angehören sollen, soll eingesetzt werden. Lange sagte: Böß habe gekniffen, jetzt sei er wieder üppig geworden, so wie man es gewohnt war, als die Kommunisten ihn „noch nicht den Nero getötet" hatten. Der Brief Böß' an die Stadtverordneten sei eine Unverschämtheit, eine Frechheit. (Glocke des Vorstehers, der die Ausdrücke des Redners rügt.) Das während des Urlaubs an Böß gezahlte Gehalt sei eine „Faulheitsprämie", das Disziplinargericht gegen ihn sei ein „Kameradengericht", das ihm nicht weh tun werde. Es sei durchaus möglich, gab Herr Lange zu, daß sich auch Kommunisten von der Korruption verführen lassen könnten. (Lebhafte Ahal-Rufe im Hause.) Weshalb sollen sich auch sonst Gesunde nicht einmal anstecken lassen! (Stürmische Hört!-Hört!-Rufe und Heiterkeit.) In Rußland wären solche Leute längst nicht mehr am Leben. Lange schloß (zu den Koalitionsparteien gewandt): Sie werden sich ein Sowjetdeutschland gefallen lassen müssen. (Heiterkeit.)

Bürgermeister Scholtz erklärte auf eine Anfrage Langes: der Oberbürgermeister bezieht während seines Urlaubs sein ihm nach Gesetz und Recht zustehendes Gehalt in Höhe von 3000 M. monatlich. Bis November erhielt er auch seine Aufwandsentschädigung. Böß werde nicht anders behandelt als andere Beamte.

Stadtverordneter Dr. Löpelmann (Nat.-Soz.) bezeichnete Böß als einen korrupten Mann (Glocke des Vorstehers — Ordnungsruf); im übrigen verlangten die Nationalsozialisten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für den Fall Sklarek und sonst noch allerlei. Stadtverordneter Grangß (Dnat.) begründete einen Antrag seiner Fraktion, den Oberbürgermeister zu ersuchen, sein Amt niederzulegen.

Stadtverordneter Flatau

polemisierte gegen die Vorredner. Die bloße Annahme der vorliegenden Anträge beilinge noch nicht die Erledigung der Böß-Krise. Nehme man die Anträge, kommunistische, nationalsozialistische und deutschnationale an, so könne es sehr leicht passieren, daß man auf die Beendigung des Disziplinarverfahrens warten muß, so daß also solange das Gehalt gezahlt werden müßte. Die Sozialdemokraten seien für einen demokratischen Antrag, der die

---

Alexizio Azevedo

Ein brasilianisches Mietshaus

38]

Der Polizist ging fort, und eine Stunde später kam ein anderer und führte Marcianna auf die Wache; sie leistete nicht den geringsten Widerstand, sondern murmelte nach wie vor ihre unverständlichen Laute vor sich hin. Ein Wagen von der städtischen Lumpensammlung lud ihre Sachen auf, denn einer Vorschrift gemäß mußten die Straßen gereinigt werden. Und der einzige Mensch, der wirklich ergriffen war von der Tragödie, war die Hexe.

Inzwischen hatte der Regen vollständig aufgehört, und die Sonne kam, ehe sie unterging, noch einmal zum Vorschein. Die Vögel nahmen ihren Gesang in den Bäumen wieder auf, und die Siedlung rüstete sich, um die verlorene Zeit wieder einzuholen. Oben im Hause des Barons nahm das Fest immer größere Ausdehnung an, und ab und zu wurde eine leere Flasche auf den Hof hinuntergeworfen, was allgemeinen Widerspruch und Geschrei hervorrief.

Der Vollmond stand am Himmel und die Nacht war nach dem Regen herrlich klar und frisch. Die Samba begann früher und war wilder als sonst, wahrscheinlich von der Fröhlichkeit in Mirandas Haus angesteckt. Rita Bahiana ließ sich von der Begeisterung gleichsam fortreißen, sie war inspiriert, göttlich. Noch nie hatte sie mit soviel Grazie und Hingebung getanzt.

Sie sang auch. Und jeder Vers, der ihren roten Lippen entströmte, atmete Liebe, sie war wie eine Taube, die mit ihrem Täuberich girrt. Von Leidenschaft überwältigt, ließ Firmo seine Gitarre schluchzen und wehklagen. Das Instrument und Firmo zollten beide der Mulattin aus Bahia ihren Tribut stürmischer Ergebenheit.

Jeronymo konnte sich nicht mehr zurückhalten, und als die Tänzerin keuchend und erschöpft neben ihm hinsank, murmelte er ihr mit einer vor Erregung heiseren Stimme ins Ohr: „Geliebte, wenn du mein werden wolltest, würde ich meine Seele dem Teufel verschreiben."

Firmo hörte die Bemerkung nicht, aber er deutete den Gesichtsausdruck, der sie begleitete und sah den Steinbrecher grimmig an.

Der heitere Abend jedoch verlief weiter ungestört. Das Dores gesellte sich dazu, und ebenso Nonô mit einer Freundin, die den Tag bei ihr verbracht hatte. Alle klatschten im Takt der Musik in die Hände und applaudierten wild nach jedem Tanz.

Als Piedades Gatte sich ein zweites Mal zu der Mulattin hinüberbeugte, um ihr etwas zuzuflüstern, konnte sich Firmo nur mit aller Mühe zurückhalten, dem Portugiesen nicht an die Gurgel zu springen. Aber als Rita das Ohr des Tagelöhners unvorsichtigerweise beinahe mit ihren Lippen berührte, um ihm etwas zu sagen, was die anderen nicht hören sollten, fuhr Firmo dazwischen, starrte seinen Rivalen an und maß ihn mit herausforderndem Blick von Kopf bis zu Fuß.

Auch der Portugiese erhob sich und erwiderte den Blick. Die Musik brach ab, die Gesellschaft verharrte in tiefem Schweigen, und niemand rührte sich von der Stelle. Der Mond schien hell auf die beiden Männer, die sich haßerfüllt anstarrten.

Jeronymo war groß und breit, gebaut wie ein Bulle und mit einem herkulischen Nacken; ein Hüne war er, seine Gelenke waren aus Stahl, und mit seiner Faust konnte er einen Ochsen niederschlagen. Der andere war eine Spur kleiner, biegsam und schlank und behende wie eine Katze. Brutale Kraft stand hier gegen nervöse Energie — und keiner von beiden hatte Angst.

„Setzen, setzen."

„Keine Prügelei."

„Weiter tanzen."

Piedade stürzte vor, um ihren Mann fortzuziehen, aber der Steinbrecher stieß sie beiseite, ohne die Augen von dem Mulatten abzuwenden.

„Mal sehen, was dieser Schafskopf von mir will", murmelte er.

„Ich werd' dich schon lehren, du hundsdämlicher Einwanderer", erwiderte Firmo, hüpfte erst auf einem Fuß und dann auf dem anderen herum, sah seinen Gegner fest an und ballte die Fäuste, als wollte er mit dem großen Kerl ringen.

Jeronymo, wütend über diesen Schimpf, machte einen Schritt vorwärts und hob den Arm zu einem tödlichen Schlag. Firmo jedoch warf sich plötzlich auf den Rücken, stützte sich auf die Arme und schleuderte seinen rechten Fuß hoch, so daß der wilde Schlag in die Luft ging und der Steinbrecher einen unerwarteten Stoß in den Magen erhielt.

„Canaille!" brüllte er wütend und warf sich auf den noch immer am Boden liegenden Gegner; der aber versetzte ihm mit dem Kopf einen Stoß, daß ihm Hören und Sehen verging.

„Steh auf, wenn du noch nicht tot bist", rief Firmo und fing wieder an zu tanzen.

Jeronymo stand auf und stürzte sich von neuem auf den flinken Mulatten, aber Firmo sprang zurück und hob dabei den Fuß, und die Faust des Portugiesen schlug ins Leere, während er einen krachenden Hieb ans Kinn bekam.

Blut floß ihm aus Mund und Nase, die Frauen fingen fürchterlich an zu schreien, während Firmo leichte, aber wirksame Schläge nach rechts und links austeilte. Joao Romao rannte und schloß das Portal, damit niemand von außen hineinkäme, dann begab er sich eilig auf den Schauplatz des Kampfes. Bruno und die anderen Steinbrucharbeiter versuchten den Mulatten zu ergreifen, aber der tanzte immer noch herum, jetzt von wilder Raserei ergriffen, und wich ihren Bemühungen, seiner habhaft zu werden, mit Erfolg aus. Die Frauen waren alle angsterfüllt, manche schrien, andere weinten; die einzige Ausnahme bildete Rita Bahiana, die mit verschränkten Armen etwas abseits stand und mit einem Anflug von Lächeln um die roten Lippen dem Kampfe zuschaute, der da um ihretwillen geführt wurde.

Der Mond wurde blasser, der Himmel fahl und grau; feuchter Nebel hing in der Luft. Piedade rief heulend nach der Polizei, und an Mirandas Fenstern drängten sich erschreckte Gesichter. Pfiffe wurden ausgestoßen und nach allen Richtungen Befehle erteilt. In seiner hilflosen Wut auf den flinken Schlosser hatte Jeronymo einen Pflock aus einem Zaun herausgerissen und hieb damit auf den Kopf seines tanzenden Rivalen los. Mit rascher Bewegung zog darauf der Mulatte ein scharf geschliffenes Rasiermesser aus der Tasche. Sein Gesicht war blutüberströmt, und Schaum stand vor seinem Munde; er sprang von einer Seite auf die andere und versuchte, dem portugiesischen Riesen beizukommen.

Die Zuschauer packte jetzt das Entsetzen. Die Männer standen steif und warteten auf den Ausgang, und die Frauen weinten eine an der Schulter der anderen. Albino war ohnmächtig geworden, und Piedade lag auf den Knien, jammerte und schrie, daß man ihr ihren Mann tötete. Das Dores verfluchte die Männer im allgemeinen, war aber offenbar bei dem gegenwärtigen Konflikt aufrichtig neutral. Machona hielt ein Plätteisen in der Hand, aber ob sie vorhatte, sich in die Schlacht einzumischen, war ungewiß. Augusta bat, man solle doch das Tor öffnen, damit Alexandre hereinkönne, wenn er vom Dienst kam. Durch die Hintertür, die zum Steinbruch führte, war ein Haufen Außenstehender eingedrungen, und unter Schwierigkeiten hatte sich Dona Isabel Eingang verschafft, als sie mit Pombinha von ihrem Besuch bei Leonie zurückkehrte. Die alte Dame drängte ihre Tochter ins Haus und riegelte zu, wobei sie sich bitter über das Schicksal beklagte, das sie zwang, in solcher Umgebung zu leben. Der Brasilianer und der Portugiese jedoch kämpften weiter. (Forts. folgt.)

Pensionierung Böß' seinem eigenen Antrag gemäß wünscht. — Der Demokrat Schubert erklärte, einem Oberbürgermeister, den man wie Böß am Bahnhof Zoo nach seiner Rückkehr von Amerika empfangen habe, könne man nicht zumuten, sich in der Stadtverordnetenversammlung vor aller Oeffentlichkeit zu verantworten. (Lärm bei den Kommunisten und Nationalsozialisten.) Von dem nationalsozialistischen Redner Herrn Dr. Löpelmann hätte man eine Rede erwarten können, die sich in Ausdrücken bewegt hätte, die seinem Beruf als Studienrat mehr gerecht geworden wäre. (Bravo! im Hause.) Schubert erwähnte die Verdienste Böß' um die Stadt Berlin. — Der Kommunist Lange wiederholte dann noch einmal seine Schimpfereien. Stadtverordneter Lange (Z.) erörterte die gesetzlichen Bestimmungen, die für eine Pensionierung des Oberbürgermeisters in Frage kommen. Eine Aberkennung der Pension kann nur durch ein Urteil des Disziplinargerichts erfolgen. Es sprechen noch die Redner der anderen Fraktionen.

Der demokratische Antrag lautet:

„Die Versammlung beschließt, den Oberbürgermeister Böß seinem Schreiben vom 28. Januar entsprechend krankheitshalber zu pensionieren, ohne damit dem Spruch des Disziplinargerichts vorgreifen zu wollen. Die Pensionierung soll mit der ihm gesetzlich zustehenden Pension zum 1. März d. J. erfolgen.

Durch diesen Antrag werden die Anträge den Fall Böß betreffend hinfällig. Die namentliche Abstimmung ergab die Ablehnung des demokratischen Antrags mit 92 gegen 113 Stimmen. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, Demokraten, die Volkspartei und einige Splitter. Abgelehnt wurde auch der nationalsozialistische Antrag, der Böß und alle am Sklarek-Skandal beteiligten Personen ohne Pension entlassen und sie persönlich für den Schaden haftbar machen will, ebenso ein ähnlicher kommunistischer Antrag. Dagegen wurde ein Antrag der Deutschnationalen angenommen, der die Staatsregierung ersucht, das Disziplinarverfahren gegen Böß rücksichtslos mit dem Ziel der Entlassung ohne Pension durchzuführen. Bis dahin soll der Oberbürgermeister das gesetzlich geringste Gehalt bekommen. Für diesen Antrag stimmten die Antragsteller, die Nationalsozialisten, Kommunisten, Wirtschaftler und Splitter.

Explosion in New York.

10 Kinder schwer, 50 leicht verletzt.

New York, 13. Februar.

Im New-Yorker Stadtteil Brooklyn ereignete sich am Donnerstag in einem leerstehenden Hause eine große Explosion. Die Wirkung war eine so gewaltige, daß in großem Umkreise die Fensterscheiben zersplitterten. 60 Kinder einer benachbarten Volksschule wurden durch umherfliegende Steine und Holzteile verletzt, davon 10 so schwer, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußten. In der ganzen Nachbarschaft entstand eine ungeheure Aufregung.

In der Brooklyner Schule, die durch die Explosion in einem Hause der gegenüberliegenden Straßenseite in Mitleidenschaft gezogen wurde, befanden sich zur kritischen Zeit etwa 2000 Kinder. Der Schulleiter eilte nach der Explosion durch alle Klassen und ließ die Schüler in Reih und Glied antreten. Sie verließen das Gebäude in voller Ordnung. Bei der Rettung der Kinder spielten sich aufregende Szenen ab. Die weithin vernehmbare Explosion hatte Anlaß zu dem Gerücht gegeben, daß in der Schule selbst eine Bombe explodiert sei, was zur Folge hatte, daß Tausende von Eltern nach der Schule eilten.

Mörderklub verboten.

Die antifaschistische junge Garde aufgelöst.

Der Polizeipräsident teilt mit: Donnerstag vormittag wurde das Büro der Kartellführung der antifaschistischen Jungen Garde Berlin von der Polizei geschlossen und das vorgefundene Material beschlagnahmt.

Der Kartellführung wurde gleichzeitig eröffnet, daß jede weitere Tätigkeit polizeilich verhindert werden würde. Die antifaschistische junge Garde stellt den wichtigsten Teil der nach Auflösung des Rotfrontkämpferbundes und der Roten Jungfront gegründeten Wehrorganisationen der sogenannten antifaschistischen Organisationen dar.

Die Beobachtung in der Provinz wie in Berlin hat ergeben, daß diese Organisationen nach ihrem Mitgliederbestand und nach ihren Zielen eine Fortführung des Rotfrontkämpferbundes und der Roten Jungfront bilden. Zu ihnen gehört übrigens auch die Sturmabteilung Mitte, in der die Attentäter auf den Nationalsozialisten Wessel, Albert Höhler und Erwin Rückert, Bereitschaftsführer waren.

Da diese Mitteilung nur einem Teil der Leserschaft der Abendausgabe zugänglich gemacht werden konnte, geben wir den Wortlaut noch einmal wieder.

Wieder deutscher Dampfer in Flammen

Bremer Schiff im Antwerpener Hafen ausgebrannt.

Brüssel, 13. Februar.

Wie aus Antwerpen gemeldet wird, brach auf dem deutschen 4260-Tonnen-Dampfer „Arion" im Hafen von Antwerpen Feuer in der Ladung aus, die aus Jute, Fett, Gemüse und ungelöschtem Kalk bestand. Die Ladung wurde zum großen Teil zerstört. Der Schaden soll erheblich sein. Der Dampfer gehört der Bremer Neptunlinie.

Um das Scherlsche Erbe.

Ein Sohn Scherls wegen Betruges vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann gestern morgen ein sensationeller Prozeß gegen Bruno Scherl, den Sohn aus erster Ehe des Begründers des „Lokal-Anzeigers", August Scherl. Er wird verschiedener Betrügereien beschuldigt. Neben ihm auf der Anklagebank sitzen der ehemalige Rechtsanwalt Paul Wetzel und ein gewisser Bruch. Die Gerichtsverhandlung dürfte nicht nur in die sonderbaren Erbstreitigkeiten der Familie Scherl, sondern auch in die Tätigkeit der Hugenberg-Gruppe hineinleuchten.

Am 1. Dezember 1928 brachte die Presse die aufsehenerregende Nachricht von der Verhaftung des 51jährigen Bruno Scherl. Anlaß zu dieser Verhaftung bildeten nicht erfüllte Verpflichtungen, die Bruno Scherl mit dem Holzhändler Müller in Stuttgart eingegangen war. Dieser hatte Herrn Scherl großen Waldbesitz in der Tschechoslowakei zur Abholzung überlassen und als Gegenwert Akzepte in Höhe von 1 062 000 Mark erhalten. Für diesen Wechsel gab es keine Deckung. Bruno Scherl hatte erst wenige Monate vorher, im Mai 1928, anläßlich einer Zahlung von 600 Mark einen Offenbarungseid geleistet. Aber außer diesen Wechseln Bruno Scherls befanden sich noch weitere in Höhe von 1,9 Millionen Mark im Umlauf. Scherls sämtliche Schulden betrugen 4 Millionen Mark. Fast in sämtlichen Fällen hatte er sich auf seine Erbansprüche berufen.

Bruno und Otto Scherl, die beiden Söhne aus erster Ehe, lebten seit Jahren in Amerika. Nach dem Tode des Vaters und seiner Frau aus der zweiten Ehe machten sie ihre Erbansprüche geltend. Man sagte ihnen, daß nur ein altes Testament vom Jahre 1907 vorhanden sei, obgleich gewisse Dokumente auf ein Testament späteren Datums hinzuweisen schienen. Man sagte ihnen ferner, daß Scherls Vermögen außerordentlich überschuldet, und daß der Nachlaß sehr gering sei. Bruno Scherl war aber überzeugt, daß dieser Nachlaß etwa 30 Millionen Mark ausmachen müsse. Aus dieser Ueberzeugung heraus, behauptet er jetzt, sei er seine Verpflichtungen eingegangen. Er war nämlich der Ansicht,

daß das Vermögen seines Vaters von der Gruppe Schwerindustrieller heruntergewirtschaft worden sei,

denen der alte Scherl seine Blätter kurz vor dem Kriege im Jahre 1914 gegen eine Summe von 10 Millionen Mark, die zu einem gewissen Teil von der preußischen Seehandlung herrührten, überlassen hatte. Zu dieser Gruppe gehörten Bögler, Krupp, Hugenberg usw. Die 10 Millionen Mark sollten bis zum Jahre 1921 aus den Einnahmen des Verlagsvereins amortisiert werden. Als diese Gruppe von Schwerindustriellen 1917 sich gegen Bethmann-Hollweg wandte und die Scherl-Presse zum Kampfe gegen die Regierung mißbrauchte, erhob August Scherl gegen den Vertragsbruch Protest. Nach langem Hin und Her einigte man sich dahin, daß die Blätter an Scherl unter der Bedingung der Rückzahlung von anderthalb Millionen zurückgehen sollten. August Scherl verlangte eine Bilanz; doch ehe er sie erhalten hatte, starb er. Als die Erben die Bilanz sehen wollten, wurde sie ihnen verweigert.

Vorläufig hörte man in der Verhandlung nur manches Interessante über die eigenartigen Verhältnisse in der Familie Scherl und über den Kampf, den der Angeklagte Bruno Scherl um die Millionen aus dem Nachlaß seines Vaters führt. Als der Angeklagte 7 Jahre alt war, starb die Mutter; zwei Jahre später, 1886, heiratete der Vater zum zweitenmal und Bruno kam in ein Alumnat. Seinen Vater sah er als Knabe immer nur in den Ferien.

August Scherl wollte seine Kinder nämlich überhaupt nicht sehen.

Kam er von der Arbeit nach Hause, so durfte ihm keins begegnen. Und als Otto Scherl, der später viele Jahre mit seinem Bruder Bruno in Amerika lebte, eines Tages als Generaldirektor einer großen Aktiengesellschaft ein Darlehen in Höhe von 3000 M. aufnehmen wollte, veranlaßte der Vater beide Söhne zu einem notariellen Verzicht auf ihr Pflichtteil. Sie sollten ihn erst nach dem Tode seiner zweiten Frau erhalten. August Scherl hatte im Jahre 1907 ein sogenanntes Berliner Testament gemacht, laut dem jeder überlebende Gatte den anderen beerben sollte, jedoch mit dem Vorbehalt, daß er als Erbnachfolger auch selbständig Verfügungen treffen dürfe. Nach dem Tode des Vaters im Jahre 1921 begann Bruno Scherls Kampf um sein Erbteil. Er befand sich damals schon einige Zeit in Europa, ein halbes Jahr lang machte er vergebliche Versuche, seinen Vater persönlich zu sprechen; es gelang ihm nicht. Er glaubt, absichtlich ferngehalten worden zu sein. Eine Woche vor dem Tode seines Vaters schrieb er ihm unter anderem in einem Brief:

„Ehe ich noch das Licht der Welt erblickte, warst du schon auf mich wütend . . . Den Tod der Mutter hast du auf dem Gewissen . . . den Tod deines eigenen Vaters hast du verschuldet."

Die Stiefmutter verklagte er auf Feststellung des Erbteils, auf Herausgabe des Pflichtteils und auf Sicherheitsleistung in Höhe von 15 Millionen Mark, je 7½ Millionen für sich und für seinen Bruder. Das Gericht sprach ihm nur den Pflichtteil zu. Die Stiefmutter legte Berufung durch Revision ein, doch ehe die Entscheidung endgültig fallen konnte, starb sie. Die Brüder aus der zweiten Ehe, die Erben der Mutter, zogen die Revision zurück. Bruno und Otto Scherl hatten nur ein Anrecht auf den Pflichtteil, waren eben von der Erbschaft ausgeschlossen. Woran es ihnen in erster Linie lag, war, das Vermögen des Vaters festzustellen. Bruno Scherl wurde aber daran von seinen Halbbrüdern gehindert. Als dann sein Anwalt Schweitzer ihn wegen der ihm zukommenden Gebühren in Höhe von 8000 M. verklagte und es gegen ihn zum Konkursverfahren kam, da lag als einziges Vermögensstück der Pflichtteil vor. Rechtsanwalt Schweitzer war bereit, ihn für 1200 M. entgegenzunehmen, Heinrich Sklarz, der seinerzeit Bruno Scherl ein Darlehen von 10 000 M. gegeben hatte, wollte dafür 1500 M. geben; Bruno Scherl kam auf diese Weise um sein Pflichtteil, sein Bruder Otto hatte ihm aber unterdessen sein Pflichtteil zediert. So kämpfte er weiter um die Millionen seines Vaters. Während die Erben erklärten, der Nachlaß August Scherls sei mit 734 000 M verschuldet gewesen, berechnete Bruno Scherl, daß er 51 Millionen ausmachen müsse. Den Beweis dafür will er erst in der heutigen Verhandlung erbringen.

Geistesgestörte stiehlt ein Kind.

Der entführte Junge wieder bei seiner Mutter.

Ein sensationeller Vorgang ereignete sich gestern im Neukölner Rathaus. Ein anfangs unbekannter Dieb entführte dort einen Kinderwagen, in dem ein 7 Monate alter Junge saß. Als Täterin stellte sich später die 19jährige Erna Schulze aus der Biebrichstraße heraus. Das junge Mädchen hatte unter Anwandlung von Geistesgestörtheit den Jungen in seinem Kinderwagen entführt und ihn im Kaufhaus Karstadt völlig neu eingekleidet. Auf der Straße wurde das Mädchen mit dem Kinderwagen von ihrer Mutter getroffen, die das Kind seiner unglücklichen, überall herumirrenden Mutter sofort wieder zuführte.

Wir erfahren zu dem unglaublichen Vorfall noch folgendes: Eine Frau Schlüter aus der Fuldastraße 43 zu Neukölln hatte am Donnerstag vormittag auf der Fürsorgestelle im Rathaus zu tun. Sie hatte in einem Kinderwagen ihren 7 Monate alten Jungen mitgebracht, konnte aber weder das Kind noch das Gefährt mit in das Dienstzimmer nehmen. So ließ sie es im Vorraum stehen. Auf der Fürsorgestelle mußte die Frau eine Weile warten und kam erst um 11.25 Uhr wieder heraus. Jetzt sah sie zu ihrem größten Schrecken, daß der Wagen mit dem Jungen verschwunden war. Alles Suchen nach dem Kinde blieb ohne Erfolg. Der Pförtner, der in seiner Loge war, hat nichts von dem Vorfall bemerkt.

Ueberfall auf Reichsbannerleute.

Kommunisten demolieren Erwerbslosen-Tagesräume.

In dem Lokal von Hintzgen in der Thomasstr. 31 in Neukölln ist seit einiger Zeit vom Bezirksamt Neukölln ein Tagesraum für Erwerbslose eingerichtet worden. Gestern nachmittag hielten sich einige Reichsbannerleute im Lokal auf. Kommunisten hatten das beobachtet, sammelten sich in der Nähe des Lokals, stürmten um 15.15 Uhr in den Tagesraum, fielen über die Reichsbannerleute her, die sich selbstverständlich recht kräftig wehrten. Bei der Schlägerei ging die Einrichtung des Lokals in Trümmer. Von den Kommunisten wurden auch einige Schüsse abgegeben. Als die Polizei herbeieilte, rückten die feigen Angreifer aus. Bei der Schlägerei war ein Arbeiter L. am Kopf verletzt worden. Er konnte aber nach Anlegung eines Notverbandes in seine Wohnung entlassen werden. Die Kommunisten und antifaschistischen Garden haben durch ihren hinterlistigen Ueberfall lediglich erreicht, daß der Aufenthaltsraum den Erwerbslosen wahrscheinlich für einige Tage nicht zugänglich sein wird. Gegen diese Burschen, die auch auf den Arbeitsnachweisen Andersdenkende terrorisieren, muß einmal im Interesse der gesamten Erwerbslosen energisch vorgegangen werden.

Nachmittag der Brände.

Großfeuer in Wilmersdorf.

Die Berliner Feuerwehr wurde gestern nachmittag in einem Zeitraum von wenigen Stunden viermal zu größeren Bränden alarmiert. Besonders gefährliche Ausmaße nahm ein Dachstuhlbrand an, der gegen ¼3 Uhr im Vorderhaus in der Helmstedter Str. 28 in Wilmersdorf ausgebrochen war. Die Feuerwehr erschien zunächst mit zwei Löschzügen an der Brandstelle, jedoch mußten sofort drei weitere Züge alarmiert werden, da die Flammen den Dachstuhl schon in seiner ganzen Ausdehnung erfaßt hatten. Ueber 400 Quadratmeter des Dachstuhles mit den darunterliegenden Bodenkammern bildeten ein einziges Feuermeer. Sieben Schlauchleitungen mußten in Tätigkeit gesetzt werden, um den Brandherd einzukreisen. Zu allem Unglück barst bei den Löscharbeiten im Dachgeschoß das Hauptwasserrohr und die herausströmenden Wassermengen richteten in den darunterliegenden Wohnungen große Verwüstungen an. Gewisse Spuren lassen auf Brandstiftung schließen.

„Alt-Berliner Stätten und ihre Geschichte" betitelt sich ein weiterer Vortrag des bekannten Schriftstellers und Kenners Alt-Berlins Georg Bamberger im Rahmen der vom Volksbildungsamt Wilmersdorf veranstalteten Vortragsreihe „Vom Fischerdorf zur Weltstadt". Der Vortrag findet statt im Festsaale des Stadthauses, Kaiserallee 1–12, am Dienstag, 18. Februar, 20 Uhr.

Sie sparen Geld

wenn Sie

Enver Bey Qualitäts-Zigaretten

rauchen

25 Zigaretten zu 5 ₰ erhält jeder Raucher für 100 Einheiten, die in 20 Kartons zu 25 Stck. enthalten sind

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Alle Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

17. Kreis Lichtenberg. Heute, Freitag, 14. Februar, um 20 Uhr, im Obelisken-Museum, Karlsgartenstraße, Zimmer 57, letzter Abend des Kursus „Deutsche Außenpolitik seit Kriegsende". Leitung Wolfgang Schwarz.

18. Kreis Weißensee. Sonnabend, 15. Februar, um 19½ Uhr, im Schloß Weißensee, großes Winterfest. Mitwirkende: Ebert-Kanz-Quartett, ferner der Vortragskünstler Paul Buck. Tanz bis 3 Uhr. Eintritt 1 M.

20. Kreis Reinickendorf. Montag, 17. Februar, um 19½ Uhr, im Rathaus zu Wittenau Kreisvorstandssitzung mit allen Abteilungsleitern.

Heute, Freitag, 14. Februar.

24. Abt. Die Bezirkskassierer werden gebeten, sämtliche Billetts zum Maskenball bis heute abend bei ihren Gruppenführern abzurechnen. Die Gruppenführer rechnen am Sonntag, 16. Februar, mit dem Abteilungskassierer ab.

128a. Abt. Freie Schule. 20 Uhr im Schoßeckstieg Mitgliederversammlung. Vortrag: „Aus dem Leben der weltlichen Schule". Referent Schulrat Max Neuninger. — Achtung! Funktionäre ½ Stunde früher ebendort.

Morgen, Sonnabend, 15. Februar.

75. Abt. Hannover. 19½ Uhr Werbeversammlung im Lokal Reichsadler, Königstraße. Vortrag: „Wirtschaftskrise und Sozialdemokratie". Referent Karl Frescel. Alle Genossen müssen erscheinen und Gäste mitbringen.

Frauenveranstaltungen.

5. Kreis Friedrichshain. Heute, Freitag, 14. Februar, 19½ Uhr, im Lokal Loschke, Gubener Str. 19, Fortsetzung des Kursus über „Strafrechtsreform".

7. Kreis Charlottenburg. Die Abteilungsleiterinnen kommen heute um 18½ Uhr im Rathaus an besprochener Stelle zusammen.

31. Abt. Die Genossinnen treffen sich Sonnabend, 15. Februar, 20 Uhr, zu einem fröhlichen Beisammensein im Lokal Goldschmidt, Stolpische Str. 50.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

20. Kreis Reinickendorf. Die Abteilungsleiterinnen der Arbeiterwohlfahrt werden gebeten, sofort die Belege über die Weihnachtsgelder an die Kassiererin, Genossin Dittmer, Eichhornstr. 47, einzusenden.

Jungsozialisten.

Gruppe Süden: Heute, Freitag, 20 Uhr, im Jugendheim Nordstr. 11, Vortrag: „Die wirtschaftliche Stellung der Frau in der Gegenwart". Referentin Else Michaelis.

Gruppe Schöneberg: Heute, Freitag, 20 Uhr, im Jugendheim Hauptstr. 15, Schwalbenfandsimmer, Vortrag: „Nationalismus". Referent Kurt Kingelmann.

Sozialistische Studentenschaft, Ortsgruppe Berlin. Oeffentliche Kundgebung Sonnabend, 15. Februar, 20 Uhr, im Rheingold, Hermannstraße 207. Prof. Heller spricht über „Der geistige Arbeiter und der Sozialismus". Interessierte Parteigenossen sind eingeladen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Mitte: Heute Falkenfingestunde in der Schulaula Weinmeisterstr. 15 von 17—19 Uhr. Alle Gruppen beteiligen sich. — Gruppe Matteotti trifft sich um 17½ Uhr vor dem Heim Elisabethkirchstr. 19. — Gruppe Engelufer: Treffpunkt um 16½ Uhr vor der Schule Köpenicker Str. 120.

Kreis Prenzlauer Berg: Alle Falken beteiligen sich am Singeabend in der Weinmeisterstraße von 17—19 Uhr. Gruppenveranstaltungen fallen aus.

Gruppe Weißensee: Alle Helfer beteiligen sich am Sonntag an dem frohen Osternachmittag im Gewerkschaftshaus. Um 15½ Uhr treffen wir uns dort. Alle Zuschauer und neuen Helfer ohne Ausweis berufen sich zwecks Einlaß auf den Genossen Lemm.

Gruppe Friedrich Ebert: Am Freitag Probe für alle Mitglieder. Erscheinen dringend notwendig. Notenbücher mitbringen. Ebenfalls am Freitag um 20 Uhr bei der Genossin Anna Schlake, Lochner Str. 11, außerordentliche Helferversammlung. Der wichtigen Tagesordnung wegen müssen alle pünktlich erscheinen. Andere Veranstaltungen fallen aus.

Geburtstage, Jubiläen usw.

7. Abt. Unser Genosse Hermann Uerkwitz, Wühlerstr. 17, wird am heutigen Freitag 75 Jahre alt. Die 7. Abteilung sendet herzliche Glückwünsche.

13. Abt. Genosse Alfred Hütte, Ackerstr. 138, feiert heute im Alter von 61 Jahren sein 25jähriges Parteijubiläum. Wir gratulieren freundlichst und wünschen dem Genossen noch viele Jahre in unserer Reihen zu sehen. — Die Abteilungsleitung.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

24. Abt. Unser lieber alter Genosse Hermann Wollmann ist am 11. Februar nach langem Leiden nach fast 25jähriger Mitgliedschaft im 77. Lebensjahre verstorben. Ehre seinem Andenken! Einäscherung am Sonnabend, 15. Februar, um 9½ Uhr im Krematorium Gerichtstraße. Wir bitten um rege Beteiligung.

36. Abt. Am 11. Februar verstarb unser Genosse Edmund Schäler, Weinstr. 13, im Alter von 27 Jahren. Ehre seinem Andenken! Einäscherung Sonnabend, 15. Februar, 13 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

136. Abt. Reinickendorf-Ost. In der Nacht vom 9. zum 10. Februar ist unser langjähriger Parteigenosse und Gewerkschaftsangestellter Hermann Schulke nach einem langen Krankenlager verstorben. Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Sonnabend, 15. Februar, 13½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Ausstellung „Malerei und Zeichnungen Werktätiger", veranstaltet vom Volksbildungsamt Kreuzberg im Buchdruckerhaus, Stresemannstr. 3. Geöffnet täglich von 9—21 Uhr, Sonntags von 10—14 Uhr bis 28. Februar. Eintritt frei. Wir empfehlen unseren Genossen den Besuch.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin, Freiköperkulturpartei: Filmmatinee „Freie Körper — Freie Menschen" am 9. März in der Lichburg am Gesundbrunnen. Referat des Genossen Fritz Wildung über „Freiköperkultur und sozialistische Lebensgestaltung". Bestellungen auf Karten zum ermäßigten Preise von 70 Pf. bei sofortiger Bezahlung nimmt bis zum 24. Februar das Jugendsekretariat entgegen.

Heute, Freitag, 19½ Uhr.

Kölnischer Park: Heim Waisenstr. 18: „Arbeiterpartei bewegung". — Rosenthaler Vorstadt: Heim Zehdenicker Str. 20: „SAJ. und Reichsbanner". — Zentrum: Heim Landsberger Str. 30: Uebungsabend. — Bernau: Heim Bochumer Straße 8a: „Rechte und Pflichten des Lehrlings". — Moabit I: Schule Waldenfelsstr. 30: „Tagespolitik". — Moabit II: Heim Lehrter Str. 13—19: „Sozialistische Familie". — Arminplatz: Schule Sonnenburger Str. 20, Zimmer 17: „Kapitalismus — Imperialismus". — Arnswalder Platz I: Heim Rostenburger Straße: „Reichsregierung und Reichstag auf der Haager Konferenz". — Fallplatz II: Schule Sonnenburger Str. 20: „Anarchismus". — Helmholtzplatz: Heim Danziger Str. 62, Barracke 2: „Das Flugwesen". — Hohenschönhausen: Heim Freienwalder Str. 6: „Organisations- und Werbefragen". — Hermannplatz: Schule Scheerenbergstr. 7: „Wir und das Reichsbanner". — Weißensee: Heim Parkstr. 56: „Die Aufgaben des organisierten Proletariats". — Köthener Platz: Schule Katanienallee 82: „Entdeckung und Erforschung der Erde". — Andreasplatz: Heim Brommystr. 1: „Die Presse". — Weitingplatz: Heim Tilsiter Straße 4—5: „Wir und unsere Eltern". — Friedrichshain: Heim Dietrichsenstraße 5—6: Lichtbilder: „Die Mark Brandenburg". — Stralauer Viertel: Heim Gaskletstr. 61: „Hermann Löns". — Warschauer Viertel: Heim Libauer Str. 18: „Die Wissenschaft des Sozialismus". — Warschauer Viertel, N. F.: Heim Libauer Str. 18: „Strittige Fragen", 1. Teil. — Süden: Heim Nordstr. 11, Zimmer 5: „Der Jugendliche im Erwerbsleben", — Schöneberg I: Heim Hauptstraße 15a: „Schulreform". — Schöneberg II: Heim Hauptstr. 15a: 10-Minuten-Referate. — Schöneberg IV: Heim Hauptstr. 15a: „Alt-Berliner Humor". — Charlottenburg: Heim Pestalozzistr. 4: „Ursprung der Religion". — Charlottenburg-Süd: Heim Sportplatz Gerstenäcker: „Marx und Engels". — Wilmersdorf (Leitung): Heim Wilhelmaue 128: 10-Minuten-Referate. — Steglitz, N. F.: Heim Paulsenstraße: „Was verstehen wir unter Proletariat?" — Neukölln IV: Der Vorbereitendenkreis Falkenfelde aus. Hier mitleben will, kommt um 19½ Uhr ins Jugendheim. Dezemberheft der „Arbeiter-Jugend" mitbringen. — Neukölln IX: Heim Wassendorfer Weg, Zimmer 50: „Tagespolitik". — Neukölln XI: Heim Flaschenstr. 60: Heimabend. — Mitte: Heim Dalldorfer Straße: „Arbeiterjugend und Wandern". — Reinickendorf (Leitung): Heim Gutshof: „Der Young-Plan und seine Folgen". — Friedrichshagen: Heim Friedrichstraße 87: „Einführung in die sozialistische Gedankenwelt". — Johannisthal: Heim Rathaus: „Praktisches Wandern im Winter und Sommer". — Richtenhagen: Schule Berliner Str. 31: „Alkohol und Nikotin". — Treptow: Heim Eisenstr. 3: „Haager Konferenz". — Friedrichsfelde: Heim in Karlshorst: „Rückblick auf unsere Arbeit im Jahre 1929". — Neukölln: Schule Adolfstr. 25: „Wie und die Kirche". — Lichtenberg-Nord: Heim Gunterstr. 44: „Was bedeuten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg?" — Neu-Lichtenberg: Heim Hauptstraße: „Fahrt in Biedern". — Borkswalde: Schule Sammerfelder Straße: „Jugend und Wandern". — Reinickendorf-Ost: Heim Lindauer Straße: Heimabend. — Niederschönhausen: Schule Blankenburger Str. 79 (Leitung): „Bus und Möbel".

Funkwinkel.

Der Tag ist nicht reich an bedeutenden Ereignissen. Es fehlt vor allem gute, populäre Orchestermusik. Sonst sind die Lieder, die der Erksche Chor singt, im besten Sinne populär und dieser bis ins letzte disziplinierte Chor, diese Vereinigung schöner, gepflegter Stimmen verfügt auch über die notwendige Schlichtheit des Vortrags für Volkslieder. Polizeipräsident Dr. Weiß spricht im Rahmen der Aktuellen Abteilung über „Politische Attentate" anläßlich der Attentate in Südamerika und Italien. Er unterscheidet drei Kategorien, die sich mit folgenden Begriffen umfassen lassen: der Wille zur Macht, der Drang zur Freiheit oder die Sucht nach Ruhm. Es ist eine Revue über Verbrechen, Herostratentum und Irrsinn. Weiß spricht nicht über die jüngste Vergangenheit, sonder gibt nur eine kurz charakterisierende Uebersicht über die hervorstechendsten Attentate der Geschichte, die er auf ihre politischen und psychologischen Gründe untersucht. Die Abendunterhaltung „Ueberraschungen" fällt aus. Gerd Fricke hält eine hübsche Entschuldigungskonferenz und dann gibt es Tanzmusik auf Schallplatten, eine Sammlung guter Kapellen.

F. Sch.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2. Tr.

Schöneberg-Friedenau: Freitag, 14. Februar, 20 Uhr, Generalversammlung in den Kaiserhof-Festsälen, Martin-Luther-Str. 67. Neuwahl des Vorstandes. — Neukölln-Süd: Jungbanner: Freitag, 14. Februar, 20 Uhr, Generalversammlung bei Grommel, Sanker- Ecke Hobrechtstraße. Erscheinen Pflicht. — Lichtenberg: Kameradschaft Tennisplatz: Freitag, 14. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Müller, Gürtel- Ecke Dottstraße. — Wintersportabteilung: Abfahrt zu den Skikursen und zum Republikanischen Sportfest in Bernsdorf am Sonnabend, 15. Februar, 15 Uhr, vom Potsdamer Bahnhof. — Mitte: Der für Sonntag angesetzte Ausflug findet nicht statt. — Kreuzberg, Jugend II: Sonntag, 16. Februar, 8 Uhr, Treffpunkt zur Fahrt wie vereinbart. — Reinickendorf: Sonntag, 16. Februar, 17 Uhr, in den Hubertus-Sälen, am Pfl. Schönholz, Gründungsfeier. — Tiergarten, Jungbanner: Freitag, 20 Uhr, Heimabend bei Schlesinger, Lübecker Straße.

Reichskartell Republik. Gau Berlin-Brandenburg. Köpenick (Ortsverein): Sonntag, 16. Februar, ab 10 Uhr Uebungsschießen im Sportlokal Wilhelmshof, Birschgartenstr. 1. — Berlin-Westen schießt am Sonntag, 16. Februar, 18 Uhr, auf den Schießständen in Zehlendorf, Machnower Chaussee. Auskunft Kameraden Boek. — Steglitz beteiligt sich jetzt bei Berlin-Westen.

Tageszeitliches Orchester. Dirigent Erich Gutzeit. Uebungsstunden jeden Freitag, 20½—22½ Uhr, im Ideal-Kasino, Neukölln, Weichselstr. 8. Bläser und Streicher willkommen. — Unsere nächste Mitwirkung bei dem Stiftungsfest der Buchdrucker am 22. Februar im Funkhaus (Eroicasaal) ist angesagt.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin. Oeffentlicher Vortragsabend am 17. Februar, 20 Uhr, Aula des Französischen Gymnasiums, Reichstagsufer 6. Lichtbildervortrag über den Pfingstfriedenskongreß 1929. Vortragende: Herr Schramm, Prediger der freireligiösen Gemeinde aus Offenbach am Main, der an dem Kongreß teilgenommen und die Bilder selbst aufgenommen hat; Frau Dr. Helene Stöcker. Eintritt 50 Pf.

Wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt, e. V. Flugtechnischer Sprechabend am Freitag, 14. Februar, 20 Uhr, im großen Saal des Flugzeughauses, Berlin W. 35, Blumeshof 17 II. Vortrag des Herrn Korv.-Kapt. a. D. Bestig über „Der gegenwärtige Stand der Heliumgewinnung und Heliumforschung". Mit Lichtbildern.

Kurzschriftverein Stolze-Schrey zu Berlin, e. V. Beginn neuer Anfänger-, Redeschrift-, Fremdsprachen-Kurzschriftkurse. Jede Auskunft: Geschäftsstelle Alexanderstr. 9 III, Hinterhaus, 9—20 ab 17 Uhr.

Hutter-Bund. Freitag, 14. Februar, 20 Uhr, beginnt im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstr. 13, ein neuer Kursus über „Charakterkunde und Menschenkenntnis".

Arbeitsgemeinschaft für Vogelschutz und Naturkunde, e. V. 110. Arbeitswanderung: Sonntag, 16. Februar. Besichtigung des neuen Heimatschutzmuseums in Berlin-Köpenick. Führung und Vortrag Herr Lehrer Anna Zeller. Treffpunkt 9½ Uhr am Bahnhof Köpenick und um 10½ Uhr am Eingang der 5. Schule, Gillenicher Straße. Zu erreichen auch vom Bahnhof Spindlersfeld. Mitglieder frei, Gäste 50 Pf.

Bund Entschiedener Schulreformer. Oeffentliche Versammlung am Dienstag, 18. Februar, 19½ Uhr, im Werner-Siemens-Realgymnasium (Aula), Hohenstaufenstr. 47—48. Thema: „Die Not des Lehrlings". Redner: Walter Eichhorn, Wilhelm Schulz, Karl Emanuel, Hellmig Finkenstädt. Jedermann willkommen!

Deutscher Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums. Donnerstag, 20. Februar, 20 Uhr, im Vierarbeitssaal des Reichspatentamtes, Berlin SW. 61, Gitschiner Str. 97, Vereinsversammlung. Vortrag des Herrn Dr.-Ing. Georg J. Meyer, Berlin: „Gedanken eines Ingenieurs zur Frage des Stahlhaus fremder Konstruktionen". Gäste sind willkommen.

Der in Groß-Berlin gastierende Zirkus Alberty eröffnet die Spielzeit in der Müllerstraße, Eingang Ostender Straße, am Sonnabend, 15. Februar, 20 Uhr, mit einem großen Festprogramm. Wir verweisen auf die Anzeige in dieser Ausgabe.

In der Neuen Welt, Hasenheide, findet am Mittwoch ein Gastspiel Johann Strauß aus Wien mit einem aus 50 Künstlern bestehenden Streichorchester statt. Die Spielfolge, einen Abend im Wiener Prater darstellend, umfaßt die beliebtesten Operetten, Walzer, Lieder, Kantaten und Potpourris. Die filigranmäßige Umrahmung der Alpenwelt dürfte sich besonders stimmungsvoll auswirken.

Riesenerfolg des Sarrasani-Gastspiels. Unaufhörlich strömen die Massen zu Sarrasani. Jeden Abend ist der Märchenbau bis auf den letzten Platz gefüllt. Da das Gastspiel nur noch ganz kurze Zeit dauert, sichere man sich rechtzeitig Karten. Beginn der Abendvorstellung um 19½ Uhr. Sonnabend um 15 Uhr Familienvorstellung mit volkstümlichem Abendprogramm. Kinder zahlen von 2.50 M. aufwärts nur halbe Preise.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 14. 2. Staats-Oper Unter d. Linden Tel-B 9 Fr Nr. 1 Jahres-Kb.-F. Nr. 43 19½ Uhr Othello Ende 22½ Uhr

Freitag, 14. 2. Städt. Oper Bismarckstr. Turnus I 18½ Uhr Meistersinger Ende 22½ Uhr

Staats-Oper Am Platz der Republik Vorst. 27 20 Uhr Hans Heiling Ende gegen 23 U.

Staatl. Schausph. am Gendarmenmarkt R. E. 3 Fr Nr. 5 Jahres-Kb.-F. Nr. 35 20 Uhr Oedipus Ende 22 Uhr.

Staatl. Schiller-Theater, Charlottbg. 20 Uhr So und so, so geht der Wind Ende 22 Uhr

SCALA Tägl. 5 u. 8½ Uhr. Barbarossa 9255 Pr. 1-6 M. Wochentg. 5 U. 50 Pf.-3 M. Con Colleano, 4 Bronetts und weitere zum 1. Male in Europa gezeigte Spitzenleistungen

PLAZA Tägl. 5 u. 8¼ Sonnt. 2, 5 u. 8¼ A ex. 8066 INTERNAT. VARIETÉ

SARRASANI Tel. Baerwald 4358/59 Freitag 7½ Gr. Vorstellung Sonnabd. 3 U. Familien-Vorstellung, Kinder von 2.50 Mk. aufwärts halbe Preise. Nur ganz wenige Tage!

Winter Garten 8¼ Uhr — Ztr. 2619 — Rauchen erlaubt Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen 4 Uhr und 8¼. — 4 Uhr kleine Preise Circensische Sportliche Tänzerische Humoristische Skurrile Höchstleistungen . . . Das führende Varieté

8¼ Uhr CASINO-THEATER 8¼ Uhr Lothringer Straße 37. Der Sensations-Schlager! Seine Hoheit der Reiter und ein erstkl. buntes Programm Für unsere Leser! Gutschein für 1—4 Personen Fauteuil nur 1.25 M., Sessel 1.75 M., Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Lessing-Theater Norden 10346 Täglich 8 Uhr Affäre Dreyfus von Rehfisch und Herzog

Sonntag, den 16. Februar 1930, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Eingang Karlstraße: „Kreuzzug der Maschine" Werk der Messe / Worte von Lene Frank / Musik von Artur Wolf Aufgeführt vom Berliner Volkschor unter Mitwirkung des Kinderchors, nach hoher Kunstpreise u. des Gert. Sinfonie-Orchesters Eintrittspreis 1.20 M. / Mitglieder der Lehrlingsabteilung 70 Pf. / Textbuch 10 Pf. / Garderobe frei Teilnehmerkarten und Textbücher sind auf der Gauverwaltung der Buchdrucker, Engelufer 24/25, Zimmer 13, und am Tage der Aufführung an der Kasse zu haben Veranstaltung der Berliner Kunstkreise im Verbande der Deutschen Buchdrucker

Circus Alberty (geheizter Winter-Holzbau) eröffnet mit einem prunkzirzensischen Sensationsprogramm seine Festspiele am Sonnabend, 15. Februar, 8 Uhr abends in der Müllerstraße Eingang Ostender Straße Sonntag, 16. Februar: Zwei Vorstellungen nachmittags 3½ und abends 8 Uhr Kinder nachmittags halbe Preise! Dann weiter täglich abends 8 Uhr

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr Uraufführung Apollo, Brunnenstraße Volksstück von Großmann und Hessel Regie: Theo Mackeben. Dirigent: Alfred Schlee.

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr So und so, so geht der Wind

Theater am Schiffbauerdamm 8¼ Uhr Die Gartenlaube

Staatsoper Am Pl. d. Republik 8 Uhr Hans Heiling

Deutsches Theater D. 1. Norden 12319 Tägl. 8¼ Uhr Der Kaiser v. Amerika von Bernard Shaw Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele D. 1. Norden 12319 8 Uhr Der Kandidat von Carl Sternheim Regie: Hans Rabich.

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7310 8½ Uhr Victoria von S. Maugham. Regie: Max Reinhardt. Musik: Mischa Spoliansky.

Trianon-Theater Georgenstr. 9 Täglich 8¼ Uhr Die Freundin von Bernard Dickmann

Theater, Lichtspiele usw. auch folgende Seite!

Ist manchmal die Soße knapp?

Sie kommen nie wieder in Verlegenheit, wenn einmal die Bratensoße nicht ausreicht oder in Geschmack und Farbe nicht ganz gelungen ist. Ein Würfel Knorr-Bratensoße in ¼ Liter kaltem Wasser aufgelöst und dann gekocht, ergibt in wenigen Minuten eine pikante, nahrhafte Tunke, die auch ohne Fleisch sehr gut schmeckt. Viele schmackhafte Fleischgerichte, wie Kalbskopf, Schnitzel, Roulade, Rumpsteak, Reste von Braten usw., geben wenig oder gar keine Tunke. Knorr-Bratensoße sorgt dafür, dass Sie auch diese Speisen mit genügend Tunke auf den Tisch bringen können.

1 Würfel gibt so viel Soße wie 2 Pfund Braten.

Knorr Bratensoße

Gänse gefr. holländ. Pfund 70 Pf. an / Pfund 1.00 an
SUPPEN-HÜHNER Pfund 88 Pf. an

KARSTADT Lebensmittel

DIE PREISE GELTEN NUR FREITAG UND SONNABEND

Konserven

Stg.-Spargel sehr stark	½ Ds.	3.35
Stg.-Spargel mittelst.	½ Ds.	3.20
Brech-Spargel stark	½ Ds.	3.10
Brech-Spargel mittel	½ Ds.	2.95
Spargelköpfe weiß	½ Ds.	2.95
Gem. Gemüse fein	½ Ds.	1.65
Jg. kleine Karotten	½ Ds.	0.85
Apfelmus gebrüh.	½ Ds.	0.95
Birnen weiß, ganze Frucht	½ Ds.	0.95
Kirschen rot o. Stein	1 Ds.	1.35
Schattenmorell. m. St.	½ Ds.	1.55
Obstsalat	½ Ds.	2.30
Ananas-Konf. ca. 1 Pfd.-Gl.		0.85
Himbeer-Konf. ca. 1 Pfd.-Gl.		0.95

Wurstwaren

Spitzbein in Gelee	Pfd.	0.48
Frische Blut- u. Leberw.	Pfd.	0.68
Dampfwurst	Pfd.	0.88
Wiener Würstchen	Pfd.	1.15
Streichmettwurst	Pfd.	1.48
Jagdwurst	Pfd.	1.18
Leberwurst Hausm. Art	Pfd.	0.88
Gutsleberwurst i. Re.	Pfd.	1.10
Leberwurst i. Fettdarm	Pfd.	1.30
Zervelat u. Salami	Pfd.	1.70
Braunschw. Zervelatw.	Pfd.	2.10

Malaga vom Faß ... 1 Ltr. **1.20**

Mengenabgabe vorbehalten

Junge Erbsen	¼ Ds.	**0.55**
Brschwg. Plockwurst	Pfd.	**1.58**
Gekochter Schinken	Pfd.	**2.00**
Apfelsinen	4 Pfd.	**0.76**
Mandarinen	4 Pfd.	**0.95**
Blumenkohl	Kopf an	**0.20**
Bratheringe	1-Ltr.-Ds.	**0.78**
Bismarckheringe	1-Ltr.-Ds.	**0.78**
Hering in Gelee	1-Ltr.-Ds.	**0.78**
Rollmops	1-Ltr.-Ds.	**0.78**

Wild u. Geflügel

Mastsuppenhühner	Pfd.	1.45
Tauben	Stck.	0.65
Enten	Pfd. an	1.30
Puten	Pfd. an	1.05
Gänse gestickt	Pfd.	1.40
Hasen gesp. u. ausgem.	Pfd. an	0.98
Reh-Blätter	Pfd.	1.45
Rehrücken gestickt	Pfd.	1.90
Hirschblatt	Pfd.	1.20
Hirschkeule	Pfd.	1.45
Wild-Kaninchen	Stck.	1.65

Johannisbeerwein v. Faß 1 Ltr. **0.80**

Weine u. Spirituosen

Apfelwein	Ltr.	0.48
Edenkobener	Ltr.	0.90
St. Martiner Gold-	Ltr.	1.00
Bosenheim Berg	¾ Ltr.	1.30
Tarragona	¾ Ltr.	1.00
Muskat	¾ Ltr.	1.10
Douro Portwein	¾ Ltr.	2.00
Wermuth Wein	Ltr.	1.30
Dürkheimer Rotw.	Ltr.	0.90
Ulliel Spec. Rotwein	Ltr.	1.10
Weinbr. Spezial	1/1 Ltr. Fl.	4.60
Rum-Verschnitt	1/1 Ltr. Fl.	4.80
Liebfraumilch	Fl.	1.40
Haut Sauternes	Fl.	2.90

Butter und Käse

Molkereibutter	Pfd.	1.68
Finnische Butter	Pfd.	1.88
Margarine	Pfd.	0.50
Pflanzenfett	Pfd.	0.50
Eier	20 St. an	0.60
Bratenschmalz	Pfd.	0.72
Dänisch. Schweiz.	Pfd.	0.90
Edamer	20% Pfd.	0.35
Tilsiter	20% Pfd.	0.65
Tilsiter o. Rd.	1 Pfd.-Pak.	0.58
Schweizer Art	1 Pfd.-Pak.	0.88
Steinbuscher	Pfd.	0.96

Konfitüren

Haushalt Kakao	Pfd.	0.58
Burgm.-Kakao	Pfd.	1.20
Burgm. Pralinen	200 g	0.50
Burgm. Vollm.-Schok.	100 g Tfl.	0.25
Argenta-Schok. herb u. mild	Tfl.	0.50
Rekord-Mischg.	Pfd.	0.80
Keks-Mischg.	Pfd.	0.60
Lebkuchen-Bruch	Pfd.	0.60
Bruch-Schokolade	Pfd.	1.20
Saure Drops	Pfd.	0.50
Brustkaramellen	Pfd.	0.50
Alpenbrot	Pfd.	0.60

Fische u. Räucherwaren

Kabeljau ohne Kopf	Pfd.	0.20
Schellfisch mit Kopf	Pfd.	0.26
Seelachs ohne Kopf	Pfd.	0.24
Goldbars ohne Kopf	Pfd.	0.34
Kabeljau-Filet	Pfd.	0.44
Heringe grüne	3 Pfd.	0.50
Brat-Scholle	Pfd.	0.35
Bücklinge	Pfd.	0.28
Sprotten	Pfd.	0.30
Schellfisch geräuchert	Pfd.	0.45
Seelachs geräuchert	Pfd.	0.20
Flundern	Pfd.	0.55

Obst- u. Gemüse

Blutapfelsinen	Pfd.	0.28
Almeria-Wein	Pfd.	0.65
Krimäpfel	Pfd.	0.35
Eßäpfel	2 Pfd.	0.25
Datteln	Pfd.	0.55
Rosenkohl	Pfd.	0.25
Rot- u. Wirsingkohl	Pfd.	0.09
Weißkohl	Pfd.	0.04
Mohrrüben gew.	Pfd.	0.05
Sellerie	Pfd. o. Gr.	0.10
Schwarzwurzeln	Pfd.	0.28
Kartoffeln Industrie	10 Pfd.	0.48

Kolonialwaren

Mehl Auszug	Pfd.	0.22
Reis Burma	Pfd.	0.22
Erbsen Viktoria	Pfd.	0.24
Linsen	Pfd. o. Gr.	0.26
Sultaninen	Pfd. an	0.30
Pflaumen	Pfd. an	0.30
Aprikosen	Pfd. an	0.88
Birnen	Pfd. an	1.00
Prünellen	Pfd.	1.00
Kaffee Auslese	Pfd.	1.70
Konsum-Mischg.	Pfd.	2.20
Caracas	Pfd.	2.20

Delikatessen

Norw. Sild in Öl	Ds.	0.35
Portug. Oelsard. i. Tom.	Ds.	0.50
Wilms Lecherb.	Ds.	0.50
Appetit Happ. i. Rom.	Ds.	0.65
Hors d' Oeuvre	Ds.	0.90
Vierpack in Remoulade	Ds.	1.50
Makrelen	1-Pfd.-Ds.	1.10
Sülze Feinkost garn.	Ds.	0.90
Salzgurken	½ Ds.	0.65
Essig Gewürzgurk.	½ Ds.	0.95
Senfgurken	5-Pfd.-Ds.	2.30
Feinstes Tafelöl	Fl.	0.25

Telefonische Bestellungen bereits ab 8 Uhr durch unsere Bestellkasse (Baerwald 0042)

KARSTADT-WEISSE WOCHEN

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ - DER KARSTADT-BAHNHOF

Direktion: Dr. Martin Zickel
Komische Oper
Friedrichstr. 104 Merkur 1401 4330.
Nach vollständigem Umbau
Täglich 8¼ Uhr
Hulla di Bulla
Schwank von Arnold und Bach
mit Guido Thielscher,
Schultz, Schmoll, Lang, Hildebrand, Walter Reis, Filek, Behmer, Wanek
Lustspielhaus 8¼
Friedrichstr. 236 Bergmann 2922/23.
Liebe auf den zweiten Blick.
Fliegende – Hasch.
Vorverkauf in obigen Häusern ab 10 Uhr ununterbrochen.

NEUE WELT
Arnold Scholz, U-Bahn Hermannpl., Hasenh. 108/14
Gr. Bockbierfest
7 Kapellen. Neue Dekorationen.
Sit bayrische Musik.
Einlaß: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Mittwoch, den 19. Februar 1930
Großes Bockbierfest und 2. Gastspiel Johann Strauß

Direktion Dr. Robert Klein
Deutsches Künstler-Theat.
Barbarossa 3937
8¼ Uhr
„Eins, zwei, drei"
von Franz Molnar
mit Max Pallenberg.
Vater: Souper
Berliner Theater
Dönhoff 170
Täglich 8¼ Uhr
Die Straße
mit Albert Bassermann.
Regie Heinz Hilpert

Planetarium am Zoo
Tägl. Instruktiver Vortr. B.-3 Barbarossa 3679
16¼ Uhr Die Wintersternbilder
18¼ Uhr Der Planet Jupiter.
20¼ Uhr Merkwürdige Sterne (Neue u. Zwerge)
Eintritt 1 Mark. Kinder 50 Pf.
Mittwochs halbe Kassenpreise

Operettenhaus
Alte Jakobstr. 10/32 (Zentral-Theater)
Täglich 8¼ Uhr
Die Fledermaus
mit Gustav Mamer
Sonntag 3 Uhr
Friederike

Theater d. Westens
Täglich 8¼ Uhr
Hotel Stadt Lemberg
Musik von Gilbert.
Käthe Dorsch
Leo Schützendorf

Barnowsky-Bühnen
Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8¼ Uhr
Professor Bernhardi
von Arthur Schnitzler
Regie: Victor Barnowsky

Komödienhaus
Täglich 8¼ Uhr
Der Lügner und die Nonne
von Curt Götz

Komische Oper
Friedrichstr. 104.
Merkur 1401/4330.
Allabendlich 8¼ U.
Hulla di Bulla
Schwank von Arnold und Bach

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236.
Bergmann 2922/23.
Täglich 8¼ Uhr
Liebe auf den zweiten Blick

Metropol-Th.
8¼ Uhr
Das Land des Lächelns
Vera Schwarz, Richard Tauber
Musik von Franz Lehár

Kleines Theat.
Merkur 1624
Täg. 8¼ Uhr
Der Walzer von heute Nacht!
Erika Gläßner, Hilde Wörner, Hermann-Schaufuß

GERMANIA PALAST
Frankfurter Allee 312-314
Katharina Knie
mit Carmen Boni, Eugen Klöpfer
Bonne:
1. Erika Gläßner am Flügel Erich Ziegler
2. Wilhelm Bendow, Baby Gray
in dem Sketch: „Die Abonnenten"
Beginn: Wochentags 6 Uhr, Sonnabends 5½ Uhr, Sonntags 3 Uhr

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
8 Uhr:
3 Musketiere
Regie: ERIK CHARELL
3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

Theater i. d. Behrenstr. 53-54
A 4 Zentrum 926-927
Direktion Ralph Arthur Roberts
8¼ Uhr
... Vater sein, dagegen sehr
Sonntag auch nachm. 4 Uhr (halbe Pr.)

Kennen Sie die entzückende Operette von Millöcker
Gasparone?
Täglich 8.15 Uhr (Sonntag 9 Uhr) und Sonnabend nachts 11.30 Uhr im
Rose-Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Billettkasse: Alex. 3121—3694.
Jed. Sonnt. 5¼ U. Czardasfürstin
Jed. Sonnabend 5 u. Sonntag 3.30 Uhr
„Aschenbrödel"
Voraussage: Sonntag, den 16. Febr., vormittags 11.30 Uhr
Goethe-Morgenfeier
mit Ludwig Willisch, Traute, Paul und Willi Rose.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag nachm. 3
Das wunderbare Febr.-Programm!
der
Stettiner-Sänger
Preise 60 Pfg bis 3 Mk
Zent. um 11265
Nachmittags halbe Preise.
Dönhoff-Brettl:
10 gr. Nummern! Falkner-Orchester. Tanz.

Mein **Kapitän-Kautabak** schmeckt mir doch am besten!

Th. a. Hallenschwimmbad Volksb. 1042. Kf. 2091
Täglich 8¼ Uhr
Gastspiel des Deutschen Theaters
Menschen im Hotel
von Vicki Baum
Regie: Gustaf Gründgens.
Hyänitte Binder, Margarete Koppenhöfer, Kemp, Karlweis, Kmentt, v. Dehmer

Theat. a. Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr
zuschauer. nachm. 3 U.
Gastspiel Prelaus
Elite-Sänger.
Das große Tonfilm-Lieb-Programm! Lied
Die blonde City
Tonfilm-Operette.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonnabend, den 15. Februar, nachm. 3 Uhr, im Lokal von Jenker, Cottbuser Straße 23

Erwerbslosen-Versammlung der Drücker

Tagesordnung
1. Vortrag: „Die Erwerbslosen-Versicherung und die Arbeitsvermittelung." Referent: Kollege Jenke.
2. Beschwerden, Anregungen und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Besuch wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Bäckereigenossenschaft „Berlin"
eingetragene Genossenschaft m. b. H., Ortsstr. 78 a.

Inventur per 31. Dezember 1929

Aktiva	M.
H. B. 5. Anteilkonto G. E. G.	1 088.55
7. Maschinenkonto	1 100.—
9. Gespannkonto	100.—
11. Utensilienkonto	3 770.—
13. Kautionskonto	1.—
18. Kontokorrentkonto	20.—
24. Kassakonto	2 837.70
40. Bankkonto	2 870.78
47. Autokonto	4 100.—
51. Bäckereikonto	9 324.20
55. Warenkonto	1 746.40
Verlust	1 240.—
	31 710.63

Passiva	M.
H. B. 1. Mitglieder-Guth.-Konto	80.0—
2. Spezialreservefondskont.	2 [illegible].18
3. Reservefondskonto	6 200.—
13. Kautionskonto	240.—
15. Darlehenschuldkonto	8 002.50
18. Kontokorrentkonto	10 [illegible]
41. Bäckereilungskonto (Krankenkass., Steuern)	1 874.50
	31 710.63

Die Mitgliederzahl betrug am 1. 1. 1929 21 Genossen.

Der Mitgliederanteil betrug 21 × 250 = 5250.— M. Die Haftsumme ebenso. Im Geschäftsjahr 1929 schied durch Tod ein Genosse aus.

Am 1. Januar 1930 gehörten der Genossenschaft 20 Genossen mit Gesamtanteil und Haftsumme von 5000.— M. an.

Der Mitgliederanteil und die Gesamthaftsumme haben sich um 250.— M. vermindert. Das Geschäftsjahr ging vom 1. Januar 1929 bis 31. Dezember 1929.

Der Vorstand.
Gustav Trombke. Wilhelm Zimmermann.

Großbanken berichten.

Berliner Handelsgesellschaft bleibt bei 12 Prozent Dividende.

Wie alljährlich, ist auch jetzt die Berliner Handelsgesellschaft als erste private Großbank mit der Veröffentlichung des Geschäftsberichts der Reichskredit A.-G. als öffentliche Großbank gefolgt. Daß das Bankenjahr 1929 im allgemeinen schlechter war als in früheren Jahren, merkt man bei der Berliner Handelsgesellschaft aus ungefähr denselben Gründen nicht, die auch für die Beurteilung der Reichskredit A.-G. maßgebend waren. Wie diese, hatte die Berliner Handelsgesellschaft bei nur wenig erhöhten Umsätzen und vor allem rückgängigen Börsengeschäft wenigstens keine toten Kosten für ein großes Filialennetz mitzuschleppen.

Die Berliner Handelsgesellschaft hält ihre Vorjahrsdividende von 12 Proz. aufrecht und zahlt sie sogar für ein um 6 auf 28 Millionen Mark erhöhtes Kapital. Aus dem Kreditgeschäft werden mit 7,91 Millionen Mark um 1,27 Millionen Mark höhere Einnahmen ausgewiesen. Die Provisionen sind 4,05 gegen 4,04 Millionen im Vorjahr fast unverändert. Da der Gesamtumsatz nur von 25,3 auf 26,3 Milliarden Mark gestiegen ist, darüber hinaus vielleicht nicht mit Unrecht von einer kleineren Gewinnspanne im vergangenen Bankjahr gesprochen wird, dürfte die Berliner Handelsgesellschaft in diesem Jahre wahrscheinlich etwas weniger Gewinne versteckt haben als in früheren Jahren. Wahrscheinlich sind die Wertpapier- und Konsortialgewinne gegen das Vorjahr (damals 1,30 Millionen) geringer gewesen. Daß aber trotz der Ungunst des Jahres auch hier steigende Gewinne ausgewiesen werden, dürfte als Beweis dafür anzusehen sein, daß die Privatbanken ihre Kreditnehmer trotz der schärferen Konkurrenz immer noch gründlich auspowern.

Obwohl die Umsätze um 4 Proz. gestiegen sind, sind interessanterweise sowohl die Verwaltungskosten als auch die Steuern nicht unerheblich zurückgegangen, nämlich um mehr als eine Viertelmillion. Es wurde ausdrücklich betont, daß bei der Kundschaft nur sehr geringfügige Verluste eingetreten sind und an den letztjährigen Zusammenbrüchen kein Pfennig verloren worden sei.

Die Bilanz zeigt keine besonderen Ueberraschungen. Die Bilanzsumme ist um nur 43 auf 503 Millionen Mark gestiegen. Unter den von 399 auf 437 Millionen Mark erhöhten fremden Geldern sollen sich bis zu 50 Proz. Auslandskredite befinden. Die für Börsenzwecke gewährten Kredite waren zum 31. Dezember 1929 von 40 auf 32 Millionen Mark zurückgegangen, die Vorschüsse auf lagernde und schwimmende Waren — entsprechend dem verstärkten Export — von 95 auf 114 Millionen Mark gestiegen. In laufender Rechnung sind 172 gegen 159 Millionen Mark Kredite gewährt.

Aus dem gegen das Vorjahr von 2,95 auf 3,92 Millionen Mark erhöhten Gewinn kommen auf die Aktionäre die besagten 12 Proz. Dividende und 324 000 M. (Vorjahr nur 109 000 M.) werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Schickt Hugenberg an die Ruhr!

Demokraten gegen Schwarzmalerei. — Ruhrhandelskammer und Arbeitslosigkeit

Wir haben uns immer gegen die Schwarzmalerei und den Zweckpessimismus der deutschen Unternehmer gewandt, die schließlich die Wirkung hatten, daß die Urheber selbst daran glaubten und für die Wirtschaft in der Tat schwere Schädigungen eintraten. Mit sehr großer Schärfe wendet sich jetzt der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelenz in der Wochenschrift des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter gegen diese, die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik Deutschlands gefährdende Seuche. Die deutsche Wirtschaft sei so gesund, wie sie seit 1914 noch nie war. 1924 habe die Fabrikation von Elendsstatistiken begonnen, als man glaubte, durch diese Elendsmalerei auf die Reparationsgegner Eindruck machen zu müssen, und diese Verfälschung der Dinge sei noch gewachsen, als im Frühjahr 1929 die Sachverständigenkonferenz in Paris begann. Aus diesem Zweckpessimismus sei eine Phrase geworden, an die man schließlich selber glaubte. Hugenberg habe ihn schließlich in den Dienst seiner innerpolitischen Machteroberungspläne gestellt. Die Folge seien eine Währungserschütterung im vorigen Jahre, die Kapitalflucht ins Ausland, eine Lähmung der Wirtschaftsinitiative, eine Vertrauenserschütterung im Inland und die Verteuerung des Kredits gewesen.

Es ist gut, daß derartige Dinge jetzt auch im bürgerlichen Lager ausgesprochen werden. Es ist um so nötiger, als die Enttäuschung der Unternehmer darüber, daß auch ihr Finanzminister Moldenhauer keine Steuergeschenke machen kann, sondern Steuererhöhungen durchführen muß, in der Ruhrindustrie wieder zu Entschließungen geführt hat, die von der Reichsregierung unmögliche und tolle Dinge verlangen.

Der Zweckverband der Industrie- und Handelskammern von Bochum, Dortmund, Essen und Münster fordert in einer solchen Entschließung eine völlige Umstellung der gesamten deutschen Wirtschaftspolitik. Ausgerechnet zur Beseitigung der mit den Reparationslasten unvereinbaren Arbeitslosigkeit wird ein sofortiger starker Abbau der öffentlichen Ausgaben und trotz Moldenhauer eine großzügige Steuersenkung verlangt. Die verbohrten und sturen Hirne an der Ruhr scheinen von den Folgen der Aktion ihres Freundes Schacht noch nichts zu wissen. Selbstverständlich wird auch eine grundlegende Reform der Sozialpolitik verlangt und festgestellt, daß der bestehende Zollschutz für die verarbeitende Industrie völlig unzureichend geworden sei. Die Arbeitslosigkeit soll also durch die Drosselung öffentlicher Aufträge, durch den Abbau der sozialen Leistungen und durch neue Zollverteuerungen beseitigt (!) werden.

Vielleicht tritt die Deutschnationale Partei den vereinigten Ruhr-Handelskammern den Wirtschaftsführer Hugenberg als ersten Präsidenten ab. Hugenberg findet dort sicher das Publikum, das er sucht und im Reichstag nicht gefunden hat.

Der Einheitsverband.

In einer rein geschäftlichen Sitzung, ohne jede Feierlichkeit, hat gestern der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen, die neue Einheitsorganisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften, sich konstituiert und seine Tätigkeit aufgenommen. Reichsernährungsminister Dietrich repräsentierte bei diesem historischen Akt die Reichsregierung, Präsident Dr. Klepper sprach für die Preußenkasse, Geheimrat Dr. Kißler für die Deutsche Rentenbankkreditanstalt die Glückwünsche aus. Zum Einheitsverband erklärten 35 Verbände und 12 Zentralgeschäftsanstalten, die 37 300 Einzelgenossenschaften repräsentieren, formell ihren Beitritt. Landesökonomierat Dr. Johannsen ist Ehrenpräsident, Landesökonomierat Hohenegg und Dr. Hermes sind Präsidenten, Freiherr von Braun und Dr. Rabe sind stellvertretende Präsidenten, Regierungsrat Gennes ist Generalanwalt, Direktor Schmidt und Direktor Brenning sind stellvertretende Präsidialmitglieder des neuen Einheitsverbandes.

Es war der mit tobender Wut von der Landwirtschaft erst bekämpfte Präsident Dr. Klepper, es war das „sozialistische" Preußen, es war der städtische Steuerzahler, die die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland vor dem Ruin gerettet haben. Möge das die Landwirtschaft nie vergessen!

Oeffentliche Werke und Volkswirtschaft.

Dr. Elsas zur wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden.

Vor dem Verbandsvorstand und dem Bezirksvorstand Berlin des Gesamt-Verband der öffentlichen und Verkehrsarbeiter sprach am Mittwoch der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Dr. Fritz Elsas, über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden.

Die besonders in den letzten zwei Jahren sehr lebhaft gewordene Kritik an der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden richte sich nicht gegen die eigentliche Gemeindewirtschaft, sondern mehr zufällige Unternehmungen, wie Ziegeleien, Schlackensteinfabriken, Hotels, Blumenverkauf usw., die nur unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten und Voraussetzungen beurteilt werden können. Manche Gemeinde habe Veranlassung, nachzuprüfen, ob heute noch diese meist aus der Kriegs- und Nachkriegszeit übernommenen Betriebe in allen Fällen aufrecht zu erhalten sind. Viel wichtiger erscheint es, die zentralen Aufgaben gemeindlicher Wirtschaftsbetätigung mit allen Kräften zu fördern. Hierzu zählen die Versorgungsunternehmungen (Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerke und Verkehr), die Einrichtungen zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit (Straßenreinigung, Müllbeseitigung, Krankenhäuser, Pflegeanstalten, Badeanstalten usw.) und die Einrichtungen zur Förderung des wirtschaftlichen Verkehrs (Vieh- und Schlachthöfe, Markthallen, Messen, Hafenanlagen usw.). Ganz verfehlt erscheint es, auf gesetzlichem Wege eine Abgrenzung der den Gemeinden erlaubten oder nicht erlaubten Wirtschaftsbetätigungen vorzunehmen.

Die Frage der Betriebsform sei keine grundsätzliche Frage. Im allgemeinen wird sich die Form des Regiebetriebes so beweglich gestalten lassen, daß sie weitgehenden Ansprüchen genügt. Die heute vielfach vorgenommene Umwandlung des Regiebetriebes in rein kommunale Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung gehe meist auf die finanzielle Lage der Gemeinden zurück. Besonders sei es die Politik der Beratungsstelle für Auslandsanleihen und des Reichsbankpräsidenten, die die Städte in verschiedenen Fällen zur Umwandlung ihrer Werke zwingt, da sie nur auf diesem Wege Auslandsanleihen erhalten können. In dieser Entwicklung liegen große Gefahren; die Umorganisation der Beratungsstelle und die Gleichstellung der Kommunen mit der Privatwirtschaft bei Inanspruchnahme des ausländischen Kreditmarktes ist deshalb dringend zu fordern.

Unter allen Umständen aber muß, ganz gleich in welcher Form die Werke geführt werden, die politische Verantwortlichkeit der Selbstverwaltungsorgane in vollem Umfange gewahrt bleiben. Dabei ist die Werksleitung in die gesamte Kommunalverwaltung einzuordnen, so daß auch für die Betriebe in Privatrechtsform die kommunale Einstellung erhalten bleibt. Wie auf dem Gebiete der Betriebsform, so hat die finanzpolitische Lage die Gemeinden auch in der Tarifpolitik in eine unerwünschte Richtung gedrängt. Die allen Grundsätzen kommunaler Wirtschaftsführung widersprechende überhöhte Heranziehung der werbenden Betriebe zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs kann nur durch die zur Zeit bestehende besondere finanzielle Notlage der Gemeinden gerechtfertigt werden.

Abzulehnen sind alle Bestrebungen, die auf vermehrte steuerliche Belastung der gemeindlichen Betriebe hinzielen, da sie sachlich nicht gerechtfertigt sind und unter allen Umständen eine Tariferhöhung nach sich ziehen würden.

Der Fragenkreis der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden stellt sowohl unter dem Gesichtspunkt der Auftragsvergebung als auch wegen der Leistungen der Gemeindebetriebe für die gesamte Wirtschaft nicht nur ein kommunalpolitisches, sondern ein gesamtwirtschaftliches Problem dar. Wer es in seinem ganzen Umfange erfaßt, muß erkennen, daß die Gemeindewirtschaft heute aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen ein nicht mehr wegzudenkendes Glied der Gesamtwirtschaft darstellt.

Die christlich-nationale Bankpleite in Bayern.

Der Zusammenbruch der bayerischen Eisenbahnerbank wird in Bayern lebhaft diskutiert. Allein die christlichen Gewerkschaften in München büßen durch den Zusammenbruch etwa 300000 Mark ein. Der christliche Metallarbeiterverband ist mit 90 000 M., der christliche Bekleidungsarbeiterverband mit 40 000 Mark geschädigt. Der christliche Eisenbahnerverband ist schwer geschädigt.

Am bedauernswertesten sind die kleinen Sparer, die leichtfertig um ihr ganzes Vermögen gebracht worden sind. So haben beispielsweise die Putzfrauen des Münchener Hauptbahnhofs, meistens Witwen, zusammen allein 18 000 M. eingebüßt. Auch die bayerische Bausparkasse, ein Schwesterunternehmen der Eisenbahnerbank, ist in Mitleidenschaft gezogen worden. Ihre Mitglieder dürften der eingelegten Ersparnisse zum größten Teil verlustig gehen.

Die Bank hat gegen die einfachsten Regeln der Bankpolitik verstoßen, indem sie kurzfristige Spareinlagen in langfristigen Grundstücksgeschäften investiert hatte. Die Verluste werden augenblicklich auf 2½ Millionen Mark beziffert.

Der bayerische Ministerpräsident Held hat höchst persönlich zugunsten der insolventen Bank interveniert und sich um einen Eingriff der Deutschen und Diskontobank bemüht. Diese Banken nehmen zur Zeit eine Prüfung der Aktivbestände vor. Nach den bisherigen Schätzungen dürfte sich im Falle eines Vergleichsverfahrens die Quote für die Gläubiger im günstigsten Falle zwischen 30 bis 40 Proz. bewegen.

20 Millionen für Roggenstützung.

200 000 Tonnen Roggen sollen eingelagert werden.

Wie gemeldet wird, hat das Reichskabinett dem Antrag des Reichsernährungsministers zugestimmt, 20 Millionen zur Magazinierung von Roggen zur Verfügung zu stellen. Es sollen 200 000 Tonnen Roggen auf diese Weise vorläufig vom Markt ferngehalten werden. Die von der Grünen Front geforderte Erhöhung der Einfuhrscheine ist dadurch erledigt. Für das Reich bedeutet die Maßnahme die vorläufige Festlegung von 20 Millionen Mark, für die Landwirtschaft wahrscheinlich die Möglichkeit einer Preisstützung und rentablerer Auslandsverkäufe.

Sinn hat auch diese Maßnahme nur, wenn sie die spätere Drosselung des Roggenanbaues in Deutschland nicht hindert. Deutschland kann sich gute Roggenernten, die immer wieder Zwangslagen und Geldopfer wie jetzt erfordern, einfach nicht leisten.

Das entthronte Silber.

Asiatische Währungsreformen ruinieren den Preis des Silbers.

In der Internationalen Währungs- und Münzpolitik spielte Silber lange vor dem Kriege und dann wieder während des Krieges eine große Rolle. In der Zeit von 1918 bis 1924 hatte das Silber einen Preis erreicht, der weit über dem Vorkriegsstand lag, obwohl die Erzeugung erheblich gestiegen war und auch die Vorräte größer wurden. Seit 1925 haben sich die Verhältnisse geändert. Seit vor etwa drei Jahren Indien die Goldwährung eingeführt hatte, war — neben China — der wichtigste Silberverbraucher für Münzzwecke weggefallen. Auch China will bald zur Goldwährung übergehen. Ein Preissturz für Silber war unvermeidlich.

Die Silbervorräte der indischen Regierung schätzt man auf ungefähr 9½ bis 10 Millionen Kilogramm; das Gesetz über die Einführung der Goldwährung sah eine Auflösung dieses Silberschatzes in einem Zeitraum von 10 Jahren vor, damit der Markt durch einen Preisdruck nicht allzu sehr gefährdet würde. Aber der Preissturz konnte nicht aufgehalten werden, zumal noch Uebererzeugung hinzukam. Die Welterzeugung betrug 1913 rund sieben Millionen Kilo, im Jahre 1925 rund 7,5, im Jahre 1926 rund 7,9, im Jahre 1928 rund 8 Millionen Kilo, und im vergangenen Jahre blieb die Produktion sicher gleich hoch, weil der gedrosselten direkten Gewinnung aus Silbererzen eine Steigerung der Silberproduktion — als Nebenprodukt aus der Kupfer- und Bleigewinnung — gegenübersteht.

Man versucht jetzt die Preise wertbeständig zu machen, und zwar so, daß ein amerikanisches Konsortium größere Mengen aus dem Markt aufkaufen soll. Die Vereinigten Staaten wollen die Einfuhr sperren. Das wird aber nichts helfen, weil jetzt auch die Chinesen dauernd Silber verkaufen. Dazu ist durch Stagnation in der Kaufkraftentwicklung der industrielle Verbrauch ebenfalls zurückgegangen. Selbst wenn eine Besserung der Konjunktur zu einer Steigerung des industriellen Verbrauchs führen würde, kann der Ausfall Indiens und Chinas als Silberverbraucher niemals ausgeglichen werden. Das Angebot wird durch die asiatischen Währungsreformen so groß, daß eine erfolgreiche Stützung des Silberpreises kaum möglich sein wird.

Silber kostete vor dem Kriege 77,50 M. je Kilo, im Jahre 1925 etwa 95 M. und am 2. Januar 1929 80 M., am 2. Januar 1930 65 M. und am 13. Februar 1930 62 M.

Gelockertes Handelsmonopol.

Reformen in der russischen Ein- und Verkaufsorganisation.

Der große Personalschub bei den russischen Handelsvertretungen in verschiedenen europäischen Ländern deutete bereits seit einiger Zeit gewisse Umstellungen im Apparat des russischen Außenhandelsmonopols an.

Wie jetzt die „Kölnische Zeitung" aus Moskau erfährt, sind in der Tat grundlegende Reformen im Gange, die eine wesentliche Lockerung des bisher starren Monopols zur Folge haben würden. Zu den wesentlichsten Aenderungen dieser Art gehört die Einreiseerlaubnis ausländischer Unternehmer und Unterhändler zu direkten Geschäftsverhandlungen. Bisher waren Angebote und Abschlüsse von Lieferungsverträgen nur über die einzelnen Handelsvertretungen möglich, doch hat die Schwerfälligkeit und Unzulänglichkeit dieses Apparats seit Jahr und Tag scharfe Proteste bei der russischen Abnehmerschaft hervorgerufen.

Es werden somit auch sämtliche bei den einzelnen Handelsvertretungen arbeitenden Ein- und Verkaufsgesellschaften aufgelöst und dafür die in Sowjetrußland aufgezogenen Aus- und Einfuhrvereinigungen mit größerer Selbständigkeit ausgestattet.

Nicht mehr „Scheuer"konzern. Wie mitgeteilt wird, ist der frühere Generaldirektor der Getreideindustrie- und Kommissions-AG. (Scheuerkonzern) auf eigenen Wunsch aus dem Aufsichtsrat der Gesellschaft und zugleich aus jeder Tätigkeit in der Getreideindustrie- und Kommissions-AG., die bekanntlich von der Preußenkasse und von der Rentenbankkreditanstalt beherrscht werden, ausgeschieden. Die Bezeichnung Scheuerkonzern für die Getreideindustrie und Kommissions-AG. verliert dadurch auch den letzten Rest ihrer bisherigen Bedeutung. Herr Scheuer war schon seit langem nur noch im Aufsichtsrat; an den Geschäften hat er sich aktiv nicht mehr beteiligt.

Ruhe bei der Verkehrs-A.-G.

Der kommunistische Arbeiterrat hat sich unmöglich gemacht.

Vor den Funktionären der Berliner Verkehrs-A.-G. wurde gestern abend noch einmal von dem Vertreter des Gesamtverbandes, Genossen Hiller, die Frage der Entlassungen behandelt, die das technische Personal schon seit Tagen beschäftigt. Hiller schilderte nochmals die Situation, die durch den unsinnigen Beschluß der kommunistischen Mehrheit des Arbeiterrats gegenüber dem Vorschlag der Direktion auf Arbeitsstreckung geschaffen wurde und die den Gewerkschaften von vornherein jede rechtliche Handhabe zum Eingreifen im Interesse der technischen Verkehrsarbeiter nahm.

Der einen verbrecherischen Dummheit der kommunistischen Arbeiterräte folgte die noch größere, die in dem Beschluß zum Ausdruck kam, in dem unter anderem die Absetzung des gesamten Direktoriums der Verkehrs-A.-G. und noch dazu in persönlich herabsetzender Form, gefordert wird. Daß durch solche Beschlüsse, die noch von einem Teil, wenn auch von einem geringen, bejubelt wurden, die Aussichten auf eine Verständigung zwischen der Direktion und den Gewerkschaften nicht vergrößert wurden, dürfte begreiflich sein.

Trotzdem also die kommunistischen Arbeiterräte den Gewerkschaften den Weg der Verständigung mit phrasenhaften Beschlüssen versperrt hatten, hat die Direktion der Forderung der freigewerkschaftlichen Funktionäre dennoch Rechnung getragen und zu gestern vormittag eine Verhandlung anberaumt, über deren Ergebnis im „Abend" bereits kurz berichtet wurde.

Den Gewerkschaftsvertretern ist es gelungen, die angekündigten Massenentlassungen zu verhindern und die Direktion zu dem Versprechen zu bewegen, unumgänglich notwendige Entlassungen in möglichst gelinder Form durchzuführen. Infolge des natürlichen laufenden Abganges von Arbeitern und der Einstellungssperre werden sich aller Voraussicht nach die Entlassungen auf eine geringe Zahl von Arbeitern beschränken.

Wenn es nun auch durch das Eingreifen der Gewerkschaften gelungen ist, die katastrophale Auswirkung der Beschlüsse der kommunistischen Arbeiterratsmitglieder zu verhindern, so darf doch bei der bevorstehenden Betriebsratswahl das arbeiterschädliche Verhalten dieser Leute nicht vergessen werden.

Die Auffassung der Funktionäre über das Verhandlungsergebnis fand ihren Niederschlag in folgender einstimmig angenommenen Entschließung:

„Die am 13. Februar 1930 im Hackeschen Hof versammelten freigewerkschaftlichen Funktionäre der Berliner Verkehrs A.-G. ... erkennen an, daß die Schwierigkeiten, die durch die Haltung der „oppositionellen" Arbeiterratsmitglieder entstanden sind, durch das Eingreifen der freien Gewerkschaften so weit wie möglich behoben wurden.

Sie verpflichten sich, in den Kreisen der Belegschaft dahin zu wirken, daß bei der kommenden Betriebsratswahl die unfaire Handlungsweise dieser Arbeiterräte den Verkehrsarbeitern mit allem Nachdruck zur Kenntnis gebracht wird. Sie werden mit allem Eifer für den weiteren Ausbau der freigewerkschaftlichen Organisation Sorge tragen, weil nur in ihr die Stärke und Macht der Verkehrsarbeiter liegt."

Die Funktionäre anerkannten einmütig die Bemühungen der Gewerkschaften und brachten ihr Vertrauen zu ihnen am besten dadurch zum Ausdruck, daß sie bei der Kandidatenaufstellung zur Betriebsratswahl dem wieder an die erste Stelle gesetzten bisherigen Betriebsratsvorsitzenden, Genossen Flieger, nur gegen eine Stimme ihr volles Vertrauen aussprachen.

Wie der größte Teil der Belegschaft der technischen Betriebe der Verkehrs-A.-G. über das Verhalten der „roten" Arbeiterräte denkt, zeigte gestern eine stark besuchte Versammlung der technischen Arbeiter des Bahnhofs 4 in Neukölln, die einstimmig folgende Entschließung annahm:

„Die in der Technik beschäftigten Arbeiter des Bahnhofs 4, Neukölln, stellen fest, daß durch das eigenartige Handeln der kommunistischen Arbeiterräte eine Situation geschaffen wurde, die eine Schädigung der Interessen der Arbeiter bedeutet. Die Versammlung spricht daher den kommunistischen Arbeiterratsmitgliedern schärfstes Mißtrauen aus und fordert alle Arbeiter der BVG. auf, bei der bevorstehenden Betriebsratswahl nur der freigewerkschaftlichen Liste ihre Stimme zu geben."

Ein interessantes Gegenstück dazu waren die von der „Opposition" zu Mittwoch vor- und nachmittag einberufenen Versammlungen für das gesamte Personal des gleichen Bahnhofs, der eine etwa 600 Mann starke Belegschaft hat. Trotzdem der Wanderredner Deter und eine kommunistische Reichstagsabgeordnete als Referenten angekündigt waren, erschien zur Vormittagsversammlung überhaupt kein Mensch und zu der am Nachmittag eine einzige Person. Die Flugblattverteiler warteten vergeblich darauf, ihre Pamphlete an den Mann zu bringen.

Antwort der BVG.-Arbeiter.

Gestern früh hat die „Rote Fahne" die Belegschaft der BVG. aufgefordert, sich ein Beispiel an den Kommunisten bei Opel zu nehmen. Sie hat sehr schnell die Antwort erhalten.

Der kommunistische Arbeiterrat Freier hatte für Donnerstag nachmittag 4 Uhr eine Betriebsversammlung für die **Betriebswerkstätte der Nordsüdbahn** in den Saal von Steinacker, Seestraße, einberufen. Die Belegschaft der Betriebswerkstätte war vollzählig zur Stelle und füllte den Saal bis auf den letzten Platz. Wer aber nicht erschienen war, das war der Herr Freier, der die Vorsicht als den besseren Teil der Tapferkeit erwählt hat.

Ein Moskaujünger eröffnete mit Verspätung die Versammlung und gab bekannt, daß die Tagesordnung Bericht über die bevorstehenden Entlassungen bei der BVG. und „Wahl eines Kampfausschusses" vorsehe. Unser Genosse Rettschlag beantragte, daß die Leitung der Versammlung der freigewerkschaftliche Obmann Grauner übernehmen solle. Da der Kommunist sich weigerte, über diesen Antrag abstimmen zu lassen, und Anstalten machte, um in der Tagesordnung fortzufahren, wurde er durch stürmische Protestrufe daran gehindert und immer wieder aufgefordert, über den Antrag abstimmen zu lassen.

Dann übernahm ein anderer Kommunist die Leitung der Versammlung und ließ endlich über den Antrag abstimmen. **Mit neun Zehntel Mehrheit beschloß die Versammlung, daß Genosse Grauner die Leitung übernehmen soll.** Dies geschah dann sofort und der KPD.-Held mußte mit fünf Mann seines Anhanges von dannen ziehen. Einige mutige KPD.-Helden hatten sich schon vorher verkrümelt.

Genosse Karl Dressel erhielt nun das Wort zu einem Vortrage über „Wirtschaftskrise und Betriebsrätewahl". In einstündigen Ausführungen nahm der Referent eine gründliche Abstrafung der KPD.-Hasardeure vor und zeigte an Hand von Tatsachenmaterial **das jämmerliche Versagen der KPD.-Arbeiterräte auf.** Herr Freier hat seine Kampfresolutionen, die mit bombastischem Getöse in den Versammlungen der vorigen Woche angenommen waren, noch im Schubfache seines Tisches am Leipziger Platz liegen und ist viel zu feige, sie der Direktion zu übermitteln.

Genosse Dressel legte dann den Versammelten die schwierige Finanzlage der Stadt Berlin dar, die durch die Politik eines Herrn Schacht herbeigeführt worden sei. Der Referent forderte unter stürmischem Beifall die Versammelten auf, **mit den Arbeiterversplitterern reinen Tisch zu machen** und für den restlosen Sieg der freigewerkschaftlichen Liste Sorge zu tragen. Die in bester Kampfesstimmung verlaufene Versammlung nahm dann folgende Entschließung an:

„Die im Lokal von Steinacker tagende Betriebsversammlung der Nordsüdbahn bedauert den unseligen Beschluß des Arbeiterrats, der in seiner Unverantwortlichkeit bei der herrschenden Arbeitslosigkeit weitere Kollegen auf das Straßenpflaster bringt.

Die Betriebsversammlung lehnt diese Art der Arbeitervertretung mit Entrüstung ab und wird mit aller Kraft darauf hinarbeiten, zur kommenden Betriebsratswahl eine andere Arbeitervertretung zu schaffen."

Wiederum ein Beispiel dafür, daß, wo unsere Genossen auf dem Posten sind und gehörig zugreifen, die kommunistische Mache verpufft. Für die Drahtzieher der KPD. dreht es sich ja nicht darum, die Lage der Arbeiter und Angestellten zu verbessern, sondern darum, **die Arbeitnehmerschaft in sinn- und nutzlose Putschaktionen hineinzuziehen, um nach Moskau über die Fortschritte der „Weltrevolution" berichten zu können.**

Streik der Kraftdroschkenfahrer.

Verhandlungen scheiterten am Verhalten der Unternehmer.

Auf Vermittlung des Schlichters von Groß-Berlin verhandelten im Konflikt der Kraftdroschkenfahrer die Vertreter des Gesamt-Verbandes gestern erneut mit den Unternehmern. Die Vertreter der Kraftdroschkenfahrer erklärten nochmals, daß auf der Grundlage des gefällten Schiedsspruches eine Einigung unmöglich ist. Darauf regte der Schlichter die Einsetzung eines Schiedsgerichts an, dessen Spruch für beide Teile bindend wäre. Diesen Vorschlag lehnte die Unternehmerkommission nach Fühlungnahme mit ihrer gestern abend ebenfalls tagenden Mitgliederversammlung ab. Damit waren nach fünfstündiger Dauer die Verhandlungen gescheitert.

Zu diesem Ergebnis, über das Genosse Bergmann berichtete, nahm gestern abend eine überfüllte Versammlung der im Gesamtverband organisierten Kraftdroschkenfahrer Stellung. Ohne jede Diskussion wurde beschlossen, angesichts des halsstarrigen Verhaltens der Unternehmer **ab heute in den Streik zu treten.**

Die Verantwortung für diese Zuspitzung der Situation tragen allein die Unternehmer. Festgestellt sei, daß es den zwei Vertretern der sogenannten Opposition vorbehalten blieb, gegen die Proklamation des Streiks zu stimmen.

Abgelehntes Angebot bei Ludwig Loewe & Co.

Die Firma Ludwig Loewe u. Co. A.-G., die Ende 1929 ihre Verschmelzung mit der „Gesfürel" (Gesellschaft für elektrische Unternehmungen) vornahm, hat anscheinend den Ehrgeiz, die unrühmlichen reaktionären Zeiten eines Justizrats Waldschmidt wieder aufleben zu lassen. Trotzdem die Firmen des neuen

100-Millionen-Elektrotrusts,

insbesondere die Firma Ludwig Loewe u. Co., Dividenden zahlten, die gewiß nicht als bescheiden anzusprechen sind, versucht man wiederum die Nachteile einer Konjunkturschwankung zur Wahrung des Unternehmerprofits restlos auf die Arbeitnehmer abzuwälzen unter

bewußter Nichtachtung aller Sozialschutzgesetze.

In einer überfüllten Betriebsversammlung am 12. Februar mußte der Angestelltenrat mitteilen, daß die Firma den Angestellten folgendes Angebot zu unterbreiten wagte:

Ab 15. Februar d. J. Verkürzung der Arbeitszeit auf fünf Tage in der Woche mit entsprechender Kürzung der Bezüge ab 1. März 1930. Wenn berücksichtigt wird, daß ein erheblicher Teil der 640 Angestellten bereits Anspruch auf die Rechte des Kündigungsschutzgesetzes für ältere Angestellte besitzt, also eine Aenderung der Einzelarbeitsverträge erst ab 1. Oktober in solchen Fällen eintreten könnte, muß diese Maßnahme der Firmenleitung nicht nur als eine Verhöhnung der Angestelltenschaft, sondern als eine bewußte Provokation für die deutsche Sozialgesetzgebung angesehen werden.

Diese Auffassung wird noch bestärkt, wenn man sich vor Augen hält, daß die Firma sich nicht scheute, nach dem bekannten Grundsatz:

„Zuckerbrot oder Peitsche"

zu drohen, wenn die Angestellten dieses Angebot nicht annehmen, man zu Massenentlassungen, insbesondere der älteren Angestellten, übergehen würde.

Die Angestellten haben die einzig richtige Antwort in der Betriebsversammlung gegeben, nämlich eine einstimmige Ablehnung dieser Zumutung, und es wird Aufgabe aller Behörden und des Arbeitsgerichtes sein, falls die Firma Ludwig Loewe u. Co. ihre Drohungen verwirklichen sollte, die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen.

Das Tabaksteuergesetz.

Forderungen der Angestellten der Zigarettenindustrie.

Die letzte Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten der Berliner Zigarettenindustrie beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Kündigung des Gehaltstarifes, der am 1. April d. J. abgeschlossen worden ist. Nach längerer Aussprache wurde einstimmig beschlossen, den Vertrag zum 31. März zu kündigen und neben einer zwanzigprozentigen Gehaltserhöhung einen weiteren Ausbau der Gehaltsgruppen und -stufen zu fordern.

Zuvor hatte Genosse Rogon vom Hauptvorstand des Zentralverbandes der Angestellten die Verordnung zur Unterstützung von Angestellten und Arbeitern des Tabakgewerbes erläutert, die auf Grund des Artikels VIII des Gesetzes zur Aenderung des Tabaksteuergesetzes vom 22. Dezember 1929 erlassen worden ist.

Danach erhalten alle Angestellten und Arbeiter, die mit der Herstellung von Zigaretten, Rauchtabak usw. oder mit damit zusammenhängenden kaufmännischen Arbeiten bis Ende 1929 beschäftigt gewesen sind und infolge der Tabaksteuererhöhung erwerbslos werden, für längstens 156 Arbeitstage, aber nicht über den 30. September 1931 hinaus eine Unterstützung bis zu 75 Proz. des entgangenen Arbeitsverdienstes. Entsprechende Anträge müssen an die zuständige Zollstelle gerichtet werden, gegen deren Vorentscheid oder Ablehnung des Antrages Beschwerde beim Präsidenten des Landesfinanzamtes zulässig ist. In der Beschwerde kann eine Gewerkschaft bezeichnet werden, der der Präsident des Landesfinanzamtes, wenn er die Beschwerde für unbegründet erachtet, vor der endgültigen Entscheidung Gelegenheit zur Aeußerung geben muß.

Diese Bestimmung sowie einige andere Verbesserungen des ursprünglichen Entwurfs der Verordnung sind erst auf das Betreiben der Gewerkschaften aufgenommen worden. Die Gewerkschaften konnten mit Ausnahme des Antrages, der auch die Einbeziehung der Handelsangestellten in die Verordnung verlangte, alle ihre Wünsche fast restlos durchsetzen und somit erreichen, daß den größten Härten, die sich aus der Tabaksteuererhöhung zweifellos ergeben hätten, vorgebeugt worden ist. Dieser Erfolg der Gewerkschaften wurde auch von allen Versammelten rückhaltlos anerkannt.

Die mißglückte Aktion bei Opel.

Wie der Betriebsrat und Belegschaft urteilen.

Rüsselsheim, 13. Februar.

Der Betriebsrat der Opelwerke ist Donnerstag in aller Frühe zusammengetreten, um zu den Vorgängen am Mittwoch Stellung zu nehmen. Das Vorgehen der Kommunisten, das zu den Ausschreitungen führte, wurde **aufs schärfste verurteilt.**

In Verhandlungen des Betriebsrats mit der Werksleitung sollen die strittigen Fragen näher untersucht werden. Vor allem will man die Forderungen in der Lohnfrage auf ihre Stichhaltigkeit prüfen und nötigenfalls die in der gegenwärtigen Regelung der Löhne liegenden Härten beseitigen. Eine größere Gruppe der an den Auftritten beteiligten Arbeiter ist Donnerstag nicht zur Arbeit erschienen. Im übrigen ist der Betrieb Donnerstag früh, wie gemeldet, im normalen Umfang wieder aufgenommen worden.

Aufruf der Vertrauensmänner.

In einer Vertrauensmännerversammlung am Donnerstag wurde folgender Aufruf erlassen:

Die Vertrauensmännersitzung steht voll und ganz hinter den Gewerkschaften, sowie dem gewerkschaftlich organisierten Betriebsrat.

Sie lehnt die von unverantwortlichen kommunistischen Elementen heraufbeschworenen Umtriebe mit aller Entschiedenheit ab und billigt die Stellungnahme des freigewerkschaftlichen Betriebsrates.

Der bisherige Betriebsrat der Opelwerke bestand aus 24 Mitgliedern, darunter 7 Kommunisten, 15 Sozialdemokraten und 2 christlichen Gewerkschaftlern. Vier kommunistische Betriebsratsmitglieder sind ausgeschieden, so daß sich jetzt der Betriebsrat aus 19 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten und 2 christlichen Gewerkschaftlern zusammensetzt.

Die Entlassung der Angehörigen des Betriebsrates, die den Anlaß zu den ganzen Vorgängen gab, erfolgte wegen Verstoßes gegen das Betriebsrätegesetz, insbesondere gegen die Arbeitsordnung und Tarifbestimmungen, weiter wegen Hausfriedensbruchs und Aufreizung.

„Brot oder Arbeit!"

Arbeitslosendemonstrationen in Madrid.

Madrid, 13. Februar.

Zu schweren Arbeitslosenunruhen kam es Donnerstag vor dem Rathause und in den Straßen der Außenstadt. Gegen 1000 Arbeitslose zogen vor das Rathaus und gaben ihren Unwillen durch Schimpfworte gegen den Bürgermeister und die Regierung Ausdruck.

Der Bürgermeister versprach ihnen Arbeit, indem er erklärte, die während der Diktatur begonnenen und bald wieder eingestellten Arbeiten würden wieder aufgenommen werden.

Die Arbeitslosen gaben sich mit diesen Versprechungen nicht zufrieden und riefen „Brot oder Arbeit" dem Bürgermeister entgegen. Mehrere Trupps wollten hierauf vor den Königspalast ziehen. Die Polizei, die inzwischen unterrichtet worden war, holte Verstärkungen herbei und schnitt den Demonstranten die Zugangsstraßen zum Palast ab.

Es kam zu schweren Zusammenstößen, wobei mehrere Polizisten und Arbeitslose verletzt wurden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Inzwischen hatten andere Arbeitslose Läden der Außenstadt geplündert. In der Stadt herrscht große Aufregung. Viele Geschäfte haben ihre Läden geschlossen.

Demonstration ungarischer Arbeitslosen.

Budapest, 13. Februar.

Wie aus Szeged gemeldet wird, haben dort Donnerstag vormittag 600 Arbeitslose eine Versammlung abgehalten, nach deren Beendigung ungefähr 300 Teilnehmer einen Demonstrationszug zum Rathaus veranstalteten. Polizei griff ein und zerstreute die Ansammlung.

SPD.-Metallarbeiter! Montag, 17. Februar, 19 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17–18, Vollversammlung aller SPD.-Metallarbeiter. Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung. Neuwahl des Fraktionsvorstandes. Zahlreichen Besuch erwartet

Der Fraktionsvorstand.

Achtung, SPD.-Eisenbahner! Montag, 17. Februar, im Lokal Heinrich, Große Frankfurter Str. 30, nahe Schlesischer Bahnhof, Ecke Andreasstraße, Sitzung aller im Einheitsverband organisierten Parteigenossen. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden dienstfreien Genossen, unbedingt an dieser Sitzung zu erscheinen. Mitglieds- und Parteibuch legitimieren.

Der Werbeausschuß der SPD.-Eisenbahner.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Freitag, 19½ Uhr, sagen die Gruppen: **Nordring:** Jugendheim Schule Sannenburger Str. 20. Vortrag: „Das Arbeitslosengesetz in neuer Fassung". — **Herzauplatz:** Gruppenheim Sanderstr. 11, Ecke Lohmühlstraße. Vortrag: „Karl Marx, sein Leben und Wirken". — **Osten, Südwesten:** Gruppenheim Wasserkorstr. 9, vorn part. Vortrag: „Moderner Kapitalismus". — **Charlottenburg:** Jugendheim Spreestr. 30. Lichtbildervortrag: „Zeppelins Weltfahrt — in 21 Tagen um die Erde". — **Zeppelinplatz:** Jugendheim des Bezirksamts Wedding, Turner Ecke Seestraße (Eingang Turiner Straße). Tischtennisabend über „Buch und Bildet". — **Wedding:** Gruppenheim Schule Park-Ecke Wiesenstraße, Lichtbildervortrag: „Die FGJ. in Wort und Bild". — Am Sonntag, 16. Februar, um 20 Uhr, findet in der Aula des Lessing-Gymnasiums, Parkstr. 19, ein Musikabend statt. Vortrag: „Was bedeutet uns Musik?" von Professor Leo Kestenberg, unter Mitwirkung der bekannten Sängerin Ida Karth aus Wiesbaden. Karten sind noch in den Jugendzentralen zu haben. — Karten für die am 23. Februar stattfindende Jugendvorstellung „Amnestie" sind ausverkauft.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Ostsektor:** Jugendheim Paulsnerstr. 2. Berufskundliche Arbeitsgemeinschaft: „Abteilung Handel", Leiter Georg Heilbronn. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 13 (Gaststätte am Bahnhof Köpenick). Schallplattenvortrag: „Arbeiterdichtung". — **Südwest:** Jugendheim Yorckstr. 11 (2. Hof, Quergeb. I, Zimmer 5). Vortrag: „Was wird auf unseren Schulen gelehrt?" Referent Artur Tackom. — Ab 20 Uhr Berufskundliche Arbeitsgemeinschaft der Jugendbezirke Neukölln und Urban im Jugendheim Neukölln, Böhmische Str. 1–4.

Richard Hülsenbeck: Abenteuer in Dalny

An einem der ersten Abende nach meiner Rückkehr traf ich meinen Freund Seifert, einen vielgeschäftigen Mann, der die Eigentümlichkeit besaß, in den gewöhnlichsten und banalsten Zwiegesprächen des Alltags die Rede auf Weltanschauungsfragen zu bringen. Er war darin von einer Hartnäckigkeit, wie man es selten sieht, er redete, dozierte, klammerte sich an, bis man erschöpft unter seinem Verhör zusammenbrach. Das Ende eines solchen Wiedersehens bestand dann meistens darin, daß man die Empfehlung mit bekam, dem oder jenem Verein beizutreten.

Seit einiger Zeit predigte Seifert die Gewaltlosigkeit, er rechnete sich zu den Tolstoianern oder einer ähnlichen Sekte. Jede Art von Gewalt konnte nach diesen Theorien durch eine einfache menschliche Willensanstrengung aus dem Leben fortgeschafft werden. Konnte nicht nur, sondern mußte auch. Am Ende stand das Paradies der Gewaltlosigkeit, in dem Seifert einen hervorragenden Platz einzunehmen hoffte.

Ich widersprach heftig der Möglichkeit einer allgemeinen Gewaltlosigkeit. Um ein Beispiel dafür zu geben, daß man selbst im privaten Leben nicht immer ohne Gewalt auskommt, erzählte ich dem Propheten folgende Geschichte.

Dalny ist, wie Sie vielleicht wissen, die Hauptstadt der japanischen Mandschurei. Dalny ist fast eine westeuropäische Stadt, es gibt Straßenbahnen, ausgezeichnete Hotels, viele elegante Läden, Warenhäuser, Schwimmbäder, Poloplätze — was Sie wollen. Die Japaner sind im Gegensatz zu den Chinesen sehr ordentliche und reinliche Leute. Straßenreinigung, Polizei, Feuerwehr, Zollbetrieb, das alles funktioniert in Dalny nicht weniger gut als etwa in Hamburg oder in Antwerpen. Ich will Ihnen diese kurze Beschreibung nur geben, damit Sie nicht glauben, es handele sich hier um jenen Orient, unter dem sich der Durchschnittsmensch ja noch immer eine Mischung aus Zigeunerlager und zoologischem Garten vorzustellen liebt.

Ich werde Ihnen sagen, was man unter einem Beachkomber versteht. Auf deutsch heißt dieses englische Wort Strandläufer. Ein Europäer, der im Fernen Osten ohne Geld und Beruf ist, sinkt in seiner Lebenshaltung bald unter den Kuli hinab. Es ist natürlich, daß der Strand und der Hafen diese Unglücklichen anziehen. Sehr viele von ihnen sind frühere Matrosen, sie suchen in der allgemeinen Geschäftigkeit eine Aufgabe, sie betteln von Kapitän zu Kapitän um einen Job, eine Anstellung. In den großen Laderäumen und Warenhallen findet sich Gelegenheit zu kleinen Diebstählen. Da gibts Mehl, Fleisch und Bohnen, man kann mit den Lagerhaltern und Schiffsoffizieren ins Gespräch kommen, vielleicht naht sich auch eine Lady, der der Reisekoffer zu schwer wird oder eine Autodroschke, deren Tür man für fünf Cents aufreißen kann. Nachts wird der Geschickte hier eine Schlafstelle finden, zwischen den Säcken gibts weiche Unterlagen für müde und alkoholumduselte Köpfe. Der Strand und der Hafen, von denen der Beachkomber seinen Namen herleitet, bieten unter tausend Möglichkeiten die sichere eine: sich vorzustellen, daß am anderen Ende des großen Wassers die Heimat liegt. Hier wachsen Sehnsucht und Durst, hier kann man auf einem Rammpfosten an der Pier Stunden mit geschenkten und erschnorrten Zigaretten verträumen und vergessen, daß man ein heruntergekommenes verdrecktes Schwein ist. Ja, so ein weißgestärktes Stewardjäckchen oder wenigstens der blaue Arbeitsanzug eines Trimmers. Da kann man sich über dem Rauch einer Zigarette so gut hineindenken, als ob man schon drin säße und das Elbefeuerschiff gerade in Sicht käme.

Schlimm wirds nur, wenn man durch irgendeinen Zufall die Aufmerksamkeit der Hafenpolizei erregt hat. Wenn man im Hafen keine ruhige Minute mehr hat, weil man fürchten muß, jeden Augenblick Hopps zu gehen. Nee, das ist nichts. Kein Job, keine Zigaretten, keine geklauten Lebensmittel, kein Nachtlager. Tagaus, tagein rennt man die grauen Straßen entlang, Hut im Genick, Hände forsch in den Taschen, aber ohne das bißchen Mut, das eigentlich zum Leben notwendig ist. Die Japanerinnen in Dalny haben Augen wie die Lüchse, sie sehen genau, ob man ein Loch in der Hose hat oder nicht. Ich möchte Ihnen nicht zumuten, den Blick eines Orientalen zu ertragen, der besagt: „Du bist ja ein heruntergekommener Weißer . . . Angehöriger einer Rasse, die sich hier lange genug als Herrn aufgespielt hat. . . .“

In einer solchen Lage werden viele Beachkomber zu Verbrechern, sie geben ihrer Verzweiflung einen Ausdruck, der mit dem Gesetzbuch zusammenstößt. Aber nun will ich Ihnen endlich erzählen, was mir in Dalny passiert ist. Ich sitze also friedlich am Fenster meines Zimmers im Yamato-Hotel und überlege mir, wie man ohne große Anstrengung — die Seefahrt hatte mich ziemlich erschöpft — den Abend verbringen könne. Ich glaube, mein Zimmer lag im dritten Stock. Ich entsinne mich des Augenblicks genau, ich dachte, wie Dalny wohl unter der Russenherrschaft ausgesehen haben möge. Da wurde die Zimmertür aufgerissen, ein Mensch stürzte herein, auf mich zu, schrie: „Retten Sie mich vor der Polizei!“ In deutscher Sprache sagte er das. Ohne weiter nachzudenken, schob ich ihn in den kleinen Baderaum und schloß hinter ihm ab. Ich hörte Schritte und Sprechen im Korridor. Das Sprechen wurde heftig, man rannte hin und her, dann trat energischen Schrittes ein Mann in mein Zimmer. Hinter ihm sah ich die Köpfe des Hotelpersonals. Auf diesen Augenblick war ich vorbereitet. „Nein, ich habe niemanden gesehen . . .“ Ich sprach mit der Ueberheblichkeit des weißen Fremden, die mir sonst widerlich ist, aber in diesem Fall notwendig war. Die Japaner reagieren hierauf doch noch sehr, obwohl sie mindestens so zivilisiert zu sein glauben wie die Europäer. Der japanische Polizist zog sich mit einer verlegenen Verbeugung zurück.

Dieser Beachkomber, ein Deutscher, namens Jensen, erzählte mir sein Schicksal ohne Umschweife. Als ich ihm eine Zigarette und ein Glas Tee anbot, redete er flott und ohne Scham. Bei ihm war die Entwicklung ungefähr so verlaufen, wie ich sie oben als allgemein gültig geschildert habe. Die Polizei hatte ihn vom Hafen, seiner Heimat und seinem Geschäftsbereich gejagt. Er begann das Pflaster der Straßen zu treten, und da es für einen Weißen moralisch und praktisch unmöglich ist, Orientalen anzubetteln, stand er eines Tages vor der Entscheidung zu verhungern oder . . . Er ergriff das Letzte, machte einen Raubüberfall auf einen gutgekleideten Russen. Daß er die Tat im Hungerdelirium tat, geht schon daraus hervor: es war heller Tag, Spätnachmittag im September.

Jensen schien ein sympathischer Mensch zu sein, ich fragte nicht nach seiner Herkunft. Seine Augen, unruhig, flackernde Lichter, fielen mir auf. Er sah sich mit einer schwer begreiflichen Gier im Zimmer um. Alle diese für uns selbstverständlichen, für Jensen aber seltenen und glänzenden Sachen zeugten von einem beruhigten Leben. „Wer hier im Yamato-Hotel wohnt, hat es nicht nötig, jemanden zu überfallen“, sagten die Augen. Als Jensen einmal, in einem unbewachten Moment, meine silberne Zigarettendose aufgriff, offenbar im Zweifel, ob er sie in seiner Jaketttasche verschwinden lassen sollte, begriff ich, daß ich ihn umsonst gerettet hatte. Er würde in den nächsten Tagen ein anderes Verbrechen begehen. Langsam verstand ich die Sprache der Augen und das Mienenspiel um den dünnlippigen Mund. Ein geringer Anlaß würde genügen, Jensen zu neuer Gewalttat hinzureißen. Seine Begriffe waren verwirrt, der Hunger und das lange Elend hatten ihn zu lange zwischen ihrer Zange gehabt.

Mit größter Mühe und in ziemlich phantastischer Verkleidung brachte ich den Mann aus dem Hotel. Wir trafen uns in einer Seitenstraße, die von der Hotelanlage schräg und einsam dem Hafen zustrebt. Es war jetzt ganz dunkel, ich kannte die Gegend nicht, entsann mich aber, daß man hier in das Chinesenviertel kam. Ein Gefühl der Unbehaglichkeit stellte sich bei mir ein, von dem ich mir keine rechte Vorstellung machen konnte. Es wäre zu langatmig, wenn ich Ihnen schildern wollte, wie ich bald zu der Gewißheit kam: Jensen wartete nur auf den Moment, um über mich herfallen zu können.

Anfangs machte er einen Versuch, mir zu danken. Es würde schon wieder werden. Man dürfe nicht allen Mut sinken lassen. Er betonte, wir seien beide Deutsche und versuchte, sich aus dieser Tatsache eine Erklärung für meine Hilfsbereitschaft herzuleiten. Aber bald — je weiter die Straße sich vom Hotel entfernte und je dunkler es wurde — verhaspelten sich Jensens Worte, er stotterte, fing wieder an, schwieg plötzlich. Ich merkte, wie in ihm der Entschluß zur Tat aufstieg. Vor einigen Minuten wußte er noch ebenso wenig wie ich, daß dieser Seitenweg ja eine ausgezeichnete Gelegenheit war, einen Mann zu überfallen. Die Umstände am Nachmittag waren sehr ungünstig gewesen, die Niederlage eignete sich, Erfahrungen zu verwerten.

Jensen hegte sicher die Ueberzeugung, ich sei bis zur Dummheit gutmütig; er ahnte außerdem, daß ich im Besitz größerer Geldmittel war. Ich dagegen sah, wie der neue Entschluß in ihm wuchs, ich hätte die Minuten bis zur Ausführung abzählen können. Zwischen ihm und mir bestand eine elektrische Verbindung. Hilfe gab's nicht. Weit und breit kein Mensch. Da griff ich zur vorbeugenden Gewalt, ich holte aus und schlug dem Mann an die rechte Schläfe, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Sie werden vielleicht sagen, ich hätte vorher mit ihm reden müssen, aber in diesem Augenblick gab es nur eine Möglichkeit für die Tat.

„Und wie endete das?“ fragte Seifert mißgelaunt.

„Ich weiß es nicht. . . Am folgenden Tag las ich von Jensens Verhaftung in den Zeitungen. Eine Polizeipatrouille hatte ihn gefunden.“

„Darüber müssen wir noch mal diskutieren“, sagte Seifert, nahm seinen Hut und ging ohne weiteren Gruß.

Paul F. Schmidt: „Gezeichnet oder geknipst“

Zum Problem des Bildnisses

In den schönen Ausstellungsräumen des Reckendorf-Hauses (Hedemannstraße) hat Westheim mit Witz und Fleiß eine sehr nachdenkliche Parallelschau zusammengebracht. Er hängte Photos und Kunstwerke nebeneinander, die jeweils die gleiche Person darstellen. Der Betrachter wird damit aufgefordert, mechanische und künstlerische Produktion des Menschengesichtes gegeneinander abzuwägen. Das Interesse erhöht sich lebhaft durch die Auswahl der Dargestellten, auf deren Persönlichkeitswert der Nachdruck fällt. Man sieht Dichter wie Däubler, Hasenclever, Sternheim, Max Herrmann, Annette Kolb, Schauspielerinnen wie Massary und Orska; man erkennt Klemperer und Staatssekretär Schulz, Wilhelm Bode, den Schachmeister Lasker, den Architekten van de Velde, die geliebten Charakterköpfe Karl Valentins, des Münchener Komikers, und Ringelnatz, die ehrwürdigen Schiefler, Hans Thoma, Rohlfs, Schames, die Museumsleiter Justi und Walter Cohen, Nell Walden, Lücken und eine Menge Künstler, die sich selbst porträtiert haben. Material ist die Hülle und Fülle da, und man möchte so gerne der Kunst ihren Vorrang bescheinigen. Denn das scheint dem Kenner von vornherein ausgemacht (und sollte es nicht auch die untergründige Idee dieser Gegenüberstellung gewesen sein?), daß gegen die gestaltenschaffende Phantasie des Künstlers die Photographie nicht aufkommen kann. Wer über das Problem „Porträt und Aehnlichkeit“ einmal nachgedacht hat, muß mit dem Vorurteil in die Ausstellung kommen: Charaktere darstellen kann nur der Künstler; der Photograph erhascht bestenfalls einen äußerst gelungenen Moment, ein tausendstel Ausschnitt aus dem Komplex „Persönlichkeit“.

Allein die Sache hat einen Haken. Zunächst einmal sind zuungunsten der Künstler keine Gemälde, sondern nur Graphik, Zeichnung und ein bißchen Aquarell, wenige Skulpturen zugelassen. Man muß sagen, daß vor allem die vorherrschende Graphik, Holzschnitte, Litho und Radierung, neben den töne- und tiefereichen Photos flach erscheint; unglaubwürdig, aber unbestreitbar. Hier liegt eine Kontrasterscheinung vor, die die Kunst benachteiligt. Wahrscheinlich wird der Dirigent selber über diesen Effekt erstaunt gewesen sein, der so gar nicht unserer Vorstellung von der absoluten Wirkung der Kunst entspricht. Die Sache liegt augenscheinlich so: während der Photograph eine möglichst umfangreiche und sachliche Sammlung von Naturmerkmalen erstrebt und damit ein Bild des Menschen von tatsächlicher Geschlossenheit, Plastizität, Raumfülle durch Licht und Schattengebung erreicht, denkt der Künstler an einseitigere, künstlerisch natürlich hochwertige Dinge, an Massenverteilung, graphische Wirksamkeit, Flächenwerte, zuletzt auch an den Dargestellten; und selbst wenn er zuerst an ihn gedacht hat, wie zum Beispiel Edvard Munch, so überwiegt doch die künstlerische Handschrift den Wirklichkeitswert des Dargestellten, und soll sie auch übertreffen. Wo das nicht der Fall ist, wo der schwächere Geist nichts als „Naturähnlichkeit“ erstrebte, muß die Zeichnung erst recht gegenüber dem Photo unterliegen; denn, wenn schon „Aehnlichkeit“, so kann das natürlich der heutige große Photograph unvergleichlich besser abpassen, und die mühsame Naturabschrift des Zeichners wirkt matt und erzwungen neben den prachtvollen Schwärzen des Kamerabildes.

Das ist die zweite Ungerechtigkeit dieser Kombination: daß sehr viele gleichwertige, technisch und geistig gediegene große Aufnahmen unserer besten Photographen auf der einen Wagschale liegen, auf der anderen ein wahres Chaos höchst ungleichwertiger Dinge, von simpler Handarbeit bis zu den Höhen der besten Munch und Kirchner. Das Bild ist verwirrend, und die Wagschale muß sich notwendigerweise zu der geschlossenen Qualitätsreihe der Photographen neigen.

Das Dritte ist die in gleichem Sinne wirkende Differenziertheit der Situation bei den Künstlern, die Anpassung des Ausschnitts bei den Photographen. Jeder Künstler „sieht“ anders, es herrscht da eine herrliche Unbekümmertheit um die portraitmäßige Wirkung, bald ist's der Kopf, bald der Mensch, bald die Seiten-, bald die Unteransicht, bald mehr die Hand oder der schöne Vollbart, bald das bedeutende Auge, ein andermal die phänomenale Brille, die in die erste Parkettreihe des Künstlertheaters rückt: kurz, jedes Blatt ist von einer völlig anderen Hummelsrichtung anschaulichen Interesses aus konzipiert, jeder Maler erwischt an jedem Opfer einen ganz anderen Zipfel als am nächsten und als der Nächste an allen anderen. Wieder ein Getümmel ohne Direktive: die aber besitzt die äußerst kluge, geschulte und kultivierte Photographie in Fülle. Man hat sich natürlich nicht verabredet, aber man kennt ungefähr gleichmäßig die Grenzen und Möglichkeiten des edlen Handwerks und weiß damit die charaktervollen Seiten des Objekts aufs angelegentlichste und geistreichste herauszuheben. Keineswegs sind es etwa alles Aufnahmen bloß der Köpfe oder von vorn oder im Profil; aber der Wechsel in der Situation marschiert jederzeit fest begründet und gibt den schönsten Beweis von einer darstellerischen Disziplin, der das glückt, was bei den Künstlern gerade mangelt: Harmonie und Geschlossenheit der portraithaften Wirkung an sich.

Der Schalk sitzt dieser Veranstaltung im Nacken. Wir gingen im Glauben dorthin, unsere Meinung von der restlosen Ueberlegenheit der Porträtkunst über die Photographie bestätigt zu finden, und was erleben wir? Einen Sieg der Photographie auf der ganzen Linie. Zwar gibt es tatsächlich eine Reihe großer Kunstwerke: E. L. Kirchner, Munch, Belling (der einzige Bildhauer von Gewicht), Kokoschka, auch Dix und Schlichter mit Vorbehalt zeigen sich der spezifischen Aufgabe des Porträts gewachsen. Ihre Blätter (und Bronzen) gaben das Niveau an, das man so gerne auf seiten der Künstler durchgehalten gesehen hätte.

Aber der Schalk dieser Ausstellung hat uns über die tiefe prinzipielle Differenz getäuscht, die ihr zugrunde liegen sollte. Man kann verschiedene Wesensarten nur auf Grund eines gleichen Qualitätsniveaus vergleichen. Zieht man die glänzendsten Photographien heran, die es wohl verdienen, klassisch genannt zu werden — ich denke z. B. an die herrlichen Köpfe von Thoma, Kokoschka, Slevogt, Corinth, der Massary, Valentins —, so wäre es billig, auch nur Meisterwerke der Porträtkunst auszugeben und dabei auch der Malerei zu gedenken. Vielleicht würde das Resultat dann anders ausgefallen sein.

Man kann die Frage nicht mit einem so beiläufigen und geistreichen Aperçu lösen. Es sind zu viele Unwägbarkeiten dabei, allzu viel Zufälle beim Aufnehmenden wie beim Aufgenommenen, allzu viel technische Komplikationen, die es verbieten, sich zu entscheiden: ob Photographie, ob Porträtkunst. Der Photograph kann sich im speziellen Falle ebenso verhauen wie der beste Künstler. Die Frage ist nicht so zu stellen: Kamera oder Palette; sie ist im Grunde eine Vertrauensfrage, eine Sache kulturellen Geschmacks, vom Besteller betrachtet; eine Frage des speziellen Gelingens, vom Kritiker aus gesehen.

Was die Westheimsche Ausstellung lehrt, ist eine recht banale Erkenntnis: es gibt gute und schlechte Photos; es gibt gute und schlechte Künstlerporträts. So weit sind wir aber schon in dem edlen Handwerk der Photographie gekommen, daß wir diese beiden Möglichkeiten, die sich theoretisch ausschließen, gleichmäßig in Betracht zu ziehen haben.

Anders steht es auf den Nachbargebieten: niemals wird Film oder der Tonfilm das Theater verdrängen; die menschliche Leistung des Schauspielers, momentan empfangen, kann nie und nimmer von der mechanischen Reproduktion ersetzt werden, der die notwendige Einheit von Ton und Raum aus ihrem Prinzip heraus fehlt. Die bildende Kunst steht in einem schwierigeren Kampfe. Die Photographie hat ihr tatsächlich bereits ein gehöriges Stück ihres Prestiges und ihrer Möglichkeiten genommen; sie steht, wie diese Schau demonstriert, so gut wie ebenbürtig neben jener da. Vielleicht ist das aber auch nur eine perspektivische Täuschung. Vielleicht behält doch auch hier die prinzipielle Erwägung recht — die aus der Erfahrung von mehreren Jahrtausenden Kunstgeschichte stammt —, daß einen Menschen als vollendeten, einmaligen Charakter darzustellen ausschließlich Sache des großen Künstlers sei. Man muß nur nicht das laute Kamerabild zum Vergleich neben das Kunstwerk stellen; man stellt ja auch nicht eine Landschaft von Cézanne neben ihr provençalisches Urbild. Die leiseren Wirkungen des Kunstwerks sind auf die Dauer die nachdrücklicheren, sie überzeugen auch gegen den ersten Augenschein der Natur. Ein Kunstwerk kann und will nicht mit der Natur konkurrieren, sondern nur mit seinesgleichen. Ein Porträt zu beurteilen, ist im Grunde nur die Nachwelt fähig, die den Lebenden nicht mehr kennt, ihr Urteil aber aus den Ueberredungskräften des Werkes schöpft, das seine eigenen Gesetze besitzt, sehr verschieden von denen der Wirklichkeit — denen die Photographie gehorchen muß.

Erste deutsche Nur-Auto-Straße Köln—Bonn. Die Straße kostet 11 Millionen Mark, wovon 5 Millionen für die Straßendecke entfallen. 1,5 Millionen für den Erwerb der nötigen etwa 65 Hektar. Die Anlage wird Mitte 1931 dem Verkehr übergeben werden. Für die Benutzung wird eine Gebühr erhoben, deren Betrag — etwa 2 Mark — noch nicht feststeht.

Das Mikroskop wurde schon um das Jahr 1590 von zwei Brillenschleifern erfunden; 1772 wurde es in England patentiert. Aber erst Frauenhofer, Hartnack und besonders Zeiß verschafften ihm seine augenblickliche Bedeutung.

Heute zu Tietz:
billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf soweit Vorrat — Mengenabgabe vorbehalten
Eier und Gänse bleiben vom Versand ausgeschlossen!

EIER (vom Versand ausgeschlossen) 10 Stück von **58** Pf. an

Gänse gefroren Pfd. von **70** Pf. an

Telephonische Bestellungen werden bereits ab 8[30] Uhr entgegengenommen!

KÄSE u. FETTE

Romadour 20% .... Stück 20 Pf.
Allg. Stangenkäse 20% .... Pfd. 42 Pf.
Dän. Schweizer 20% .... Pfd. 90 Pf.
Holländer 20% .... Pfd. 75 Pf.
Holländer 40% .... Pfd. 1,05
Edamer 20% Pfd. 75 Pf., 40% Pfd. 1,05
Steinbuscher vollfett .... Pfd. 95 Pf.
Allg. Stangenkäse 40% ... Pfd. 85 Pf.
Blockkäse Tilsiter Art, 20% .... Pfd. 75 Pf.
Tilsiter vollfett ...... Pfd. von 95 Pf. an
Bayr. Schweizer Pfd. von 1,48 an
Tafelbutter .... Pfd. 1,76, 1,84
Auslandsbutter .... Pfd. 1,88
Margarine .... Pfd. 50, 62 Pf.
Kokosfett .... Pfd. 50 Pf.
Bratenschmalz .... Pfd. 72 Pf.
Griebenschmalz .... Pfd. 82 Pf.

KOLONIALWAREN

Burma-Reis .... Pfd. 23 Pf.
Patna-Reis .... Pfd. 28 Pf.
Karolinen-Reis .... Pfd. 38 Pf.
Viktoriaerbsen Pfd. von 18 Pf. an
Linsen .... Pfd. 36 Pf.
Bohnen grau .... Pfd. 22 Pf.
Bohnen weiss .... Pfd. 28 Pf.
Kaliforn. Ringäpfel .. Pfd. 90 Pf.
Kaliforn. Birnen .... Pfd. 90 Pf.
Kaliforn. Aprikosen .. Pfd. 95 Pf.
Kaliforn. Pflaumen Pfd. von 48 Pf. an
Gebr. Gerste od. Rogg. Pfd. 23 Pf.
Kakao .... Pfd. 58 Pf.
Backobst ...... Pfd. von 58 Pf. an

Kaffee frisch gebrannt, eigene Rösterei ... Pfd. von **1,70** an

FRISCHES FLEISCH

Kalbshaxen .... Pfd. 74 Pf.
Kalbskamm ohne Beilage ...... Pfd. 86 Pf.
Schweinebauch ohne Beilage, Pfd. 1,18
Schweineschinken od. -blatt, Pfd. 1,24
Schweinekamm o. Schaft, ohn. Beil., ohne Schwart., Pfd. 1,28
Kalbsschnitzel .... Pfd. 2,20
Schweinekotelett ... Pfd. von 1,34 an
Kassler mild .... Pfd. von 1,28 an
Rückenfett bratfert., o. Schwart., Pfd. 98 Pf.
Suppenfleisch .... Pfd. von 74 Pf. an
Rinderkamm .... Pfd. 86 Pf.
Fehlrippe .... Pfd. 98 Pf.
Gulasch .... Pfd. 1,10
Schmorfleisch Keule, o. Knoch., Pfd. 1,26
Schabefleisch oder Hackepeter, Pfd. 1,30
Hammelvorderfleisch Pfd. v. 1,04 an
Talg ausgelassen .... Pfd. 50 Pf.
Rindernierentalg roh .... Pfd. 38 Pf.
Rinderzunge mit Schlund .... Pfd. 92 Pf.
Schweineköpfe mit Backe .... Pfd. 58 Pf.
Kalbsroulade .... Pfd. 1,58
Roastbeef ohne Knochen .... Pfd. 1,58

GEFRIERFLEISCH

Schmorfleisch ohne Knochen .... Pfd. 1,18
Gulasch ohne Knochen .... Pfd. 98 Pf.
Suppenfleisch .... Pfd. von 68 Pf. an
Rinderbacken o. Knochen, frisch, Pfd. 58 Pf.
Rinderlungen frisch .... Pfd. 50 Pf.
Rinderschwänze frisch .... Pfd. 88 Pf.
Rinderleber frisch .... Pfd. 1,16
Schweinenieren frisch .... Pfd. 1,16
Euter frisch .... Pfd. 28 Pf.
Hammelvorderfleisch .... Pfd. von 68 Pf. an
Hammelrücken .... Pfd. 78 Pf.

OBST UND GEMÜSE

Tafeläpfel .... 3 Pfd. 98 Pf.
Apfelsinen blond .... 4 Pfd. 78 Pf.
Mandarinen .... 3 Pfd. 78 Pf.
Bananen .... 2 Pfd. 85 Pf.
Musäpfel .... 3 Pfd. 38 Pf.
Kaliforn. Tafeläpfel ... Pfd. 45 Pf.
Datteln .... 3 Kartons 1,00
Zitronen .... Dutzend von 35 Pf. an
Kochbirnen .... 3 Pfd. 35 Pf.
Blutapfelsinen 3 Pfd. **78** Pf.
Weisskohl .... Pfd. 4 Pf.
Rot- oder Wirsingkohl Pfd. 10 Pf.
Möhren gewaschen .... Pfd. 5 Pf.
Kohlrüben .... Pfd. 5 Pf.
Sellerie .... Pfd. 10 Pf.
Rhabarber ..... Bund ca. 2 Pfd. 58 Pf.

FISCHE UND RÄUCHERWAREN

*Schellfisch im Ganzen .... Pfd. 20 Pf.
*Seelachs im Ganzen .... Pfd. 18 Pf.
*Kabeljau im Ganzen .... Pfd. 15, 20 Pf.
*Rotbars .... Pfd. 28 Pf.
*Kabeljaufilet .... Pfd. 38 Pf.
*Grüne Heringe .... 3 Pfd. 42 Pf.
*Zander gefroren .... Pfd. 60 Pf.
Sprottbücklinge .... Pfd. 32 Pf.
Makrelbücklinge .... Pfd. 28 Pf.
Schellfisch geräuchert .... Pfd. 35 Pf.
Seelachs geräuchert .... Pfd. 45 Pf.
Stückenflundern .... Pfd. 58 Pf.

* Nur Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Kottbuser Damm, Belle-Alliance-Strasse, Wilmersdorfer Strasse, Chausseestrasse

KONSERVEN

Kalif. Pilchards in Tomatensauce, Dose **78** Pf.
Span. Spratts in Oel, 3 Dosen **85** Pf.

	1/1 Dose
Kaiserschoten	1,65
Junge Erbsen sehr fein	1,45
Junge Erbsen	68 Pf.
Gemüseerbsen	58 Pf.
Gemischtes Gemüse fein	1,45
Leipziger Allerlei	88 Pf.
Konsum-Mischung aus getrock. Erbsen mit frischen Karotten	62 Pf.
Kohlrabi in Scheiben, grün	58 Pf.
Sellerie in Scheiben	1,00
Junge Brechbohnen	60 Pf.
Birnen halbe Frucht	1,25
Erdbeeren	1,65
Sauerkirschen ohne Stein	1,50
Süsskirschen ohne Stein	1,30
Kürbis	80 Pf.
Rote Rüben	60 Pf.
Kalifornische Pfirsiche 1/2 Frucht	1,45
Signapore-Ananas 12 Scheiben	1,10
Hawai-Ananas 8 Scheiben, 700 g	1,25
Spanische Aprikosen	1,20

Weißgahühner Ia .... Pfd. von 1,20 an
Hasen gestreift ...... Pfd. von 98 Pf. an
Hirsch- u. Wildschweinfleisch billigst!

WURSTWAREN

Rotwurst schlesische Art, Pfd. 98 Pf.
Landleberwurst ...... Pfd. 94 Pf.
Dampfwurst .... Pfd. 98 Pf.
Sülzwurst .... Pfd. 98 Pf.
Fetter Speck .... Pfd. 1,15
Speckwurst .... Pfd. 1,10
Hausmacherleberwurst Pfd. 1,10
Knoblauchwurst .... Pfd. 1,15
Fleischwurst .... Pfd. 1,15
Jagdwurst .... Pfd. 1,20
Mettwurst nach Braunschw. Art, Pfd. 1,35
ff. Leberwurst .... Pfd. 1,45
Hildesheimer Wurst .. Pfd. 1,45
Schinkenpolnische ... Pfd. 1,45
Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1,68
Schinkenspeck .... Pfd. 1,82

Dessertweine u. Spirituosen

Roter Tarragona oder Malvasier Fl. 1,00 10 Fl. 9,50
Griechischer Muskat Fl. 1,25 10 Fl. 12,00

In bekannt guten Qualitäten:
Roter süsser Johannisbeerwein, Stachelbeer-, Heidelbeerwein, „Cider", alkoh. Apfelwein, Flasche 75 Pf. 10 Fl. 7,00

Rheinpfälzer Weisswein, Spanischer Rotwein, Kirschwein, süsse volle Qualität — Ltr. 1,10, 5 Ltr. 5,25

Zur Bowle: 1928er Siefersheimer Fl. 78 Pf. 10 Fl. 7,50
Klein. Tischwein: 1928er Gaubickelheimer Berg Fl. 85 Pf. 10 Fl. 8,00

Unsere Spezialitäten: Ltr.
Deutscher Weinbrand, 40%, Jamaica Rum-Verschn., 40%, 4,80

Versuchen Sie unseren
Schloss Ayler Herrenberg 3,25, 10 Fl. 30,00
Auslese, wer. Trockenbeerenauslese Fl.
zuzüglich 1,00 Steuer

Preise ohne Flasche

Ausserdem:

WEISSE WOCHEN
Schlusstage: Freitag und Sonnabend

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeigen.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher

Hermann Wollmann

geb. 23. April 1860, am 11. Februar gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 15. Februar, 9½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Am 10. Februar starb unser Kollege, der Silberdrücker

Wilhelm Tschentscher

geb. 26. Februar 1863.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 15. Februar, 15 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Am 11. Februar starb ferner unser Kollege, der Arbeiter

Hugo Rüdrich

geb. 24. Juli 1864.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 15. Februar, 10 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Am 9. Februar entschlief nach langem, schwerem Leiden im 68. Lebensjahre unser lieber Kollege, der Pensionär

Gustav Bandholtz

Er war in seiner beinahe 25jährigen Tätigkeit bei unserer Kasse immer ein treuer, pflichteifriger Mitarbeiter und Freund, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Vorstand und Kollegenschaft der Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 15. Februar 1930, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße 37, statt.

Registraturen bei JUERGENS

Alexanderplatz
Neue Königstr. 43

Verkäufe

Webfehler-Teppiche.

Webfehler-Teppiche	2×3	18.—	Mark
" "	2×3	21.—	Mark
" "	2×3	28.—	Mark
" "	2½×3½	36.—	Mark
" "	2½×3½	42.—	Mark
" "	3×4	48.—	Mark
" "	3×4	52.—	Mark

Eberbach, Friedrichstraße 163, 1. Etage, Ecke Behrenstraße. „Vorwärts"-Leser 5 Prozent Rabatt.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Cutawayanzüge, Winterulster und Paletots, für jede Figur passend und in jeder Form fertig vorrätig; außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen, Gelegenheitskäufe in Herren- und Damenpelzen. Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 186, eine Treppe. Keine Lombardware!

Leihhaus Moritzplatz 58a. Verkauf von Kavaliers-Garderobe, teils auf Seide. Jackett-, Frack-, Smokinganzüge, Gabardinemäntel, Cutawayanzüge, für jede Figur passend. Extra-Angebote für neue Garderobe. Pelzjacken 50.—, Pelzmäntel 90.—, Sportpelze 85.—, Schoolas 100.—. Keine Lombardware!

Wenig getragene Jackettanzüge Spezialität blau, zweireihig, auf Seide 40.— Smokinganzüge, Cutawayanzüge, Ulstermäntel, Paletots, alles zu Spottpreisen. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204 (Ecke Rosenthaler Straße). Keine Lombardware.

Rosenthalerstraße 48, 1 Treppe. Nähe Hackescher Markt. Wenig getragene Kavaliersanzüge, Paletots, Smokings, Gelegenheitskäufe neuer Garderoben, alle Weiten, fabelhaft billig. Schembel.

Von Kavalieren wenig getragene, teils auf Seide, und neue Jackettanzüge, Smokinganzüge, Ebenholzanzüge, Frackanzüge, Ulster, Paletots, Cutawayanzüge, jede Figur passend, Herren- und Damenpelze, enorm billig. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2, Hallesches Tor.

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 186.

Möbel

Ausverkauf wegen Räumung, auch auf Kredit, wegen Abriß des Hauses, bedeutend herabgesetzte Preise. Möbel, komplette Einrichtungen sowie Ankleideschränke, Bettstellen, Ruhebetten, Küchen, Korbmöbel, Flurgarderoben, Tische, Stühle aller Art usw. Garderobe, Wäsche, Gardinen und Decken aller Art. Ablich u. Co., Kaiserstraße 6—7, Alexanderplatz. Lieferung nach auswärts.

Zahlungs-Erleichterung ohne Preisaufschlag. Schlafzimmer 350.—, Speisezimmer 450.—, Herrenzimmer 300.—, Ankleideschränke mit Spiegel 60.—, Küchen, Polstermöbel. Möbelhaus Stein, Weinbergsweg Nr. 34.

Möbel-Rametzing, Kastanienallee 56. Nußbaum-Büfetts, Kredenzen, Schreibtische, Salonmöbel. Riesenauswahl. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Auflegematratzen, Polsterauflagen 9.—, Dorotheenstraße 12, Boxfom, Schmiede L.

Chaiselongues, wie neu, 20 M. Dorotheenstraße 12.

Patentmatratzen „Heimliebe", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Ohne Anzahlung. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Polsterwaren, Einzelmöbel usw. zu enorm billigen Preisen mit langfristigen Ratenzahlungen. Fuchs u. Co., Annenstraße 35, eine Treppe, Ecke Chausseestraße.

Ohne Anzahlung bis 24 Monatsraten. Schlafzimmer, Küchen, Ankleideschränke, Metallbettstellen, Chaiselongues, Sofas, Federbetten. Antel, Große Frankfurter Straße 34 (Strausberger Platz).

Möbelkäufer merkt Kredit und der Möbelbezug, große Auswahl, kleine Preise! Beispielsweise:

Schlafzimmer 435.—, Speisezimmer 517.—, Herrenzimmer 389.—, Spiegelschränke 118.—, Dielengarnitur 88.—, Ankleideschränke 96.—, Metallbettstelle 66.—, Kleiderschränke 46.—, Chaiselongues 38.—, Metallbettstelle 18.—, Auflegematratze 13.—. Sonstige Möbel angemessene Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten. Kassarabatt bis zehn Prozent, auch auf Anzahlungen. Kleine auch ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Möbel-Zinn, Hauptgeschäft: Stralau, Schlesische Straße 107; 2. Geschäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft: Belle-Alliance-Straße 93, Untergrundbahn; 4. Spezialabteilung: Neukölln, Hermannplatz 4; 5. Geschäft: Kottbuser Straße 23, gegenüber Elitesäuser. Katalog franko.

Rehfeld, 22 Jahre Badstraße 34, Hausnummer achtzehn. Schlafzimmer, echt Eiche, 475.—, 390.—, 160 breit 675.—, echt Birke poliert mit Frisiertoilette, schwer gearbeitet, 180 breit, 795.—. Angebot nur kurze Zeit.

Rehfeld, 22 Jahre Badstraße 34, Hausnummer achtzehn. Ankleideschränke, Nußbaum, Eiche, weiß, 125.—, 160.— usw. Diplomaten-Schreibtische 78.—, Schreibsessel, echter Ledersessel, 79.—, Flurgarderoben 29.50, Bücherschränke 89.—, Ruhebetten, Ia Material, 89.—, 45.—, Ausziehtische 38.—, Rohrstühle 5.25, Englische Bettstellen 34.—, 48.—, 60.—. Angebot nur kurze Zeit.

Rehfeld, 22 Jahre Badstraße 34, Hausnummer achtzehn, Herrenzimmer, große Bibliothek mit kaukasisch Nußbaum, Diplomat mit englischen Zügen, runder Tisch, Lederstühle, Ledersessel, 475.—, 390.—. Angebot nur kurze Zeit.

Rehfeld, 22 Jahre Badstraße 34, Hausnummer achtzehn. Speisezimmer, Büfett mit runder Vitrine, großen Ausziehtisch, Kredenz, echte Lederstühle, 495.—, 375.—, 685.—. Angebot nur kurze Zeit.

Rehfeld, 22 Jahre Badstraße 34, Hausnummer achtzehn. Architektenküchen, Emailleauf, 115.—, 148.— bis 350.—, Echte westfälische lackierte Küchen 160 breit, 275.—. Metallbetten Messingverzierung, extra stark, 23.—, 27.—. Bettbezüge 12.—, 14.— bis 28.—. Kataloge werden nicht versandt, da die Preise sehr herabgesetzt. Lieferung erfolgt bis 100 Kilometer mit eigenen Autos frei Haus. Sehen und staunen. Schriftliche Garantie auf jedes Stück.

Musikinstrumente

Hoffmann Pianos. Stammhaus gegründet 1867. Pianos, Flügel, Harmoniums, 100 Instrumente Auswahl, anerkannte Tonschönheit, Preiswürdigkeit, günstige Teilzahlungen. Neue Pianos 990 Mark, gebrauchte 400 Mark an. Ferner Gelegenheitskäufe. Alte Instrumente Gegenrechnung. Pianofortefabrik Georg Hoffmann G. m. b. H., Berlin SW. 68, Leipzigerstraße 57 (Spittelmarkt).

Luxuspianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 25.

Klaviere, 150.—, 175.—, 200.—, 275.—, 425.—, gebrauchte, große Auswahl auch in neuen, 10jährige Garantie. Besichtigung lohnend. Teilzahlung gestattet. Herer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe (Rosenthaler Platz).

Gelegenheiten, neue Pianos, gebrauchte 300.—. Teilzahlung. Herer, Prinzenstraße neunzig.

Fahrräder

300 gebrauchte Fahrräder 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Nachnaw. Weinmeisterstraße 14.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Goldmünzen, Blei, Quecksilber, Silberschmelze. Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 29 (Heilstraße Adalbertstraße).

Wäschereien

„Diamant"-Wäscherei, Berlin, Brunnenstraße 192. Norden 2860 und 6463, gegründet 1896, wäscht mit besten Seifen. Bettbezüge 0,38, Laken 0,29, Damenhemd 0,20. Preisliste verlangen. Abholung täglich per Automobile kostenlos.

Großwäscherei und Feinplätterei Walter Unruh, Frankfurter Allee 271, Andreas 5627. Wäscht wie seit 1902 bekannt reell, gut, daher billig nur mit Sonnlichtseifen, keine unmöglich erscheinende Versprechung. Versicherungsfreie Abholung von 3 Mk. an. Bettbezüge 30, Laken 20, Kopfkissen, Damenhemd 15. Selbstbringer 5 Proz. Rabatt.

Vermietungen

Wohnungen

Bauherr vermietet in Pankow, Prinz-Heinrich-Straße 2, 2½-Zimmerwohnungen, Bad, Warmwasser, Ofenheizung, gegen Wohnberechtigungsschein, bei günstigen Bedingungen. Müller, Oranienburgerstraße 37, Norden 7633.

Zimmer

Zimmer, möbliert oder leer (Bad, Garten), 15 Minuten von Bahnhof Grünau (Autobusverbindung), Paradiessiedlung Bohnsdorf, Volkswälderstraße fünfundzwanzig. (Sichtfreunde bevorzugt.)

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Bei Zeitungshändlern gut eingeführte, tüchtige **Zeitungsboten** sof. ges. Bew. u. C. 27 an d. Ztg.

Zeitungsboten

stellt sofort ein. Meldungen von 14 bis 18 Uhr

„Vorwärts"-Filiale, Prinzenstr. 63

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Sozialdemokratischer Antrag im Erwerbslosenausschuß.

In der gestrigen Sitzung des Erwerbslosenausschusses der Stadtverordnetenversammlung brachten die Vertreter der Sozialdemokratie in Abänderung eines kommunistischen Reklameantrags folgenden Antrag ein, der ohne die Stimmen der Kommunisten angenommen wurde:

In Abänderung eines Antrags des Stadtverordneten Pieck und Genossen beauftragt die Versammlung den Magistrat, wegen der großen Arbeitslosigkeit unverzüglich Verhandlungen zum Abschluß langfristiger Anleihen aufzunehmen, damit alle stillgelegten und gesperrten städtischen Hoch- und Tiefbauten fortgeführt werden können. Darüber hinaus sind durch Aufnahme von Anleihen größere Mittel für den Wohnungsbau bereitzustellen.

Wegen der Arbeitsfürsorge wurde — gleichfalls auf Grund sozialdemokratischer Initiative — beschlossen, den Magistrat zu beauftragen, neue Richtlinien auszuarbeiten und den Stadtverordneten vorzulegen.

Aufrechterhaltung aller Badebetriebe.

Keine Einschränkung des Schulschwimmens.

Bei der Diskussion der Sparmaßnahmen des Magistrats wurde auch behauptet, daß die Schulschwimmprüfungen abgesagt und in den Schwimmhallen die Kohlen rationiert werden seien. Die Sparverfügung des Magistrats bezüglich der Beheizung städtischer Gebäude ist mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse und auf die besonders milde Witterung dieses Winters erfolgt und bezieht sich ganz allgemein auf sämtliche städtischen Gebäude. Selbstverständlich stehen die für die Aufrechterhaltung des Badebetriebes erforderlichen Heizmittel nach wie vor zur Verfügung und werden durch diese Verfügung des Magistrats nicht berührt.

Der Schwimmunterricht wird durch Sparmaßnahmen in keiner Weise betroffen. Der Magistrat hat im Gegenteil auf Befürwortung des Stadtamtes für Leibesübungen Mittel für den Schulschwimmunterricht und für die Ausbildung von Lehrer und Lehrerinnen in der Erteilung des Unterrichtes trotz aller Sparmaßnahmen weiter zur Verfügung gestellt.

Grundsätze für die Volksspeisung.

Der Magistrat hat für die Ausgabe von Freispeisungskarten und verbilligten Karten für die städtischen und die ihnen gleichgestellten privaten Volksspeisungsstellen die folgenden Grundsätze beschlossen:

1. Freispeisungskarten sind nur in solchen Fällen auszugeben, in denen es aus fürsorgerischen Gründen zweckmäßig ist, die Unterstützung ganz oder teilweise nicht in bar zu zahlen; als Wert jeder Speisemarke sind für die Berechnung der Höhe der zu gewährenden Unterstützung nur 25 Pf. anzusetzen. 2. Laufend Unterstützte (Kleinrentner, Gleichgestellte, Sozialrentner, sonstige laufend Unterstützte) und die aus Mitteln der Reichsanstalt unterstützten Erwerbslosen erhalten auf Antrag Speisungskarten, die zum verbilligten Bezuge des Volksspeisungsessens zum Preise von 25 Pf. berechtigen. Dieser Preis ist vom 10. Februar 1930 ab in den Ausgabestellen zu erheben. 3. Andere Bedürftige, die nicht zu dem in Ziffer 2 aufgeführten Personenkreis gehören, aber ebenfalls Essen aus den Volksspeisungsküchen beziehen wollen, können auf Antrag durch eine vom Bezirkswohlfahrtsamt zu bestimmende Stelle nach Prüfung der Bedürftigkeit Extrakarten zum verbilligten Bezuge des Volksspeisungsessens zum Preise von 25 Pf. erhalten. 4. Obige Regelung wird auch auf diejenigen privaten Speisungseinrichtungen, die bisher ebenfalls zur Annahme der städtischen Speisungskarten berechtigt waren, ausgedehnt. 5. Inanspruchnahme der Volksspeisung durch Selbstzahler ist in Zukunft unzulässig.

Steuerfreiheit bei Hunden.

Hundesteuerbefreiungsanträge sind binnen 2 Wochen nach der Anschaffung des Hundes zu stellen und vor Beginn jedes neuen Steuerjahres zu wiederholen. Es empfiehlt sich, mit den Erneuerungsanträgen nicht bis zum Schluß des Steuerjahres — Ende März — zu warten, sondern sie schon jetzt den zuständigen Bezirkssteuerämtern einzureichen. Bei verspäteten Anträgen wird die Hundesteuer für das laufende Vierteljahr erhoben, selbst wenn ein sichhaltiger Befreiungsgrund vorliegt. In gleicher Weise sind auch die Ermäßigungsanträge auf ein Fünftel des Steuersatzes zu erneuern. Hierunter fallen die Anträge der kinderlosen Ehepaare über 50 Jahre und der alleinstehenden Personen über 70 Jahre, die ein Jahreseinkommen unter 1200 M. haben, sowie der Schwerhörigen, die auf das Halten eines Hundes angewiesen sind.

Endlich einmal durchgegriffen!

Dem arroganten Auftreten des Nationalsozialistischen Studentenbundes an der Technischen Hochschule ist vom Rektor Prof. Dr.-Ing. Drawe endlich durch Entziehung des Anschlagbrettes Einhalt geboten worden. Dieser Bund hatte in letzter Zeit eine üble Hetze gegen politisch Andersdenkende entfaltet und besonders den Dozenten Prof. Dr.-Ing. Riedenfahm wegen seiner jüdischen Konfession in schmutzigster Weise angegriffen. Hoffentlich folgt diesem begrüßenswerten Schritt endlich auch das endgültige Verbot dieser staatsfremden Hakenkreuzgruppe

Wenn Schmerzen ..... Togal-Tabletten!

Togal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei **Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten.** Zt. notar. Beläßig. anerkennen über 8000 Ärzte, darunter viele bekeutrde Professoren die gute Wirkung des Togal! Keine unliebsamen Nachwirkungen! Entfernt die Harnsäure! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken ℳ 1.40. 0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl

Berlins Verwaltungsreform

Voreilige Entscheidung kann leicht schaden! — Von Karl Wermuth

Der „Vorwärts" hat die Diskussion über das Verwaltungsproblem Berlins durch einen Aufsatz des Genossen Karl Herz („Vorwärts" Nr. 47) eröffnet. Es folgte im „Abend" vom 10. Februar ein Artikel des Genossen Dr. Löwenstein, der sich mit den Darlegungen des Genossen Herz nicht ganz einverstanden erklärte. Nachstehend veröffentlichen wir nun Ausführungen des Genossen Wermuth zu derselben Frage. Durch diese Publikationen will der „Vorwärts" dazu beitragen, die Diskussion über die für die Reichshauptstadt so wichtige Umorganisierung anzuregen und zu vertiefen.

Die Frage der Verwaltungsreform der nun seit einem Jahrzehnt bestehenden Einheitsgemeinde Berlin beschäftigt zur Zeit nicht nur die in Betracht kommenden Stellen des Staatsministeriums, sondern auch die breitere Oeffentlichkeit. Nach den bisher vorliegenden Meldungen dürfte bereits als feststehend gelten, daß der zu erwartende Referentenentwurf des Staatsministeriums an das Plenum des Preußischen Landtags eine wesentliche Verminderung der Verwaltungsbezirke vorsieht. Insoweit einer solchen Maßnahme der Gedanke der Ersparnis und Vereinfachung der Berliner Verwaltung zugrunde liegt, kann ihm von der Sozialdemokratie als Trägerin der Einheitsgemeinde nicht widersprochen werden. Zweck dieser Zeilen soll lediglich sein, den Gesetzgeber vorzeitig zu warnen eine Reform zu beschließen, die sich womöglich in nicht allzu ferner Zeit als schädlich und keineswegs billig stellen würde.

Schafft keinen neuen Leerlauf!

Das heutige Berlin charakterisiert sich im Gegensatz zu dem alten Hochbaugebiet der Zentrale in den Ausbaubezirken durch eine weitläufige Bauweise. Durch ihre Ausbreitung von bisher unbekanntem Ausmaß stellen die Ausbaubezirke sich als das schwierigste Problem bei der Umorganisation dar. Werden nun Außenbezirke, deren anbaufähiges Areal vereinzelt so groß ist wie die Gesamtfläche des inneren Berlin in zentrifugaler Richtung zusammengelegt, so werden dem Publikum in der Erledigung ihrer Wünsche und Obliegenheiten bei der Verwaltung Wege zugemutet, die sowohl an aufzuwendende Zeit als auch an Geld die stärksten Anforderungen stellen würden. Man wird hiergegen den Einwand erheben, daß zur Entgegennahme und Erledigung der Wünsche des Publikums die in den einzelnen Wohnbezirken befindlichen Ortsamtsstellen berufen sind. Indessen die bisherige Erfahrung zeigt zur Genüge, daß die Ortsamtsstellen das Publikum nur bis zu einem gewissen Grade abfertigen können. Die Ortsamtsstellen, personell und räumlich meist verbunden mit den Steuerkassen, Mietkassen und Standesämtern, sollen nach dem Wunsch der Stadt Berlin berufen sein, Auskünfte aller Art zu erteilen sowie Anträge aufzunehmen und weiterzuleiten. Der in der Verwaltungspraxis erfahrene Beamte weiß jedoch, daß das unmöglich ist; kein Wunder, daß die Rathäuser der Außenbezirke, in denen der Sitz der wichtigsten Deputationen ist, ständig von den Bewohnern der mit Ortsamtsstellen bedachten Gliedgemeinden aufgesucht werden. Hier befinden sich die aktenmäßigen Vorgänge, die den Beamten der Ortsamtsstellen nicht bekannt sein können. Hier ist der Sitz der Deputation mit dem Dezernenten, in dessen Händen zugleich die Entscheidung liegt. Können somit die Ortsamtsstellen für das Publikum durchaus kein Ersatz für die jetzt vorhandenen Bezirksämter sein, so bedeuten sie vom Standpunkte der Verwaltung nicht selten völligen Mangel an Arbeitsstellung und nur zu oft Leerlauf. Diese verwaltungsmäßige Unzulänglichkeit der Ortsamtsstellen wird bei einer Zusammenlegung weit ausgebreiteter Bezirke noch viel mehr in Erscheinung treten als bisher. Die Ortsamtsstellen weiter auszubauen, etwa dadurch, daß Abteilungen der allgemeinen Wohlfahrt, der Schulverwaltung, der Baupolizei, des Hoch- und Tiefbaus, des Grundeigentums usw. hierher verlegt werden könnten, erscheint verwaltungstechnisch unmöglich. Bisher haben die eifrigen Befürworter straffster Verwaltungszentralisation sachliche Hinweise darüber, wie sie sich später die Erledigung der Geschäfte denken, ohne das hilfe- und ratsuchende Publikum in der empfindlichsten Weise zu benachteiligen, vermissen lassen.

Gegen die Verwaltungsbürokratie.

Wer auch das Ziel größerer Sparsamkeit dürfte durch eine solche Verwaltungsreform keineswegs erreicht werden. Gewiß werden durch straffste Zusammenlegung von drei bis vier Bezirken zu einem etwa 10 bis 12 Bürgermeister und 30 bis 40 Stadträte, vielleicht auch eine Anzahl mittlerer und unterer Beamten, eingespart. An Stelle der dann pensionierten gehenden Beamten werden zum Teil aber höhere, auf Lebenszeit angestellte Beamte treten, um bestimmte leitende Funktionen zu übernehmen. Denn daß der verbleibende Rest der Bürgermeister und Stadträte die weit umfangreicheren Verwaltungsgeschäfte klar übersehen und weiter verfolgen kann, erscheint völlig ausgeschlossen. Die Folge wird sein, daß das rein bürokratische Element in der Verwaltung einen Einfluß erhält, der nicht immer im allgemeinen Interesse liegen dürfte. Gerade die enge Verbundenheit der Wahlbeamten mit der Bevölkerung ist für die Fortentwicklung unseres kommunalen Lebens von entscheidendem Einfluß gewesen. Man sollte sich hüten, etwa die momentanen Finanzschwierigkeiten der Stadt Berlin zu einem Teil auf das Konto der gegenwärtigen Bezirkseinteilung setzen zu wollen, wie das kürzlich in ganz oberflächlicher Weise in einigen bürgerlichen Blättern versucht wurde. Es besteht kein Zweifel, daß die Verwaltung der großen Hochbaubezirke billiger ist als die der Außenbezirke. Nehmen wir an, daß Charlottenburg und Neukölln anstatt Hochbaubezirke Siedlungsbezirke wären; dann würde ihre Einwohnerzahl von über 300 000 auf 60 000 zusammenschrumpfen. Würden nun die laufenden Verwaltungskosten deswegen auch auf den fünften Teil herabgemindert werden? Im Wohlfahrtswesen und in der Schulverwaltung würden die Verwaltungskosten zweifellos erheblich niedriger sein. Wie wäre es aber in der Tiefbauverwaltung, der der Bau und die Unterhaltung der Straßen obliegt, wie in der Straßenreinigung, in der Grundsteuerverwaltung, im Vermessungsamt, in der Abteilung Wertzuwachssteuer, in der Hufbenutzungssteuer usw.? Hier würden nennenswerte Ersparnisse an Verwaltungskosten nicht zu erzielen sein, denn die Verwaltungsgeschäfte hängen nicht mechanisch von der Einwohnerzahl, sondern von örtlichen Verhältnissen ab.

Diese Einwände sollten dem oberflächlichen Kritiker zu denken geben. Es ist auf dem Gebiete des Verwaltungslebens nicht anders als auf dem des allgemeinen Wirtschaftslebens. Wer die Verhältnisse in rationeller Weise beeinflussen will, muß der Entwicklung die Gesetze ablauschen und seine Handlungen darauf einstellen. Es könnte sonst passieren, daß einer voreiligen Verwaltungsreform sehr rasch eine neue Reform folgen muß.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Falsche Sparsamkeit.

2. Bezirk — Tiergarten.

Im Bezirk Tiergarten haben sich die bürgerlichen Parteien, von den Nazis bis einschließlich Demokraten, zu einem Schutz- und Trutzbündnis zusammengeschlossen. Durch die Offtenverbindung ergatterten auch die Demokraten ein Stadtratsmandat; von unserer Seite wurde nur der Genosse Schuldt gewählt. Ferner gelang es der Bürgerlichen Union, uns bei der Wahl zum Schulausschuß und zur Schuldeputation auszuschalten.

Genosse Baerisch gab den Bericht vom Haushaltsausschuß, der sich mit der Deckung des Mehrbedarfs von 40 000 M. für das Krankenhaus Moabit beschäftigte. Er brachte zum Ausdruck, daß die Vorbehaltsmittel in jedem Jahre fast ausschließlich für das Krankenhaus in Anspruch genommen werden. Die Summe wurde bewilligt; es wurde aber beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Schlüsselzahl für Medikamente und Instrumente zu ändern. Im Ausschuß war hierfür der dreijährige Durchschnitt unter besonderer Berücksichtigung der letzten Ist-Ausgabe vorgeschlagen worden. In der Versammlung wurde von den bürgerlichen Parteien der letzte Jahresbedarf plus 10 Proz. vorgeschlagen und angenommen. Der Ausschuß hatte ferner beschlossen, die bereits für 1929 bewilligt gewesenen und durch die Sparmaßnahmen gesperrten vier neuen Einrichtungen, nämlich eine Säuglingsfürsorgestelle, eine Schulzahnklinik, eine Tuberkulosefürsorgestelle und eine Geschlechtskrankenfürsorgestelle, im Nachtragsetat für 1930 wieder anzufordern. Bürgermeister Doflein, der bereits vor der Sparverfügung des Magistrats von sich aus erklärt hatte, auf diese Einrichtungen verzichten zu können, teilte mit, daß er nur die Schulzahnklinik und die Geschlechtskrankenfürsorge für 1930 wieder zu beantragen gedenke. Auf den entschiedenen Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion beschloß die Versammlung, alle vier Stellen als dringlich für 1930 zu beantragen. Die Kommunisten hatten einen Mißtrauensantrag gegen das Bezirksamt eingebracht, den sie durch ein Mitglied des Bezirksamts, den Stadtrat und Stadtverordneten Kirsch, begründen ließen. Zu diesem Antrag nahm Genosse Weiner das Wort. Er erklärte für seine Fraktion, daß man sich der Stimme enthalten werde, weil das Bezirksamt in diesem Falle so verfahren habe, den Beschluß der Versammlung durchzuführen. Andererseits hätten seine Freunde aber keine Veranlassung, dem Bezirksamt Tiergarten etwa ein Vertrauen zu bekunden. Den Revolutionär Kasko erinnerte er daran, daß dieser sich auch als Betriebsrat äußerst radikal gebärdet habe, sich dann aber, als der Betrieb ihn los sein wollte, mit 100 M. habe abfinden lassen. Diese Feststellung war den Kommunisten sichtlich peinlich und wurde mit verlegenem Schweigen hingenommen. Der neue Antrag der Kommunisten ging auf Antrag der Deutschnationalen an einen Ausschuß, nachdem wir erklärt hatten, daß wir auch diesmal dem Antrage zustimmen würden, da wir die große Not der Erwerbslosen anerkennen. Es folgte dann unsere Anfrage und ein Antrag der Demokraten wegen der vom Bezirksamt Tiergarten eigenmächtig durchgeführten Sparmaßnahmen. Genossin Dr. Frankenthal sowie der Demokrat Dr. Bamberg hielten scharfe Abrechnung mit dem unsozialen und unsachgemäßen Vorgehen des Bezirksamts Tiergarten. Beträge von 50 M. für Reinigung und Desinfektion sind gesperrt worden. Mittel für Seuchenbekämpfung und Betriebsmittel für die Geschlechtskrankenfürsorge sind stark reduziert worden. Der Bürgermeister Dr. jur. Doflein hat sich angemaßt, bei jeder von den Tuberkulosearzten für nötig erachteten Röntgenaufnahme zu begutachten, ob diese ärztliche Verordnung wirklich erforderlich sei. Trotzdem sich das Bezirksamt mit großer Entrüstung dagegen verwahrte, daß hier Vorwürfe erhoben werden, konnten sie im einzelnen die Maßnahmen nicht bestreiten. Es wurde beschlossen, die gesamten Sparmaßnahmen durch den Haushaltsausschuß überprüfen zu lassen.

Kommunisten verlangen Demokratie.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der am letzten Mittwoch stattgefundenen Bezirksverordneten-Versammlung wurden unsere Genossen Gürke und Schenk als unbesoldete Stadträte wiedergewählt. Bei dieser Wahl stimmte jede Fraktion für sich; bei den anderen Wahlen unsere Fraktion mit der Mitte zusammen, wodurch die Parteien der Deutschnationalen und Kommunisten in der Minderheit blieben. Daß sich KPD.-Mitglieder dagegen unter Hinweis auf die sonst von ihnen mißachteten demokratischen Grundsätze wehrten, nützte ihnen nichts. Bei den auf der Tagesordnung stehenden Anträgen mußte die Versammlung sich lange Agitationsreden der KPD. anhören. In der Debatte wurden deren Angriffe vom Bürgermeister Genossen Ostrowski, Genossen Stadtrat Weber und den Genossen Drawa, Knospe und Kürbis mit aller Schärfe zurückgewiesen. Ein Protestantrag gegen die vom Magistrat beschlossene Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Fernwärme, sowie Anträge, die verlangen, daß das Bezirksamt auf eine Mietsenkung der von der gemeinnützigen Baugesellschaft „Eintracht" in der Grell-,

Gubitz- und Zelterstraße errichteten Häuser hinwirkt und eine Erhebung von Gebühren für Aenderung der Mietverträge rückgängig gemacht wird, wurden einstimmig angenommen. Dabei wurde von den Bezirksamtsmitgliedern mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß das Bezirksamt auf diese Bauten keinerlei Einfluß hatte, aber seinerzeit so viel wie möglich von dem Projekt abgeraten hat. Die Schuld treffe allein die Mieter, die die Verträge unterschrieben haben. Die Versammlung mußte schließlich nach langer Dauer wegen Beschlußunfähigkeit geschlossen werden.

Volksvertreter ohne Anstand.

7. Bezirk. — Charlottenburg.

Die außerordentliche Bezirksversammlung vom 12. Februar unterschied sich wesentlich von der vorigen: Kontrollen am Eingang, ruhige Tribünen, artige KPD., sachliche Verhandlungen. Zunächst gab's eine große Debatte über die Abänderung der Geschäftsordnung: Grundsätzlich will man die Berliner Ordnung abmarien, bis dahin einige Aenderungen, die das Hausrecht des Vorstehers verstärken. Fieber, der diesmal für die KPD. allein die Lärmtrommel rühren mußte, kämpfte vergeblich gegen die bittere Logik der Ereignisse, die gerade durch das Verhalten der KPD. zur Einführung von Tribünenkarten und zur Aenderung der Geschäftsordnung geführt hat. Müller, der Kommunist, gab für die Fraktion die erschütternde Erklärung ab: **„Die KPD. stellt fest, daß sie nicht vom Gesichtspunkte des Anstandes ausgeht.“** Die Versammlung unterstrich diese Selbsterkenntnis; Müller stellte ferner fest: „Wir scheuen nicht den Skandal“ — auch das konnte die Versammlung aus Erfahrung bestätigen.

Der Haushaltsausschuß berichtete über seine Arbeit: Der Beuhof soll sobald wie möglich wieder eröffnet werden, seine Arbeit ist eine Notwendigkeit, die auch das Bezirksamt voll anerkennt. Die Pächter der Zeitungskioske sollen vertragsmäßig angehalten werden, erwerbsbehinderte Personen einzustellen. Die notwendigen Mittel zur Vollendung der neuen Sportplatzanlage in Eichkamp sollen bewilligt werden. Das II. Lyzeum soll zum Oberlyzeum werden und sein neues Heim, die ehemalige Hindenburg-Realschule, soll ausgebaut werden. Die alten Räume der Klockowschen Schule sollen der Berufsschule für frühere Hilfsschüler dienen und die freiwerdenden Räume des Mommsen-Gymnasiums Fachschulzwecken. Alle diese Vorlagen ergaben kurze Debatten. Die Besprechung der Haushaltswirtschaft für den Schluß des Rechnungsjahres 1929 und die Aussprache über die Sparmaßnahmen ergaben die Annahme der von der Sozialdemokratie gestellten Anträge: Der Bau des Schwesternhauses und die notwendigsten Straßenarbeiten sollen herausgenommen werden aus der Sparwirtschaft. Die Versammlung stimmte einmütig zu. Ebenso geschlossen war die Versammlung für schnellere Erledigung von Unterstützungsanträgen der Sozial- und Kleinrentner.

Eine große Debatte gab es über die Erwerbslosenanträge. Ein sozialdemokratischer Antrag, wegen der Bereitstellung von Mitteln für Notstandsarbeiten vorstellig zu werden, wurde einmütig angenommen. Aus den krausen Anträgen der KPD. hatte der Ausschuß etwas Brauchbares gemacht, und diese Anträge zugunsten der Erwerbslosen wurden gegen die Stimmen der KPD. angenommen. Genosse Katzenstein wies den Kommunisten unter größter Aufmerksamkeit des Hauses aus ihren eigenen Richtlinien nach, wie all ihr Werben um die Erwerbslosen nur Schein und Mache sei.

Verwirrung in der Mitte.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

Die letzte Bezirksversammlung stand im Zeichen der Wahlen. Die Vorbereitungen der Rechtsparteien hierzu geschahen im Zeichen vollkommener Verfahrenheit. Erst tat sich der Wirtschaftspartei mit den vier Nationalsozialisten zu einer Fraktion zusammen, dann bildete diese frischgebackene Fraktion eine Listengemeinschaft mit den Volksparteilern, um ein Stadtratsmandat zu gewinnen. Später jedoch sprengten die Deutschnationalen diese „Arbeitsgemeinschaft“ und zogen die Nationalsozialisten zu sich herüber: der ausgeschiffte Wirtschaftspartei wurde durch einen von den Deutschnationalen zu den Nazis abkommandierten Bezirksverordneten ersetzt, um diesem die Fraktionsstärke zu erhalten, und dieser Kuhhandel ergab dann auch einen Mandatsgewinn für die Deutschnationalen. — Die sozialdemokratische Fraktion konnte die Wiederwahl der bisherigen unbesoldeten Stadträte Genossen Emmel und Oppel sichern, ebenso haben wir in den Deputationen und ständigen Ausschüsse die bisherige Stärke gehalten. Ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag betreffend Nachprüfung der vom Bezirksamt auf Grund der Magistratsverfügung vom 8. Oktober 1929 vorgenommenen Angestelltenkündigungen und -entlassungen wird in der nächsten Februarsitzung beraten werden.

Ein unnötiger neuer Oberbaurat.

11. Bezirk — Schöneberg.

Die letzte Bezirksversammlung wählte die ständigen Ausschüsse und Deputationen nach einem vom Wahlausschuß vorgeschlagenen Schlüssel. Danach entfallen auf die verbundenen Listen der Sozialdemokratie und der Mittelparteien 7, auf die Deutschnationalen und Nationalsozialisten 5 und auf die KPD. 1 Sitz. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurden die Genossen Wendt und Buth gewählt. Die im Wahlausschuß behandelte Vorlage des Bezirksamts über Besetzung zweier besoldeter Stadtratsposten konnte in der Bezirksversammlung nicht beraten werden, weil der Vorsteher dieselbe versehentlich nicht auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde eine außerordentliche Sitzung zur Behandlung dieser Frage beantragt, weil die Deutschnationalen der sofortigen Beratung widersprachen. Einige kleinere Vorlagen betr. Ueberlassung von Grundstücken, Erweiterung von Schulhöfen für die Roether-Schule und das Helmholtz-Gymnasium wurden ohne Debatte genehmigt. Eine Reihe kommunistischer Anträge, die nicht zu den Aufgaben der Bezirksversammlung gehörten, wurden teils durch Zustimmung, teils durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Genosse Flatau brachte zum Ausdruck, daß seine Fraktion in Zukunft nicht mehr geneigt sei, Anträge, die in die Stadtverordnetenversammlung gehören, in der Bezirksversammlung zu behandeln. Genosse Bauhoff wies darauf hin, daß die KPD. mit der Not der Erwerbslosen Agitation treibe, den Erwerbslosen könne nur Arbeit helfen und nicht lange Reden. In einer Anfrage unserer Fraktion, die Genosse Rathmann begründete, fragte der Redner, ob das Bezirksamt ab 1. Februar den Handel von Textilwaren auf den städtischen Wochenmärkten untersagt habe, wurde vom Bezirksamt dahingehend beantwortet, daß ein solches Verbot nicht ergangen, auch nicht beabsichtigt sei. In nichtöffentlicher Sitzung gelangten einige Beamtenanstellungen zur Annahme. Bei der Anstellung eines Magistratsoberbaurats für das Hochbauamt widersprach der Genosse Buchholz mit der Begründung, daß in den Zeiten der Finanznot der Stadt und den verlangten Sparmaßnahmen für den zur Anstellung gelangenden Oberbaurat keine genügende Tätigkeit vorhanden sei! Hier wäre eine Gelegenheit, zu sparen. Das Bezirksamt solle davon Gebrauch machen. Die Anstellung wurde gegen unseren Einspruch genehmigt.

Läden im Bauraun am Potsdamer Platz verschwinden wieder

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 12. Februar beschlossen, daß die Kündigung des Vertrags mit der Bellevue-Immobilien-A.-G., wonach die Gesellschaft in dem Bauraun Ecke Bellevue- und Friedrich-Ebert-Straße Verkaufsläden einrichten dürfte, zum 28. Februar 1930 aufrechterhalten werden soll.

Wann kommen die neuen Schulen?

12. Bezirk — Steglitz.

Die Bezirksversammlung wählte sich in der letzten Sitzung ihre ehrenamtlichen Stadträder. Durch Listenverbindung verschafften sich die Nazis einen Stadtratsposten (Moeckler), die Deutschnationalen erhielten zwei (Winkler und Vogtel), die Deutsche Volkspartei einen (Lange), die Wirtschaftspartei einen (Schulz) und die Demokraten einen (Jochem). Die Kommunisten gingen leer aus. Die Sozialdemokratie wird wieder vertreten durch unseren bewerten Genossen Leimbach. Die Kommunisten erhofften durch Abstimmung durch Zettelwahl ein Mandat zu erlangen. Aber die Nazis leisteten in diesem Falle keine Hilfe, während in anderen Fällen das Bündnis zwischen Kommunisten und Nazis den Zuhörer zu allerhand interessanten Schlüssen anregte. Wo es sich aber um Entscheidungen praktischer Art handelte, gingen die Nazis in Einheitsfront mit den Deutschnationalen. Der neugebackene Führer der Nationalsozialisten Engel betonte wiederholt mit Schärfe, gegen die Sozialdemokratie verbinde er sich mit allen, auch wenn es die Kommunisten seien. Sonst leuchtete in der Versammlung der große Stern Pieck. Herr Pieck hielt eine Reichstagsrede und sprach über Dinge, die die Bezirksversammlung wirklich nichts angingen. Manchmal hatte man das Gefühl, daß er nicht mehr ganz linientreu sei, und wir sehen schon den Tag kommen, wo Herr Pieck zu denen gehört, die auch „Verrat“ geübt haben. Die Versammlung beschloß in den meisten Fällen einstimmig, für die Erwerbslosen im Bezirk mehr Abfertigungs- und Zahlstellen zu beantragen. Es folgte noch eine nachträgliche Debatte über die Unterschlagungen des Herrn Möllerke in Höhe von 45 000 M. Wer die Hauptschuld bei dieser Angelegenheit trägt, ist noch nicht zu erkennen, daher erklärte mit Recht Genosse Klose, daß die gerichtliche Untersuchung erst abgewartet werden müsse. Beantragt wurde, daß denjenigen, die wegen besonderer Notlage das Essen aus den Volksküchen bekommen, in Zukunft die Kosten für das Essen nicht mehr von der Erwerbslosenunterstützung abgezogen werden sollen. Nebenbei sei erwähnt, daß man dem Vorprospekt zur Errichtung eines Lyzeums mit Oberlyzeum im Ortsteil Steglitz zustimmte. Da ein Volksschulprojekt bereits vor mehreren Jahren beschlossen wurde und heute noch seiner Vollendung harrt, dürfte auch das Lyzeum ein sehr fauler Wechsel auf die Zukunft sein. Unser Antrag betreffend Kündigung von Arbeitern und Angestellten beim Bezirksamt wurde einem Ausschuß überwiesen; hoffentlich tritt dieser recht bald in Aktion.

Auf welchem Niveau nationalsozialistische Politik steht, charakterisiert eine Anfrage der Nazis; sie besagt: „Ist es wahr, daß Wertheim auf seinem Bauplatz in der Schloßstraße das Rathaus für Steglitz errichten will, um dafür das jetzige Rathaus zu erhalten, um an dessen Stelle ein Warenhaus zu errichten?“ So etwas glaubt man den Steglitzern bieten zu können.

Bürgermeister gegen Kommunistenrüpel

15. Bezirk — Treptow.

Der Vorsitzende teilte zu Beginn mit, daß dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion auf Errichtung einer städtischen Rettungsstelle in Ober- oder Niederschöneweide zur Zeit nicht vom Magistrat entsprochen werden könne. Bei der Wahl der unbesoldeten Bezirksamtsmitglieder entfielen auf den bürgerlichen Wahlvorschlag 14 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Sozialdemokraten 14 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der KPD. 9 Stimmen. Ein Stimmzettel war unbeschrieben. Das Los mußte zwischen unserem Genossen Gillmeister und einer Demokratin entscheiden. Das von dem deutschnationalen Vorsteher gezogene Los entschied für letztere. Zu unbesoldeten Stadträten sind u. a. gewählt unsere Genossen Fritz Bessen und Emil Lüdke. Bei der Wahl der Ausschüsse und Deputationen zeigte sich der Bürgerblock vom Nazi bis zu den Demokraten wieder in schönster Harmonie und nahm ja in allen Deputationen unserer Fraktion einen Sitz ab. Das Bezirksamt teilte mit, daß es einen Antrag auf Errichtung eines Ehrenmals in Oberschöneweide ablehne. Unser Genosse Becker begrüßte diesen Standpunkt und empfahl, diese Angelegenheit generell in Berlin zu regeln. Dem Ankauf von Staatsforstgelände an der Oppenbrücke zu Altglienicke wird zugestimmt. Gleichfalls stimmte die Versammlung dem Fluchtlinienplan für die in Berlin-Oberschöneweide belegene Straße An der Wuhlheide zwischen der Rathenaustraße und der Treskowstraße zu. Die von den Kommunisten vorliegenden 16 Anträge bzw. Anfragen verfielen größtenteils der Ablehnung. Wie wenig ernst es die Kommunisten mit ihren Anträgen selbst nehmen, zeigte sich bei der Beratung der kommunistischen Anträge zur Behebung der Erwerbslosigkeit, Gewährung einer Winterbeihilfe an alle Unterstützungsempfänger, Senkung der Hauszinssteuer und der Mieten und bei dem Protest gegen den Finanzplan der Reichsregierung. Sie hielten es nicht für notwendig, diese Anträge auch nur mit einem Wort zu begründen. Nachdem bereits andere Tagesordnungspunkte erledigt wurden, wünschten sie nachträglich, nachdem sie scheinbar aus ihrem Sowjetschlaf erwacht waren, das Wort. Von unserem Genossen Becker wurde zu diesen Anträgen eine Entschließung begründet, die eingehend zu der Finanzgebarung der Stadt Berlin Stellung nahm. Die Kommunisten forderten, daß der in der Nacht vom 11. zum 12. November 1929 in Treptow von den Nazis niedergeschlagene KPD.-Funktionär, der bekanntlich durch unseren Genossen Meckelburg, Treptow, aus den Klauen der Nazis befreit wurde — die Kommunisten hatten ihn schmählich im Stich gelassen —, durch das Bezirksamt entschädigt werde. Unsere Genossen Strieder und Lempertz wiesen die Anmaßung der Kommunisten gebührend zurück und schilderten die tatsächlichen Vorgänge. Ein Mißtrauensantrag der KPD. gegen Genossen Bürgermeister Grunow wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Genosse Grunow erklärte namens des Bezirksamts, daß es sich die Bezirksamtsmitglieder überlegen müßten, für die Zukunft noch an den Beratungen der Bezirksversammlung teilzunehmen, wenn das Niveau der Debatte so bleibe wie bisher. Genosse Grunow erklärte: „Ich streite mich gern mit einem politischen Gegner, wenn er im Betragen und Anstand einem Manne ähnlich sieht.“ Infolge der langatmigen Reden der kommunistischen Schreier konnten auch in dieser Sitzung wieder nicht alle Tagesordnungspunkte erledigt werden. Ein Teil der Tagesordnung mußte auf die nächste Sitzung vertagt werden. In nichtöffentlicher Sitzung stimmte die Versammlung schließlich noch dem Ankauf eines Grundstücks in der Heidelberger Straße in Treptow zu.

Wieder vorzeitiger Schluß der Sitzung.

16. Bezirk — Köpenick.

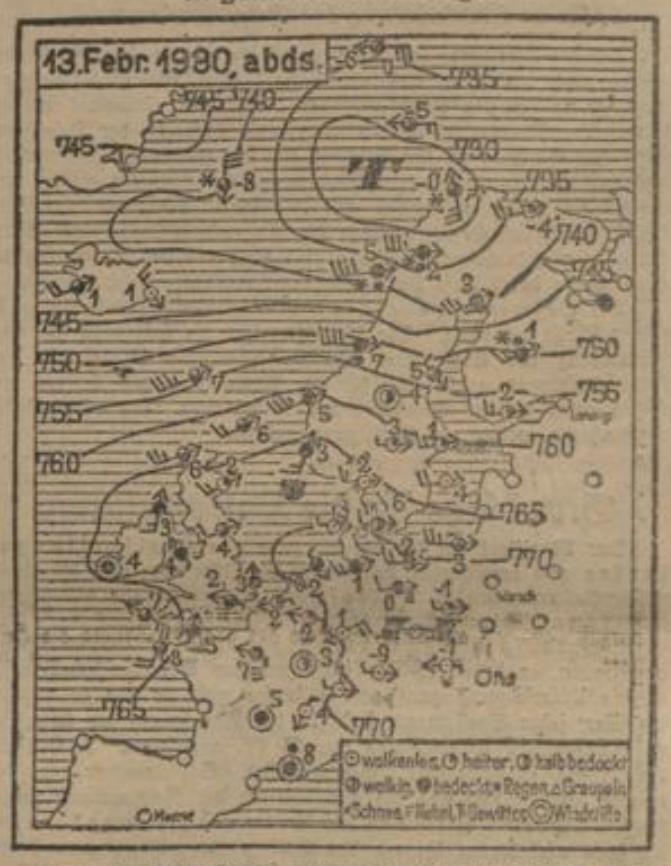
Am Mittwoch, dem 12. Februar, trat die Bezirksversammlung erneut zusammen, um die am 29. Januar wegen Radau aufgehobene Sitzung fortzusetzen und die durch Vorlagen des Bezirksamts und weitere kommunistische Agitationsanträge bereicherte Tagesordnung zu erledigen. Bei der Wahl der sechs unbesoldeten Bezirksamtsmitglieder wurden von unserer Partei die Genossen Bendig und Tolksdorf gewählt, während auf die Deutschnationalen und die Kommunisten gleichfalls je zwei Sitze entfielen. Die liberale Fraktion, aus vier Parteien zusammengezimmert, brachte sich durch Abkommandierung je einer Stimme an die Deutschnationalen und an die Kommunisten selbst um das eine ihr fest zustehende Mandat. In gleicher Weise wurde die Besetzung der Deputations- und Ausschußmitglieder nach den Beschlüssen des Wahlausschusses vorgenommen. Der Austausch von Gelände in Köpenick-Nord erfolgte debattelos. Die nun folgende Beratung des KPD.-Antrags betreffs Freigabe von Etatsmitteln von 1929 gab den kommunistischen Phrasenrednern Veranlassung zur Ableierung ihrer Parteitiraden, wobei sich die feindlichen Brüder von links und rechts mit allerlei Liebenswürdigkeiten traktierten. Der Vorsteher sah sich gezwungen, drei Hakenkreuzler aus dem Zuhörerraum zu verweisen. Der nächste KPD.-Antrag betreffs Mietserhöhung brachte dann den üblichen Knalleffekt: Hakenkreuzler, Nazis und Kommunisten vollführten einen derartigen Lärm, daß dem Vorsteher, Genossen Wolck, nur übrig blieb, die Sitzung zu schließen. Nach so geartetter vierstündiger „praktischer“ Arbeit im Hause setzten die verbündeten Geister draußen noch ihre „theoretischen“ Erziehungsmethoden fort.

Omnibus statt Schmalspurstraßenbahn. Der Umbau der letzten Schmalspurgleise der Straßenbahnlinie 42 zwischen Bahnhof Steglitz und Bahnhof Lichterfelde (Ost) sowie der Linie 97 zwischen Bahnhof Steglitz und Bahnhof Mariendorf kann wegen der augenblicklichen Wirtschaftslage nicht fortgesetzt werden. Da die Schmalspuranlagen und das Wagenmaterial den Anforderungen hinsichtlich der Betriebssicherheit nicht mehr genügen, wird der Straßenbahnbetrieb vom 15. Februar ab durch Omnibusse ersetzt.

Ueber das Schul-, Kunst- und Bildungswesen der Stadt Berlin unterrichtet das soeben erschienene Heft 5 des Verwaltungsberichts 1924/1927. Neben einem Ueberblick über das gesamte Berliner Schulwesen gibt das Heft ein Bild von dem Volks- und Mittelschulwesen sowie von den höheren Lehranstalten in Alt-Berlin, da die Innenbezirke auf Grund des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 eine gemeinsame Bezirksschuldeputation und einen gemeinsamen Bezirksschulausschuß haben. Neben den Berufsschulen werden die Handels- und höheren Handelsschulen, die Sonderschulen, die öffentlichen Hauchaltungsschulen, die Viktoria-Fachschule sowie die niederen und höheren gewerblichen Fachschulen behandelt. Der letzte Hauptteil erörtert das Kunst- und Bildungswesen in der Reichshauptstadt. Das 61 Seiten starke Heft kann zum Preise von 1,70 Mark im Buchhandel oder von der Geschäftsstelle des Amtsblatts der Stadt Berlin, Rathaus, bezogen werden.

Verlegung einer Girokasse der Berliner Stadtbank. Die Girokasse 131 der Berliner Stadtbank — Girozentrale der Stadt Berlin — wird am 17. Februar von Berlin-Lichtenberg, Müllendorffstr. 6, nach Berlin-Lichtenberg, Müllendorffstr. 117, verlegt. Fernsprechanschluß: E 5 Lichtenberg 2030.

Allgemeine Wetterlage.



Unter dem Einfluß des europäischen Hochdruckgebietes blieb es am Donnerstag fast überall in Deutschland trocken. Während es im Norden meist trübe bis neblig war, herrschte im Süden und Südosten des Reiches heiterer oder ganz wolkenloser Himmel. Die Temperaturen lagen meist einige Grade über Null, nur im Alpenvorland zeigte das Thermometer dauernd Frosttemperaturen. Das erwähnte Hochdruckgebiet zieht sich jetzt langsam nach Südosten zurück. Damit wird unser Bezirk allmählich die Einwirkung des breiten Weststromes, der über Skandinavien fließt, erlangen. Zunächst dürfte jedoch der Einfluß des Hochdruckgebiets noch ausreichen, um unser trockenes Wetter fortbestehen zu lassen.

*

Wetteraussichten für Berlin. Zeitweise aufheiternd, Temperaturen wenig verändert, keine Niederschläge, schwache Luftbewegung. — **Für Deutschland.** Nirgends wesentliche Aenderung des herrschenden Witterungscharakters, in der südlichen Hälfte Deutschlands kalte Nacht, im Norden zeitweise aufheiternd.

Gewinnauszug

5. Klasse 34. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

5. Ziehungstag — 13. Februar 1930

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 127939 168189
8 Gewinne zu 5000 M. 68566 190033 222749 387656
10 Gewinne zu 3000 M. 91903 109148 284639 297160 317188
22 Gewinne zu 2000 M. 132084 144354 182941 192030 203841 224447 253236 254737 306893 345902 371753
48 Gewinne zu 1000 M. 1624 5767 37095 47683 78689 89794 106602 111632 125359 155885 161826 163969 222082 235417 245630 268401 280190 284143 313826 317649 337654 350605 382759 389178
86 Gewinne zu 500 M. 4944 5321 10541 10588 16448 29423 38264 39566 46840 49679 78438 91028 98173 105230 106823 150258 155048 173381 175628 173862 177951 178050 184142 190634 192037 218689 251748 256450 258000 260367 266258 271369 282287 302353 303620 307974 339409 341676 351131 362376 368668 368221 392833

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 122373 351512
2 Gewinne zu 3000 M. 353969
12 Gewinne zu 2000 M. 53737 103478 120550 211734 231401 388367
30 Gewinne zu 1000 M. 28927 29560 38891 45113 69335 81338 82681 142511 190777 259695 274623 353727 368796 380730 382265
48 Gewinne zu 500 M. 27902 30832 40693 123300 124231 160004 169799 170210 174329 196827 215506 229591 243595 269195 289282 290735 292400 309607 330975 336763 347469 353881 365453 386493

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 300000, 2 zu je 200000, 4 zu je 75000, 2 zu je 50000, 12 zu je 25000, 66 zu je 10000, 140 zu je 5000, 882 zu je 3000, 678 zu je 2000, 1780 zu je 1000, 3858 zu je 500, 9828 zu je 300 M.